

Zeitschrift für angewandte Chemie.

Organ des Vereins deutscher Chemiker.

XX. Jahrgang.

Heft 35.

30. August 1907.

Alleinige Annahme von Inseraten bei August Scherl, G. m. b. H., Berlin SW 68, Zimmerstr. 37/41 und Daube & Co., G. m. b. H., Berlin SW 19, Jerusalemstr. 53/54

sowie in deren Filialen: **Bremen**, Obernstr. 16. **Breslau**, Schweidnitzerstr. 11. **Chemnitz Sa.**, Marktgräßchen 8. **Dresden**, Seestr. 1. **Elberfeld**, Herzogstr. 38. **Frankfurt a. M.**, Kaiserstr. 10. **Halle a. S.**, Große Steinstr. 11. **Hamburg**, Alter Wall 76. **Hannover**, Georgstr. 39. **Kassel**, Obere Königstr. 27. **Köln a. Rh.**, Hohestr. 145. **Leipzig**, Petersstr. 19. **Magdeburg**, Breiteweg 184. **München**, Kaufingerstr. 25 (Domfreiheit). **Nürnberg**, Kaiserstr. Ecke Fleischbrücke. **Straßburg i. E.**, Gießhausgasse 18/22. **Stuttgart**, Königstr. 11. **Wien 1**, Graben 28. **Würzburg**, Franziskanergasse 5½. **Zürich**, Bahnhofstr. 89.

Der Insertionspreis beträgt pro mm Höhe bei 45 mm Breite (3 gespalten) 15 Pfennige, auf den beiden äußeren Umschlagseiten 20 Pfennige. Bei Wiederholungen tritt entsprechender Rabatt ein. Beilagen werden pro 1000 Stück mit 10.50 M für 5 Gramm Gewicht berechnet; für schwere Beilagen tritt besondere Vereinbarung ein.

I N H A L T:

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Danzig am 23.—25. Mai 1907:

2. Festsitzung 1489; — 3. Geschäftliche Sitzung 1501.

Referate:

Physiologische Chemie 1529; — Cellulose, Faser- und Spinnstoffe (Papier, Celluloid, Kunstseide) 1537.

Wirtschaftlich-gewerblicher Teil:

Tagesgeschichtliche und Handelsrundschau: Die Zementindustrie in den Vereinigten Staaten von Amerika; — Washington; — London 1543; — Eisenausfuhr Schwedens i. J. 1906; — Niederlande; — Luxemburg; — Die russische Platinindustrie; — Die Ausbeutung von Mineralien in Griechenland; — Bericht der Handels- und Gewerbekammer in Wien über das Jahr 1906 1544; — Wien 1545; — Lemberg; — Die Jahresproduktion der ungarischen Eisenbergwerke; — Die obereschlesische Montanindustrie i. J. 1906; — Kalisyndikat; — Görlitz; — Handelsnotizen 1546; — Dividenden; — Aus anderen Vereinen: Internationaler Kongreß für Hygiene und Demographie; — Internationale Bergbauausstellung; — Personal- und Hochschulnachrichten 1547; — Bücherbesprechungen 1548; — Patentlisten 1549.

Verein deutscher Chemiker:

Vertrag mit der Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter); — Berichtigungen 1552.

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Danzig am 23.—25. Mai 1907.

2. Festsitzung

am Donnerstag, den 23. Mai 1907, vormittags 9 Uhr, in der Aula der Technischen Hochschule.

Der Vors., Prof. Dr. Duisberg, eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

Hochansehnliche Festversammlung! Werte Gäste, liebe Freunde und Kollegen! Willkommen am dem fast tausendjährigen deutschen Grenzwall des Ostens mit seinen altersgrauen Türmen in nordischer Gotik, am westpreußischen Ostseestrande, am Ausflußdelta des Weichselstromes! Drei Städte des ehemaligen berühmten Hansabundes, Bremen, Nürnberg und Danzig, haben wir nacheinander für die festliche Tagung unserer Hauptversammlungen auserkoren. Jedesmal dasselbe Gesamtbild, und doch wie verschieden in den Einzelheiten. Vor zwei Jahren sahen wir, vom magischen Mondlicht beleuchtet, das stimmungsvolle Bild des Marktplatzes zu Bremen mit dem ehrwürdigen, alten Rathause vor uns. In die Zeiten von Albrecht Dürer und Hans Sachs fühlten wir uns zurückversetzt, als wir im vorigen Jahre in Nürnbergs Mauern, am Fuße der alten Hohenzollernburg weilten, und kunstvolle Bauten jener glanzvollen Blütezeit deutschen Bürgertums uns beherbergten. Und diesmal wandeln wir im schönen Wonnemonat Mai in einer ähnlichen alten, mit einem grünen Kranz von Festungswällen und tiefen Wassergräben umgebenen Hansastadt, mit hochragenden Giebelhäusern in prächtigem Renaissancestil, außen und innen geschmückt mit

zahlreichen kostbaren Kunstwerken berühmter deutscher und holländischer Meister.

Der Verein deutscher Chemiker ist gern dem Rufe der hiesigen Kollegen gefolgt, um zum ersten Male im fernsten Osten seines Vereinsgebietes, wo noch immer heut, wie in den Tagen der Hochmeister des deutschen Ordens, das Deutschtum im Kampfe gegen das Polentum liegt, seine Hauptversammlung abzuhalten.

Nicht chemische Industrie, in der Art, wie sie sich im Westen Deutschlands zur weltbeherrschenden Stellung emporgeschwungen hat, finden wir hier. Es ist vielmehr, entsprechend der Stellung Danzigs in früheren Jahrhunderten, als Kornkammer Italiens, die landwirtschaftliche Chemie, die Chemie der Bodenkultur für die Zwecke der rationellen Getreide-, Kartoffel- und Zuckerrübengewinnung, die Chemie der Kohlehydrate behufs Darstellung von Stärke, Dextrin, Zucker und Spiritus, welche sich hier entwickelt hat.

Als Zentralpunkt aller wissenschaftlichen und technischen Bestrebungen dieser Art im Osten ist Danzig vor einigen Jahren durch die Errichtung einer großartigen und alle technischen Gebiete umfassenden Hochschule mit mustergültigen Instituten und Laboratorien geehrt worden. Neben dem trefflichen Ruf Danzigs ist es sicherlich diese Alma mater gewesen, welche nicht zum wenigsten mit dazu beigetragen hat, eine so große Zahl unserer Mitglieder hierher, in die von der Heerstraße abgelegene Handels- und Marinestadt heranzuziehen.

Man wollte sich möglichst zahlreich an der von unserem Verein der jungen Danziger Hochschule entgegenzubringenden Sympathiekundgebung beteiligen.

Herzlichen Dank allen, der Verwaltung dieser Stadt, den Vertretern der Technischen Hochschule, dem Ehren- und geschäftsführenden Ortsausschuß, die uns nach hier geladen oder sich um die Vorbereitung dieser festlichen Woche um uns und unseren Verein verdient gemacht haben.

Liebe Kollegen! Nicht fremd in Ihrer Mitte, sondern seit einem Dezennium als Vorstandsmitglied den meisten von Ihnen bekannt und mit vielen befreundet, trete ich heute zum ersten Male, nachdem Sie mich in Nürnberg durch Übertragung des Vereinsvorsitzes geehrt, als Vorsitzender vor Sie hin. Meines Vorgängers in diesem schönen Ehrenamte, unseres verehrten Freundes und Kollegen, Medizinalrat Dr. E. A. Merck zu Darmstadt, haben wir schon im vorigen Jahre gedacht und ihm herzlichen Dank für seine erfolgreiche und mühevollen sechsjährige Tätigkeit ausgesprochen. Bei dieser Gelegenheit habe ich auch auf die neuen Vereinsaufgaben hingewiesen, die den Strömungen der Zeit entsprechend, der Lösung harren. Daß deshalb und gerade jetzt die Leitung eines solch großen Vereins mit 31½ Tausend Mitgliedern und 19 Bezirksvereinen nicht leicht sein würde, hatte ich gedacht. Aber weit schwieriger, mühevoller und arbeitsreicher, als ich damals gemeint, sind die ersten Monate meiner Amtstätigkeit verlaufen. Dank der Unterstützung meiner verehrten Kollegen im Vorstande und zahlreicher Mitglieder des Vereins haben wir versucht, den neuen Aufgaben, welche neue Zeiten an uns stellen, gerecht zu werden. Daß unser Tun und Mühen nicht vergebens gewesen ist, haben Ihnen die Mitteilungen in unserer Vereinszeitschrift, der „Zeitschrift für angewandte Chemie“, gezeigt. Wollen wir aber weiter Erfolge erzielen, so müssen alle chemischen Kräfte mobil gemacht werden, und wir müssen fest und treu zusammenstehen und zusammenhalten.

Diesmal gilt es besonders, harte und schwere Arbeit zu leisten. Die lange Reihe und der inhaltvolle Text der Tagesordnung unserer heute Nachmittag stattfindenden geschäftlichen Sitzung zeigt Ihnen dies. So umfangreich und inhaltsschwer ist unser Programm seit dem 20jährigen Bestehen unseres Vereins noch nicht gewesen. Wir müssen daher auf tatkräftige Unterstützung von allen Seiten rechnen, und ich bin überzeugt, verehrte Kollegen, daß wir keine Fehlbitte tun, wenn wir Sie ersuchen, uns nicht im Stich zu lassen.

So heiße ich Sie denn alle, die Sie als Gäste, Freunde und Mitglieder des Vereins von Nah und Fern, aus Süd und West nach Danzig gekommen sind, um mitzuwirken an der Lösung der Aufgaben, welche wir uns gestellt, im Namen des Vereins deutscher Chemiker herzlich willkommen.

Ganz besondere Freude bereitet es uns, daß wir auch heute das Vergnügen haben, wenigstens eines unserer Ehrenmitglieder in unserer Mitte zu sehen. War es im vorigen Jahre in Nürnberg unser ältestes Ehrenmitglied und der erste Inhaber unserer Liebigdenkmünze, der Altmeister der deutschen

Chemie, Adolf von Baeyer zu München, der uns auf der Hauptversammlung mit seiner Gegenwart beehrte und jenen wundervollen, allen Zuhörern unvergeßlichen Festvortrag: „Über Anilinfarben“, gehalten hat, so ist es diesmal sein berühmtester Schüler, unser hochverehrtes Ehrenmitglied Emil Fischer, der Meister der Synthese, der Künstler auf dem chemischen Experimentalgebiet, den wir die Ehre und das Vergnügen haben, bei uns zu sehen. Nach beispiellosen Erfolgen auf dem Gebiete der Hydrazin-, der Harnsäure- und der Zuckerchemie, hat er es zuerst gewagt, in die dunkelsten Teile unserer wissenschaftlichen Welt einzudringen, um den Rätseln des Lebens durch das Studium der Eiweißchemie näher zu kommen. Ganz besonders warm und herzlich begrüße ich daher Herrn Geheimrat Prof. Dr. Emil Fischer aus Berlin.

Neben den Lebenden wollen wir aber nicht diejenigen vergessen, die im vorigen Jahre noch unserem Kreise angehörten, heute aber nicht mehr unter uns weilen. Leider hat im abgelaufenen Jahre der Tod, wie selten zuvor, reiche Ernte auf dem Felde der Chemie gehalten. Neben den hervorragendsten ausländischen Forschern, von denen hier nur Beilstein, Mendelejeff und Menschutkin, Moissan und Berthelot genannt werden sollen, hat auch der unerbittliche Sensenmann zahlreiche und bedeutende Mitglieder unseres Vereins hinweggerafft. Wir gedenken mit Wehmut des genialen Chemikers und Technikers Rudolf Knietsch, des Direktors der Badischen Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen a. Rhein, dem wir vor drei Jahren auf der Hauptversammlung zu Mannheim unsere Liebigdenkmünze überreichen konnten, und der im besten Mannes- und Schaffensalter, mitten aus dem großen Problem, der Darstellung von Nitrit und Salpeter aus dem Stickstoff der Luft nach einem bahnbrechenden neuen Verfahren, kurz vor der technischen Lösung dahinschied.

Wir vermissen auch unseren lieben, guten Freund mit dem goldigen Herzen und dem sprudelnden Witz und Humor, Wilhelm Koenigs zu München. Dieser unermüdliche Forscher auf dem Alkaloidgebiet wurde, nachdem er sein Lebenswerk, die Ermittlung der Konstitution und Synthese des Chinins, fast vollendet, im gleichen Alter wie Knietsch plötzlich von uns gerufen.

Auch der uns allen von den Hauptversammlungen und Vorstandsratssitzungen sehr wohl bekannte, lebenswürdige Kollege, Dr. Hase aus Hannover, sowie zahlreiche andere verehrte Vereinsgenossen sind nicht mehr.

Wir wollen dieser Verstorbenen gedenken, indem wir uns von unseren Sitzen erheben. (Geschlecht.)

Und nun lassen Sie uns unsere Grüße unseren Gästen darbringen, die in so großer Zahl zu unserer Hauptversammlung gekommen sind.

Verehrte Vereinsgenossen! Wir haben die hohe Ehre und Freude, am heutigen Festtage in unserer Mitte zu sehen: (Es folgt eine Aufzählung der anwesenden Vertreter der Reichs- und Staatsregierung usw.; vgl. Heft 22.)

Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Oberpräsident von Jagow.

Oberpräsident von Jagow: „Hoch-

verehrte Damen und Herren! Wenn der unvergeßliche Staatsminister von Goßler mit seinem ebenso vielseitigen wie tiefen Wissen und Können auf allen Gebieten heute noch als Oberpräsident der Provinz Westpreußen unter den Lebenden weilte, so würde die Begrüßung des Vertreters der preußischen Staatsregierung neben der bilderreichen Schilderung, wie sie die Eingangsworte der eben gehörten Rede Ihres Herrn Vorsitzenden enthielten, sicherlich eine Fülle von Anregendem und Belehrendem auch auf Ihrem Spezialgebiete, der Chemie, enthalten. Ich gestehe es offen: Ich habe die Absicht und die Hoffnung, durch Teilnahme an Ihren Beratungen und Vorträgen, soweit es mir meine ja leider vielbesetzte Zeit gestattet, von Ihnen zu lernen; aber ich verzichte, vielleicht mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, darauf, Ihnen mit Ihrer so schwierigen, so komplizierten und so fortgeschrittenen Wissenschaft etwas Neues und Anregendes meinerseits zu bieten. Um so herzlicher soll aber Ihnen aus vollem, freudigen und dankbarem Herzen hier mein Willkommengruß entgegenklingen, den ich Ihnen als Vertreter der Königl. Staatsregierung und zugleich namens der Provinz Westpreußen auszusprechen die Ehre habe. (Bravo!).

Ich begrüße Sie mit Freude und Dank als einen Verein, der, wie er durch die Zahl seiner Mitglieder an besonders hervorragender Stelle steht, auch in seinen Reihen eine Fülle von Koryphäen der Wissenschaft und der Praxis enthält, die in dauerndem Vorwärtstreben auf wissenschaftlichem wie praktischem Gebiete bahnbrechend gewirkt haben und bahnbrechend weiter wirken werden zur Ehre der deutschen Wissenschaft, zum Vorteil der deutschen chemischen Industrie und zum Segen für unser gesamtes deutsches Vaterland. Ich begrüße Sie als Vertreter eines Faches, in dem sich, wie vielleicht bei keinem anderen, Wissenschaft und Praxis die Hand reichen, indem jeder Fortschritt, den die Wissenschaft erringt und erobert, in kurzer Zeit in die Tat umgesetzt wird, erfolgreich verwertet von denjenigen Herren unter Ihnen, die zwar der Wissenschaft entstammen, aber der Praxis sich gewidmet haben.

Wenn Ziffern einen Beweis erbringen, und wenn die Behauptung ja wohl unzweifelhaft richtig ist, daß das nationalökonomische Wohlergehen eines Staates von dem Verhältnis der Einfuhr zu der Ausfuhr abhängig ist, so kann die deutsche Chemie sagen: Wir können uns auf Zahlen stützen, und wenn auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens ein derartiges Prävalieren der deutschen Ausfuhr über die Einfuhr zu verzeichnen wäre, dann wäre Deutschland ein Staat, der nationalökonomisch auf keinem Gebiete von einem anderen Staate auch nur annähernd erreicht werden könnte. In allen Staaten ist, wenn auch vielleicht nicht neidlos, aber doch einmütig, stets anerkannt worden, daß bei allen Errungenschaften der Wissenschaft auf dem Gebiete der Chemie deutsche Forscher und deutsche Erfinder mit in den ersten Reihen gestanden haben, und sicher nicht neidlos, aber trotzdem unbestreitbar wird in allen anderen Staaten anerkannt, daß die praktische Verwertung der Chemie in Deutschland einen so hohen Standpunkt erreicht hat, daß kein anderer Staat mit

seiner chemischen Industrie sich auch nur annähernd der deutschen an die Seite zu stellen wagen kann.

M. H.! Ich begrüße Sie aber ganz im besonderen, weil Sie so zahlreich aus allen Teilen unseres deutschen Vaterlandes hier bei uns in den Ostmarken erschienen sind. Ich hoffe, Sie werden es in diesen Tagen schon empfunden haben, und ich hoffe, Sie werden es noch mehr empfinden, was ich neulich Ihrem verehrten Herrn Vorsitzenden schon aussprechen konnte: Sie können davon überzeugt sein, daß wohl nirgends in unserem deutschen Vaterlande man sich so freut, wenn berufene Vertreter der Wissenschaft und der Praxis sich finden zu gemeinsamen Beratungen, wie das hier bei uns im Osten der Fall ist. Wir gestehen es offen ein: Wir bedürfen hier mehr als anderwärts des Rates und der Hilfe, der Unterstützung auf allen Gebieten, aber vor allem bedürfen wir immer aufs neue — und wir erfrischen uns daran —, daß unsere deutschen Brüder aus den fernen, schöneren und wohlhabenderen Gauen zu uns kommen und es nicht verschmähen, auch einmal an die Grenzen des Reiches zu gehen.

Und einen ganz besonderen Dank möchte ich nun auch noch den Damen widmen, die mit ihren Männern und Vätern hier erschienen sind, und einen Dank denjenigen Herren, die, wie wiederum Ihr verehrter Herr Vorsitzender, ihre Damen mitgebracht haben. Wir haben den Wunsch, daß die Erinnerung an Ihre Tagung in Danzig eine dauernde und eine freundliche sein möge. Und wenn wir vielleicht nicht ohne Zagen daran denken, daß die Leuchten der Wissenschaft, die zu uns gekommen sind, mit dem kritischen Gefühl der Koryphäe dies oder das bei uns vielleicht nicht auf der Höhe gefunden haben sollten, und wenn noch mehr die verwöhnten Herren aus den Kreisen der hochentwickelten Industrie des Westens das Gefühl haben sollten: Wenn man einen Vergleich der Entwicklung unserer westlichen Heimat und der der Ostmarken zieht, wo wir gewesen sind, dann ist der Abstand doch ein recht gewaltiger; wenn das der Fall sein sollte, meine hochverehrten Damen, dann treten Sie ein und erinnern Sie Ihre Männer und Väter daran, was Ihnen hier in Danzig geboten worden ist; sagen Sie ihnen in erster Linie: Vergeßt nicht, mit welchen fröhlichen und dankbaren Gesichtern Ihr dort empfangen worden seid! (Bravo!) Vergeßt auch nicht, daß ihr doch recht viel schönes da gesehen habt! M. H.! ich kann es als nunmehriger langjähriger Westpreuße sagen: Wir sind so stolz auf das, was unsere Heimat und speziell unsere Provinzialhauptstadt Danzig an Schönheiten der Natur, an Altertum und an Neuheit bietet, daß wir uns auf diesem Gebiete dem Westen mutig entgegenstellen. (Lebhaftes anhaltendes Bravo!)

Und so klingt meine Begrüßungsrede aus in dem Wunsche: Mögen die verehrten Leiter und Mitglieder Ihres Vereins, wenn sie demnächst von der Danziger Tagung in ihre Heimat zurückgekehrt sind, gern und mit Freude an die Tagung in Danzig zurückdenken; möge diese Tagung wiederum Ihrem Verein, Ihrer Wissenschaft und Ihrer Praxis zum Segen gereichen; möge sie aber auch ein weiterer Schritt sein zur ferneren, industriellen und finanziellen Ausbildung unseres Ostens; möge Ihre Ta-

gung auch zum Wohle unserer Ostmarken gereichen.“ (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne-Berlin: „Meine verehrten Damen und Herren! Es ist mir der überaus ehrenvolle Auftrag geworden, die Versammlung zu begrüßen im Namen zweier Reichsämter, des Reichspatentamtes und des Reichsgesundheitsamtes. Schon wiederholt ist mir diese Ehre zuteil geworden, als Vertreter des Patentamtes an Ihrer Hauptversammlung teilzunehmen, und ich habe mich stets bemüht, das, was ich dabei gelernt habe — und nur zu diesem Zwecke werden die Vertreter der Behörden hinausgeschickt —, im Sinne und für den Fortschritt unserer deutschen chemischen Industrie zu verwerten. (Bravo!)

Der Präsident des Patentamtes, Herr Wirkl. Geh. Reg.-Rat H a u ß, hat bereits schriftlich seinem ganz besonderen Bedauern Ausdruck gegeben, daß er infolge dienstlicher Abhaltung es sich versagen mußte, Ihrer Einladung Folge zu leisten. Sie müssen daher mit meinen Worten vorlieb nehmen, die ich im Interesse der Tagesordnung kurz bemessen werde. Auch im Namen meines Herrn Kollegen vom Reichsgesundheitsamt, des Reg.-Rats B e c k, gebe ich Ihnen die Versicherung, daß wir jeglicher Anregung, die uns gegeben wird, unsere volle Aufmerksamkeit schenken werden, damit unsere beiden Behörden den Wünschen der chemischen Industrie immer mehr und mehr gerecht werden können und damit die Fühlung, die wir erfreulicherweise schon mit so vielen Mitgliedern Ihres Vereins haben, sich immer enger und nützlicher für beide Teile gestalten kann.

In diesem Wunsche möchte ich meine wenigen Worte ausklingen lassen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die vielen wichtigen Fragen, die Ihre reichhaltige Tagesordnung enthält, ihrer Lösung näher gebracht werden mögen.“ (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Oberbürgermeister Ehlers: „Meine Damen und Herren! Als vor reichlich Jahresfrist an unsere Stadt die Frage herantrat, ob die Jahresversammlung des Vereins deutscher Chemiker hier eine bereitwillige Aufnahme finden würde, haben wir diese Frage herzlich bejaht, und als wir erfuhren, daß in Nürnberg beschlossen sei, die nächste Jahresversammlung hier bei uns abzuhalten, haben wir uns ungemein gefreut. Ich habe aus den Anzeichen, die sich gestern abend und heute früh entwickelten, den Eindruck gewonnen, daß vorläufig wenigstens der Verein deutscher Chemiker von der freundlichen und bereitwilligen Aufnahme in unserer alten Stadt überzeugt ist (lebhafter Zustimmung), und ich habe die Hoffnung, daß, wenn nicht ganz besondere Unannehmlichkeiten eintreten (Heiterkeit), dieses Gefühl bis zu Ende der Versammlung andauern wird.

Seine Exzellenz, der Herr Oberpräsident, hat Ihnen bereits erzählt, aus welchen Gründen wir so großen Wert darauf legen, daß die Menschen „aus dem Reich“ auch zu uns in unsere Ostmark kommen. Wir legen aber nicht bloß Wert darauf, daß Sie mit freundlichen Ansichten über unsere alten Baudenkmäler, über unsere Geschichte, unsere reiche Vergangenheit, über die Schönheit unserer Umgegend nach Hause zurückkehren, sondern einen ganz besonderen Wert legen wir auch darauf, daß Sie bei der Heimkehr sich sagen: die Versammlung in

Danzig war eine der fruchtbarsten, die unser Verein überhaupt gehabt hat, die Arbeit, die da geleistet worden ist, hat uns, unserem Vereine, unserem Stande und der Allgemeinheit zum Segen gereicht.

Meine Damen und Herren! Unsere Ostmark gehört zu Deutschland nicht allein, weil sie mit dem Schwerte gewonnen ward, sondern vor allem, weil sie festgehalten und entwickelt ist durch die Energie und Zähigkeit deutscher Arbeit; und auch darüber dürfen wir uns nicht täuschen: wenn wir diese alte Ostkolonie des deutschen Reiches dem Deutschland erhalten wollen, so ist das am letzten Ende nur möglich durch zähe, tüchtige, unausgesetzte deutsche Arbeit. (Bravo!) Alle anderen Mittel treten daneben in die zweite Reihe. Und deshalb wünsche ich, daß es Ihnen in Danzig wohlgefallen möge, daß Sie aber auch heimkehren mit dem Bewußtsein: wir haben hier zusammen mit den Danzigern auf der Technischen Hochschule und in den wenigen chemischen Betrieben tüchtige Arbeit geleistet.

Nochmals seien Sie herzlich in Danzig willkommen!“ (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. v. M a n g o l d t, Rektor der Technischen Hochschule: „Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den allerwichtigsten Aufgaben unserer jungen Technischen Hochschule gehört es unzweifelhaft, in ihrer engeren Umgebung auf den verschiedenen Gebieten der Technik fördernd und anregend zu wirken. Wer aber dauernd Anregung geben soll, der muß auch solche empfangen. Deswegen kann uns kaum etwas erwünschter sein, als wenn hochangesehene wissenschaftliche Körperschaften nach Danzig kommen, um hier ihre Hauptversammlungen abzuhalten. Im Namen der Technischen Hochschule sage ich Ihnen, meine Herren Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker, und Ihren Damen aufrichtigen Dank dafür, daß Sie die Mühen der weiten Reise nach dem Nordosten des Reiches nicht gescheut haben, und heiße Sie hier in unseren Räumen auf das allerherzlichste willkommen. Durch Ihre Anwesenheit erweisen Sie uns einen sehr großen Dienst, indem Sie den hiesigen Chemikern die Aufrechterhaltung der so dringend nötigen Fühlung mit den Fachgenossen ganz wesentlich erleichtern. Aber auch Sie selbst werden, wie ich hoffe, hier im schönen Danzig und ganz besonders hier in unserer Hochschule manches sehen können, was für Sie von Wichtigkeit ist. Hat doch die Königl. Staatsregierung bei der Ausstattung unserer Hochschule in weitgehendem Maß allen Bedürfnissen Rechnung getragen, die sich nur irgend erwarten ließen. Das, was für Sie am meisten in Betracht kommt, das Chemische Institut, zeigt sich Ihnen nun freilich zurzeit, nach mehr als zweieinhalbjährigem Gebrauche, nicht mehr im Schmuck der allerersten Neuheit. Ihre hiesigen Kollegen, die Herren Professoren R u f f und W o h l, haben deswegen mit dem Gedanken geliebäugelt, vor Beginn der gegenwärtigen Tagung die Maurer, Tischler und Maler wochenlang wirken und eine ganz gründliche Erneuerung des ganzen Instituts von oben bis unten vornehmen zu lassen. (Heiterkeit.) Aber schließlich sind wir hiervon doch abgekommen. Sie hätten sonst den gleichen Eindruck bekommen wie bei einem Besuche im Heim eines peinlichen alten Junggesellen oder eines kinderlosen Ehe-

paares, wo auch kein Stäubchen zu sehen ist, aber nicht wie beim Betreten eines Hauses, wo eine fröhliche Kinderschar sich tummelt. Die Schäden, die Sie etwa bemerken werden, sind Spuren ernster Arbeit und brauchen als solche nicht verwischt zu werden. Und so wünsche ich denn von ganzem Herzen, daß Sie neben all der Vermehrung Ihres Wissens und all der Bereicherung Ihrer persönlichen Beziehungen, die ich mit Ihnen von der bevorstehenden Tagung erhoffe, auch die Überzeugung von hier mit sich nehmen werden, daß hier trotz der erwähnten Schäden Einrichtungen geschaffen sind, die Ihrem jungen Nachwuchse in jeder Hinsicht eine ganz vortreffliche Ausbildung ermöglichen“. (Lebhaftes, anhaltendes Bravo.)

Prof. Dr. Klinger-Königsberg: „Hochansehnliche Festversammlung! Im Namen Seiner Magnifizenz, des Rektors der Albertusuniversität, ergreife ich das Wort, um an seiner Stelle, der leider hier zu erscheinen verhindert ist, dem Verein für die ehrenvolle Einladung zu danken und die Wünsche und die Gefühle Seiner Magnifizenz und der Albertina zu übermitteln. Gern habe ich diesen Auftrag übernommen, als Chemiker, der Ihrem Vereine schon nahestand, da das Universitätslaboratorium, dem er angehört, als solches Mitglied des Vereins ist; ganz besonders gern, weil er uns Königsberger Chemikern, die wir vollzählig hier erschienen sind, Gelegenheit gibt, sozusagen offiziell Fühlung zu nehmen, nicht nur mit den Mitgliedern Ihres Vereins, sondern auch mit den Kollegen an der Technischen Hochschule, der Schwesteranstalt, deren Blühen und Gedeihen wir mit freudigem, mit selbstlosem Neide verfolgen. Uns Chemiker eint alles, nichts trennt uns, gleichgültig, ob wir an einer Universität oder an einer Technischen Hochschule, oder ob wir in der Technik selbst wirken: Wir alle sind zur gleichen Zeit Forscher und Techniker. Zwischen den Gliedern unserer Familie geht hin und her, unaufhörlich, ununterbrochen, ein lebhafter Strom regen Gebens und regen Empfangens, und das, was die Wissenschaft der Technik gibt wird reichlich von dem aufgewogen, was sie von ihr empfängt. Welche unerschöpfliche Fülle von Gedanken und Tatsachen bietet uns die Zeitschrift Ihres Vereins, welche Fundgrube neuer wissenschaftlicher Daten ist für uns die Patentliteratur, das beste Zeugnis von der ganz unbeschreiblich gewaltigen und allumfassenden Tätigkeit gerade der deutschen technischen Chemiker. Uns Chemiker eint auch die Sorge um die chemische Jugend, und gerade diese Seite unserer Tätigkeit hat ja Ihr verehrter Herr Vorsitzender ganz besonders in den letzten Jahren wohl in unser aller Sinne in Angriff genommen. Wir müssen für die Ausbildung unseres Nachwuchses sorgen, und diese Sorge muß schon einsetzen bei dem Unterricht auf unseren Schulen, nicht erst bei dem auf unseren Hochschulen. Uns Chemiker eint endlich auch die Sorge um die Lösung der letzten großen Frage, die das Ziel unserer Wissenschaft, die das Ziel unserer Chemie ist: der Frage nach der Konstitution der Materie, nach dem Aufbau des Stoffes. Diese Sorge konzentriert sich allerdings von Zeit zu Zeit auf das Rätsel der Konstitution eines Stoffes, und was da die Wissenschaft, was da die Technik geleistet hat, brauche ich Ihnen angesichts dieser Tabellen nicht in die Erinnerung zu rufen!

Aber während unsere chemischen Theorien um diese Frage herumfliegen, wie die Falter um das Licht, arbeiten wir als Techniker daran, den „rocher de bronze“ der Tatsachen immer höher und höher aufzutürmen, auf dessen Gipfel wir allein wahre Befriedigung empfinden werden.

Und nun wünsche ich nochmals im Namen Seiner Magnifizenz, im Namen meiner Kollegen von der Albertusuniversität Ihrem Verein eine segensvolle Tätigkeit, zu Ihrem und unserer aller Heile“. (Lebhaftes, andauerndes Bravo!)

Landtagsabgeordneter Kommerzienrat Mü n - s t e r b e r g : „Meine Damen und Herren! Im Auftrage des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft zu Danzig habe ich die Ehre, Sie hier an dieser Stelle zu begrüßen. Die Verbindung unserer alten Hansa- und Seestadt mit der Chemie und ihren Produkten ist eine jahrhundertalte. Pottasche, Teer und verwandte Produkte sind durch Jahrhunderte in Danzig ein Welthandelsartikel gewesen. Von hier aus ist die Welt mit diesen Erzeugnissen der Wälder unseres russischen Hinterlandes versorgt worden. Im Laufe der Zeit haben sich diese Verhältnisse gewandelt; wir sind von der großen Stellung eines Welthandelsplatzes in eine bescheidene zurückgetreten, gemäß den ungeheuren Wandlungen des Verkehrs und der geschichtlichen Entwicklung. Aber wie Ihr Herr Vorsitzender bereits hervorgehoben hat: stillgestanden ist Danzig auch auf dem Gebiete der Chemie nicht, und es hat, entsprechend seiner geographischen Lage, dauernd dafür gesorgt, daß von hier aus diejenigen chemischen Artikel erzeugt oder vertrieben werden konnten, die der Entwicklung der Landwirtschaft unserer Provinz in erster Linie dienen konnten. Und wenn ich noch eines hinzufügen darf, so möchte ich auf diejenigen Männer hinweisen, die auch bei uns Wissenschaft und Leben verbunden haben. Von jeher haben die Vertreter der chemischen Industrie in Danzig auch an den Arbeiten unserer Kaufmannschaft, unseres Vorsteheramtes, einen regen und allgemein hochgeschätzten Anteil genommen. Von der Bedeutung eines Welthandelsemporiums ist Danzig, wie ich schon sagte, im Laufe der Jahrhunderte zurückgetreten. Nicht daß, wie es vielfach heißt, Danzig ohne Bedeutung wäre! Wir haben gelernt, weiter zu kämpfen und weiter zu arbeiten, und wenn wir auch nicht die glänzenden Erfolge des Westens an unsere Schritte heften konnten, so ist doch auch Danzig in ernster und ruhiger Weise auf der Bahn des Fortschrittes mit dem Westen und mit dem ganzen Reiche vorwärts gegangen. In dem Wechsel der Jahrhunderte ist aber eins der Danziger Kaufmannschaft treu geblieben, das ist das Bewußtsein, daß die Vertreter des Gewerbestandes, die Kaufleute und Industriellen, zu gleicher Zeit eine wichtige allgemeine Aufgabe haben: Träger der Kultur des Landes zu sein. In diesem Sinne begrüßen wir Sie heute, die Vertreter einer der glänzendsten Wissenschaften, die Vertreter eines Arbeitsgebietes, das Wissenschaft, Industrie und Handel in einer Weise vereint, daß es, wie der Herr Oberpräsident bereits hervorgehoben hat, die ganze Welt mit seinem Können und seinen Leistungen umspannt.

Ich freue mich aber auch, daß gerade aus dem Interesse, das wir an der Entwicklung der Wissen-

schaft nehmen, ich Sie an dieser Stelle, in unserer jüngsten deutschen Hochschule, begrüßen darf. Ich freue mich, das Weitere hinzufügen zu dürfen, daß nach meiner Kenntnis gerade diejenigen Institute hier hervorragend entwickelt sind, die der Arbeit dienen, die auch die Ihre ist, und die die Zwecke Ihres Vereins ausfüllt. Und ich möchte hiermit den Ausdruck einer Hoffnung verbinden: Wenn wir Älteren hinausblicken in die weitere Entwicklung, so hoffen und wünschen wir, daß von dieser Stelle, die der wissenschaftlichen Arbeit und dem technischen Können gewidmet ist, ein neues junges Geschlecht hinausgeht, das dieser Hochschule Ehre macht, aber auch Ehre macht Ihnen allen, die Sie heute glänzende Vertreter Ihres Berufes und Ihres Wissenschaftszweiges sind.

Und so, m. H., begrüße ich Sie herzlichst im Namen unserer Kaufmannschaft. Ich hoffe und wünsche, daß Ihnen — den Frauen und Männern — als Menschen der Aufenthalt hier reichen Genuß und viel Freude in der Beziehung auf Kunst und in der Beziehung auf unsere unvergleichlich schöne Natur bringen wird; ich hoffe aber auch, daß die Arbeit, die Sie hier zu leisten gewillt sind, Ihrem Verein und Ihrer Wissenschaft zu reichem Segen gereichen wird“. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Reg.-Rat a. D. Dr. Schrey: „Hochgeehrte Damen und Herren! Der ostdeutsche Zweigverein der deutschen Zuckerindustrie und der Verband ostdeutscher Industrieller haben sich nicht die Ehre nehmen lassen wollen und können, unter den Sie hier herzlich willkommen heißenden aufzutreten. Was die Zuckerindustrie der Wissenschaft Chemie verdankt, das, m. H., bildet einen besonders ruhmvollen Abschnitt in dem blätterreichen Buche einer Geschichte der befruchtenden Einwirkung der Naturwissenschaften auf unsere vaterländische Industrie. Angefangen mit Markgraff und von Ascher, deren Büsten an dem Hause in der Dorotheenstraße in Berlin prangen, von dem aus die deutsche Rübenzuckerindustrie ihren weltbesiegenden Zug angetreten hat, bis in die Neuzeit hinein, verdankt die deutsche Zuckerindustrie, die allseits in der Welt die größte Anerkennung findet und vorbildlich für zahlreiche Länder gewesen ist, ihre Erfolge der regen andauernden Wechselwirkung zwischen exakter Wissenschaft und ihren Forschungen, dem Laboratoriumsversuch der Zuckerfabriken und der praktischen Ausgestaltung der als wissenschaftlich richtig erkannten Entwicklungsprozesse durch die vollendeten Apparate der Zuckerfabriken. Zwar ist dies nur einer der zahlreichen Zweige unserer vaterländischen Erwerbstätigkeit, der sprechendes Zeugnis ablegt für die befruchtenden Wirkungen der Chemie, aber vielleicht derjenige, der am deutlichsten zeigt, wie daraus gleichermaßen Landwirtschaft, Industrie und Handel ihren Nutzen ziehen. Und gerade für den landwirtschaftlich entwickelten, industrieärmeren Osten, der heuer zum ersten Male die Ehre hat, den Verein deutscher Chemiker in seinen Marken zu sehen, tritt diese Bedeutung ganz besonders hervor. Wenn Sie finden werden, daß der Zuckerindustrie hier im fernen Osten Stätten bereitet sind, die dieser Industrie würdig sind, Stätten, die auch Ihren durch Industriereichtum hochgesteiger-

ten Anforderungen an gediegene Betriebsorganisationen und Wirtschaftlichkeit genügen, dann wird dieses Zeugnis, m. H., einen freudigen Widerhall hier im Osten finden weit über die Kreise der Zuckerindustrie hinaus als ein Beweis dafür, daß dieser Osten, abgesehen von schönen Landschaftsbildern und interessanten Städtebildern, auch auf dem Gebiete der Industrie doch das eine oder das andere leistet, was weniger rückständig ist, als man gemeinhin westlich von Berlin und westlich von der Elbe anzunehmen pflegt. Hell und freudig, m. H., klingt Ihnen auch der Willkommengruß des Verbandes ostdeutscher Industrieller entgegen. Besonders dankbar sind wir Ihnen, und besonders zu schätzen wissen wir die Ehre, die namhaftesten Gegenwartsvertreter der Chemie, der Wissenschaft und der Praxis, in den Mitgliedern Ihres illustren Vereins hier begrüßen zu dürfen. Aus der Beachtung, die dadurch unserem entlegenen Osten zuteil wird, wird sich, so hoffen wir zuversichtlich, eine Schätzung des Ostens entwickeln, und wenn gar diese Schätzung des Ostens sich verdichten sollte zu Ihrer Hilfsbereitschaft, dann, meine verehrten Damen und Herren, würden die freundlichen Erinnerungen, die wir an Ihre Tagung hier bewahren, noch freundlicher sein, als sie sonst und in jedem Falle sein werden. (Bravo!)

Daß Sie einem solchen Wunsche hier an dieser Stelle begegnen, meine Damen und Herren, das darf Sie nicht Wunder nehmen. Erklangen doch in dieser Halle bei der Einweihung unserer herrlichen Technischen Hochschule im Oktober des Jahres 1904 aus Kaiserlichem Munde die hochgeprägten Worte: „Mögen immer unsere Ostprovinzen nach Lage und Naturgeschichte für eine industrielle Entwicklung weniger günstige Bedingungen darbieten als andere Landesteile, das technische Wissen verleiht ja gerade vielfach die Macht, zu ergänzen, was die Natur versagt“. Und welche andere Wissenschaft hätte so wie die von Ihnen vertretene in der Befruchtung technischen Lebens und Betriebes die Bewunderung der ganzen Welt herausgefordert und jahrzehntelang in Atem gehalten, welche so wie sie — um nur ein weiteres Beispiel anzuführen — in der Farbenindustrie unserem Vaterlande einen Erwerbszweig geschenkt, um den das ganze Erdenrund uns neidet und, wills Gott, mit Ihrer Hilfe und durch Ihr Verdienst immerdar neiden wird. Die moderne Wissenschaft Chemie hat dem Satze: „Primum vivere, deinde philosophari“ eine ganz besonders bedeutsame Auslegung dadurch gegeben, daß sie allen ihren wissenschaftlichen Forschungen eine praktische Spitze zu geben wußte, wie Seine Exzellenz der Herr Oberpräsident bereits ausführte. So unerreicht klar die Höhen waren, auf welche der Geist Ihrer Forschung die Chemie als Wissenschaft hob, stets floß aus diesen Höhen ein befruchtender Strom lebendiger Anregung hinab ins gewerbliche Leben, es unsagbar und unwägbare bis in seine feinsten Kanäle in Haus und Werkstatt füllend mit dem belebenden wirtschaftlichen Saft. Daß diese Charakteristik auch zutrifft für den Verein deutscher Chemiker, daß Sie diese Devise so hoch halten, wie sie vor hundert Jahren galt, wie sie den Manen eines Liebig und Hoffmann und der Bedeutung eines Fischer entspricht, das beweist die

hochbedeutsame, hochinteressante, reiche Vortragsfolge Ihrer heutigen Tagung.

Möchten Sie, meine verehrten Damen und Herren, wenn Sie nach Abschluß der, wie wir hoffen, freudereichen, aber auch arbeitsreichen Tagung wieder heimkehrend sich über alle Gegenden unseres deutschen Vaterlandes verbreiten, mitnehmen eine freundliche, nachhaltig wirkende Erinnerung an unseren deutschen Osten und sie hineintragen in alle Gauen unseres Vaterlandes, eine Erinnerung an den deutschen Osten, den deutsche Tatkraft der einst erschlossen der Kultur, dem deutsche Tatkraft dauernd vonnöten ist und stets von großem Nutzen sein wird! Möchte aber diese Tagung sich abwickeln, meine geehrten Damen und Herren, zur Ehre Ihres Vereins, zum Ruhme der Wissenschaft Chemie und zum Nutzen für das gesamte deutsche, von uns geliebte Vaterland.“ (Lang anhaltendes Bravo!)

Prof. Momber - Danzig: „Meine hochverehrten Damen und Herren! In Ermangelung einer Danziger chemischen Vereinigung habe ich die Ehre, Sie im Namen der naturforschenden Gesellschaft zu Danzig hier zu begrüßen. Diese ist mit die älteste unseres Vaterlandes; seit mehr als 160 Jahren vereinigt sie in sich alle Männer, die sich hier mit den Naturwissenschaften im weitesten Sinne des Wortes beschäftigen: die Mathematiker, die Physiker, die Botaniker, die Zoologen, die Ärzte und auch die Chemiker. In ihrer Geschichte spiegelt sich gewissermaßen die Geschichte der Naturwissenschaft der letzten 150 Jahre ab, wenn auch nur wie in einem Konvexspiegel. Gleich nach ihrer Gründung wurden in ihr sehr genaue Versuche angestellt über die Verbrennung der Körper, allerdings noch befangen in der alten Phlogistonlehre. Es sprach aber damals schon eines ihrer Mitglieder aus, daß die Wärme nicht ein Stoff sei, sondern in der Bewegung der kleinsten Teile der Körper bestände. Meine Herren, nach fünfzig Jahren, also an der Wende des achtzehnten Jahrhunderts, hat dann die Naturforschende Gesellschaft einen Cylus von 200 Vorträgen für ihre Mitglieder veranstaltet, in denen ihnen die neue Oxydationstheorie Lavoisiers vortragen wurde. Seitdem mußten unsere Chemiker noch recht häufig umlernen, und ich glaube, heute werden nur wenige unserer Mitglieder auch nur die Sprache unserer neuen organischen Chemie verstehen und in ihre Theorien und Hypothesen eingedrungen sein. Aber unsere Gesellschaft ist durchdrungen von der ungeheuren Bedeutung der Chemie einmal als einer selbständigen Wissenschaft, dann aber auch in ihrer Stellung zum Gesamtorganismus der Naturwissenschaften. Und so heißt sie durch meinen Mund Sie herzlich willkommen. Mögen Ihre Verhandlungen segensreich sein und Sie recht günstige Erfolge erzielen!“ (Lebhaftes Bravo!)

Prof. Dr. Lepsius - Griesheim: „Hochgeehrte Anwesende! Als Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands und als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bunsengesellschaft für angewandte physikalische Chemie habe ich die Ehre, Sie herzlichst zu begrüßen und den Dank dieser beiden Gesellschaften auszusprechen für die freundliche Einladung Ihres Vorstandes.

Die beiden Gesellschaften haben, wie die Ihre, die angewandte Chemie auf ihre Fahne geschrieben,

und ich brauche daher nicht zu betonen, wie gern wir Ihrer Einladung folgen. Es ist ein eigentümlicher Zufall, daß diese drei Schwestergesellschaften in diesem Jahre alle in einer Hansestadt tagen: die Bunsengesellschaft hat vor wenigen Wochen in Hamburg getagt, wir sind heute hier in Danzig, und der Verein zur Wahrung der chemischen Interessen wird in Lübeck im September zusammentreten. Es ist dies ein Zeichen, wie gern wir aus dem Süden und aus dem Westen an die Wasserkante kommen, und wie die freundlichen Begrüßungsworte Seiner Exzellenz des Herrn Oberpräsidenten und des Herrn Oberbürgermeisters in unserem Herzen Widerklang finden. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Tagung in dieser schönen, alten Stadt Danzig.“ (Lebhaftes Bravo.)

Dr. Treumann - Hannover: „Meine hochverehrten Herren Kollegen! Wie schon zu wiederholten Malen, so erfreue ich mich auch heute des Vorzugs, Sie als Vertreter des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands, zugleich auch im Auftrage des Vereins der öffentlichen analytischen Chemiker des Königreichs Sachsen begrüßen, Ihnen herzlichen Dank für Ihre freundliche Einladung überbringen und die besten Wünsche aussprechen zu dürfen.

Wenn ich diesen Wünschen kurz Ausdruck geben soll, so gestatten Sie mir, anzuknüpfen an eine Einrichtung, die ihr Dasein der tatkräftigen Initiative Ihres Vereins verdankt: an den Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes. Die Bezeichnung, mit der diesen Ausschuß die ihn wählenden und bildenden Verbände belegt haben, weist schon darauf hin, daß neben den gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes auch Sonderinteressen, Sondergruppen der Chemiker vorhanden sind, und ich selbst bin Vertreter eines Verbandes, der Sonderinteressen vertritt.

Nun, m. H., wenn ich einem Wunsche Ausdruck geben darf so sei es der Wunsch, daß die Sonderinteressen nicht überwuchern mögen. Wo man hobelt, fallen Späne. Wir wollen aber hoffen, daß sich diese Späne nicht zu Balken entwickeln und schließlich den Stand schädigen, und wir wollen wünschen, daß der Interessenkampf, soweit überhaupt ein Kampf stattfinden muß, sich intra muros, in unserm eigenen Hause, abspielt, daß er nicht eine Form und einen Umfang annimmt, der den Stand schädigt. (Bravo!) Und so wünsche ich Ihnen denn, daß diese Versammlung, wie seither, kräftigst dazu beitragen möge.

M. H.! Der Verein deutscher Chemiker bildet den neutralen Boden für alle unsere Sondergruppen; er umfaßt Chemiker aller Gruppen, er ist auch nicht, wie man in den neuesten Veröffentlichungen hat glauben machen wollen, ein wissenschaftlicher oder doch nicht ausschließlich ein wissenschaftlicher Verein, was Ihre geschäftliche Tagesordnung ja zur Genüge beweist. Möchte die heutige Hauptversammlung auch durch den persönlichen Meinungsaustausch der Mitglieder, durch den Meinungsaustausch, der sich ja nicht immer innerhalb der Sitzungen vollzieht, dazu beitragen, daß bestehende Gegensätze, wenn auch nicht beseitigt — das wäre ja ein unbilliges Verlangen —, aber doch überbrückt und gemildert werden, und möchte Ihre Versammlung die schönsten Erfolge nach jeder Richtung hin zeitigen, uns allen zur Freude, den gemeinsamen Inter-

essen zur Förderung, dem Stande zur Ehre.“ (Lebhafter Beifall!)

Justizrat Edwin Katz - Berlin: „Meine Damen und Herren! Der deutsche Verein zum Schutz des gewerblichen Eigentums hat mir den ehrenvollen Auftrag erteilt, die heutige Tagung zu begrüßen und seine besten Wünsche Ihnen darzubringen. Unser Verein steht mit der chemischen Industrie in engster Berührung. Die hervorragendsten Mitglieder dieser Industrie gehören unserem Vereine an. Der Schutz der Erfindungen, der Schutz der Warenzeichen bildet den wesentlichen Gegenstand der Arbeiten unseres Vereins, und ich brauche nur diese Gebiete zu nennen, um hiermit gleichzeitig die nahen Berührungspunkte erkennbar zu machen, in denen sich unsere Arbeiten bewegten. Der Inhalt unserer Arbeiten ist der Ausbau der Rechtsprechung, der Ausbau der Gesetzgebung. Den Arbeitsstoff erhalten wir von der Industrie, und wir erlauschen daher mit Eifer jede Anregung, die wir von der Industrie erfahren. Das vergangene große Jahrhundert hat den Schaffenskreis des Denkens und den Schaffenskreis menschlicher Tätigkeit mächtig vergrößert. Erweitert auch sind die Hallen, in denen die Gerechtigkeit als Hüterin der Ordnung waltet. Breitete sie früher ihre schirmende Hand aus über die Beziehungen des Menschen zu seiner Familie, zu Haus und Hof, zu Handel und Verkehr, zu den körperlichen Gütern, so folgte sie nunmehr auch den Arbeiten des Gedankens, des wissenschaftlichen, des künstlerischen, des technischen Denkens, und dem in mühsamem Ringen erworbenen geistigen Gut gewährte sie den sicheren Schutz. Aus dieser Arbeit der Rechtsordnung ist das Recht an der Erfindung erwachsen, und die feinsten Ausbildungen dieses Rechts an der Erfindung verdankt die Rechtsordnung der chemischen Industrie. Aus ihren Schöpfungen erwuchs die Erkenntnis, daß der Schutz der Erfindung sich nicht begrenzt innerhalb der sinnbildlichen Darstellung, in welcher der Erfinder mit dem dürftigen Mittel der Sprache an einem Beispiel den Inhalt seiner Erfindung schildert, sondern daß der Schutz der Erfindung überall dahin reicht, wo immer in irgend welcher Ausführungsform der Erfindungsgedanke zu erkennen ist. 30 Jahre lang hat diese Ordnung nunmehr in Deutschland ihre segensreichen Früchte getätigt; aber schon erhebt wieder die Industrie und zum Teil auch die chemische Industrie ihre Wünsche und will eine teilweise Neugestaltung dieser Ordnung hervorufen auf Grund der in der bisherigen Zeit gesammelten reichen Erfahrung. Der Verein zum Schutz des gewerblichen Eigentums ist diesem Weckruf willig gefolgt. Nach einem umfangreich angelegten Arbeitsplan hat er alle die Anregungen, die er von der Industrie erhalten hat, verarbeitet und ist bereit, sie einem in diesem Jahre in Düsseldorf stattfindenden Kongreß zu unterbreiten, wo sie von Juristen und Industriellen beraten werden sollen. Ich bin sehr glücklich, Herr Vorsitzender, Ihnen den Dank des Vereins abzustatten und heute aus Anlaß der gütigen Einladung sagen zu können, wie sehr wir uns stets der werktätigen Hilfe erfreuen, die insbesondere auch die chemische Industrie den Arbeiten des Vereins hat zuteil werden lassen.“ (Lebhafter Beifall!)

Vors.: „Für die so überaus freundlichen Worte der

Begrüßung, welche Sie, hochverehrte Herren Gäste, an uns gerichtet, und die guten Wünsche, welche Sie daran geknüpft, sage ich Ihnen im Namen des Vereins deutscher Chemiker herzlichsten Dank. Wir rechnen es uns zu ganz besonderer Ehre an, wenn es unserem Verein gelingen wird, sich der Gunst und Freundschaft, die Sie ihm erwiesen haben, würdig und wert zu zeigen. Zum Dank für die freundliche Aufnahme, welche wir hier gefunden, für die Worte der Sympathie und Anerkennung, die unserem Verein hier entgegengebracht, bitte ich Sie, hochverehrte Vereinsmitglieder, sich von Ihren Sitzen zu erheben.“ (Geschieht.)

M. H.! „Ich glaube in Ihrer aller Sinn zu handeln, wenn wir, wie immer auf unseren Hauptversammlungen, auch heute Sr. Majestät dem Kaiser ein Huldigungstelegramm schicken. Ich schlage folgende Fassung vor:

„Eurer Majestät, dem gnädigen und anfeuernden Schirmherrn aller freudig fortschreitenden Arbeit, bringt der Verein deutscher Chemiker, in der östlichen Vorburg deutscher Wissenschaft und Technik tagend, ehrerbietigste, begeisterte Huldigung dar.“

Der Verein deutscher Chemiker

I. A.

Prof. Dr. C. Duisberg, Vorsitzender.“

Auf dieses Telegramm lief am Abend folgende Antwort ein:

Cadinen, 24. Mai.

„Seine Majestät der Kaiser und König lassen dem dort tagenden Verein deutscher Chemiker für den Huldigungsgruß danken. Auf allerhöchsten Befehl

der Geh. Kabinettsrat v. Eisenhardt-Rothe.“

Außerdem begrüßten uns liebe Freunde und verehrte Kollegen mit folgenden Telegrammen:

„Guten Verlauf der Hauptversammlung und erfolgreiche geschäftliche Sitzung wünscht mit herzlichem Gruße an alle Kollegen
M e r c k.“

„Freundlichst beste Wünsche für Ihre erfolgreiche diesjährige Arbeit und höflichste Bitte, meine Abwesenheit gütigst entschuldigen zu wollen.

Geheimrat Dr. von Bötttinger.“

„Durch ältere Verpflichtung leider ferngehalten, begrüße ich hochachtungsvolle Versammlung und Präsidium und wünsche bestes Gelingen.

Prof. von Lippmann.“

„Herliche Grüße!

New York Section und Hess.“

„Wegen Verhinderung seines Delegierten Prof. Dr. M. Bamberger entbietet der Verein österreichischer Chemiker dem Verein deutscher Chemiker seine kollegialen Grüße und wünscht der Hauptversammlung besten Erfolg.

Verein österreichischer Chemiker.

Wegscheider, Präsident.

Skra bal, Geschäftsführer.“

Vors.: „Hochverehrte Damen und Herren! Sie verzeihen, wenn ich diesmal als neuer Vorsitzender Ihre Geduld noch einige Zeit in Anspruch nehme. Habe ich zwar schon in Nürnberg und bei der Übernahme dieses ehrenvollen Amtes im Januar in der Zeitschrift im großen und ganzen unser neues Vereinsprogramm entwickelt, so ist es diesmal doch notwendig, die Gelegenheit unserer Hauptversammlung zu benutzen, um klar und deutlich die Wege zu weisen, welche wir auf einem Gebiete wandeln müssen, das man wohl mit Recht das sozialpolitische Vereinsgebiet nennen kann.

Im Gegensatz zu England, Frankreich, Amerika und Rußland haben wir in Deutschland neben der „Deutschen chemischen Gesellschaft“, entsprechend der Chemical Society in London und der Société chimique de France in Paris, welche rein wissenschaftlichen Zwecken dienen, und neben dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, auf rein wirtschaftlicher Basis, in unserem „Verein deutscher Chemiker“ eine Sammelstätte für alle chemisch gebildeten Kreise.

Die Pflege der angewandten Chemie ist unser Zweck, aber die vornehmste Aufgabe unseres Vereins besteht in der Vertretung der Standesinteressen der deutschen Chemiker. Durch die zahlreichen, in allen Teilen Deutschlands und auch im Auslande vorhandenen Bezirksvereine wollen wir dafür sorgen, daß sich alle, die zur Fahne der Chemie schwören, auch gesellschaftlich näher kommen und sich dauernd der gemeinsamen Erziehung und Bildung, welche Standes- und Rangunterschiede nicht aufkommen lassen, bewußt bleiben.

Als ich persönlich vor etwa 15 Jahren zuerst unseren Verein als die kleine „Gesellschaft für angewandte Chemie“ mit einigen Hundert Mitgliedern kennen lernte, habe ich den Wert derselben darin erblickt und dies immer und überall betont und ausgesprochen, daß hier alle, welche an der Alma mater die Milch der chemischen Wissenschaft gemeinsam eingesogen haben, unbekümmert darum, ob sie später große Gelehrte geworden oder gelehrige Schüler geblieben sind, ob sie sich zu Besitzern und Leitern von chemischen Fabriken, Hochschullaboratorien oder Staatsanstalten emporgearbeitet haben, oder als Abteilungsvorsteher, technische und analytische Chemiker und Assistenten tätig sind, an der gemeinsamen Vereinstafel sich zusammenfinden sollen. Die gemeinsame Wissenschaft, der gemeinsame Beruf soll ähnlich, wie es bei den Ärzten, Juristen und vor allem bei den Soldaten der Fall ist, uns alle zusammenschweißen und nach außen hin zu einer einzigen Einheit verbinden. Nicht, wie es in jüngster Zeit auf allen Gassen gepredigt worden ist, müssen wir uns aus wirtschaftlichen Gründen in zwei feindliche Lager, in Arbeitgeber und Arbeitnehmer, trennen. Das in der Chemie stark ausgeprägte Verwandtschaftsgefühl hat unseren Verein groß und größer gemacht, so daß wir uns jetzt stolz die größte chemische Vereinigung nennen können.

Mit der Entwicklung Deutschlands, dem mächtvollen Emporbühen seiner Industrie seit der Gründung des deutschen Reiches, mit der Hebung des Wohlstandes in unserem deutschen Vaterlande auf allen Gebieten, wird der Kampf, den der durch die

Gewerbefreiheit und die Industrie erzeugte vierte Stand mit großem Erfolg jahrelang geführt hat, mehr und mehr zu einem gewissen Stillstand kommen. Man hat auf allen Seiten der bedrückten Lage, in der sich die Klasse der arbeitenden Bevölkerung befand, Rechnung getragen und mit staatlichen und privaten Mitteln Besserung geschaffen. Ja, man möchte sagen, daß nach dieser Richtung hin fast zu viel oder doch in zu schnellem Tempo geschehen ist und geschieht. Überall ist man bemüht, die Staatshilfe an die Stelle der Selbsthilfe, die fast ganz ausgeschaltet ist, zu setzen.

Bei diesem Wettrennen um die Hebung des vierten Standes hatte man den Mittel- und Bürgerstand, der Deutschland groß gemacht, auf dem die Stärke Deutschlands auch heute noch beruht, fast ganz vergessen. Erst nach und nach erinnerte man sich dieser treuesten Helfer in der Not. Nachdem der Landwirtschaft in ihrer bedrängten Lage infolge des festen Zusammenschlusses aller Landwirte geholfen worden ist, fängt man neuerdings an, sich der zahlreichen Privatangestellten und Privatbeamten anzunehmen, zu denen ja auch alle diejenigen Chemiker rechnen, welche nicht Staatsbeamte oder Inhaber von chemischen Fabriken und Laboratorien sind.

Schon seit vielen Jahren hatten sich diese Privatbeamten der deutschen Industrie zu Fachverbänden zusammengeschlossen, teils um die gemeinsamen Standesinteressen zu wahren und zu fördern, teils aber auch, um die Bildung ihrer Mitglieder zu heben und sich durch Spar-, Kranken-, Invaliditäts- und Sterbekassen gegenseitig zu unterstützen. So sehen wir neben dem Verband deutscher Kaufleute, dem deutschen Werkmeisterverband, dem deutschen Technikerverband zahlreiche andere Verbände mit vielen Tausenden und Zehntausenden von Mitgliedern. Auch den Verein deutscher Ingenieure und unsern Verein deutscher Chemiker können wir in gewissem Sinne zu dieser Kategorie von Fachvereinigungen rechnen. Solche Verbände und Vereine tun immer gut, der Politik im allgemeinen fernzubleiben. Wenn sie aber behufs besserer Wahrung ihrer Standesinteressen ausnahmsweise einmal Mittelstandspolitik, aber auch nur diese, treiben, so ist, solange sie kalten Kopf und warmes Herz auch für den Beruf, für die Industrie selbst behalten, nichts dagegen zu sagen. Wenn sich aber alle in der Industrie tätigen Beamten, wie Chemiker, Ingenieure, Techniker, Meister, Aufseher, also die Vertreter der verschiedenartigsten Berufsarten, zu einer Vereinigung zusammenschließen, lediglich um eine große Macht zu bilden, um als Masse zu wirken, welche ohne Rücksicht auf die Einzel- und Fachinteressen, die Forderungen aller vertritt, so halten wir dies für grundsätzlich falsch und für verfehlt. (Bravo!)

Lediglich die Erfolge, welche die Arbeiter durch den Zusammenschluß in Gewerkschaften, durch Streik und Boykott, durch den Abschluß von Tarifverträgen usw. erzielt haben, hat auch viele Privat- und Industriebeamte zu der Meinung gebracht, daß auf gleichem Wege und mit gleichen Mitteln eine schnelle Beseitigung der vorhandenen Schäden und

eine Hebung der Stellung und des Einkommens erzielt werden könne. In kurzer Frist ist daher eine Organisation geschaffen worden, welche, unbekümmert um Stand und Beruf, alle technisch-industriellen Beamten und Angestellten in sich zu vereinigen sucht. Man vergißt, daß auch die Arbeitergewerkschaften ihre Erfolge nur der beruflichen Organisation verdanken.

Die Interessen des Chemikers sind doch so weit verschieden von denen der übrigen in der Industrie beschäftigten Angestellten, ja vielfach sogar von denen des uns am nächsten stehenden Berufs des Ingenieurs. Bei aller Hochachtung eines jeden Standes kann man im Ernst nicht verlangen, daß die an Hochschulen erzogenen Chemiker ihre Lebens- und Standesinteressen vereinigen sollen mit denen der in der Industrie tätigen Handwerksmeister, Fabrikaufseher oder der an Fachschulen ausgebildeten Berufstechniker. Es sind zumeist auch nicht Chemiker, welche sich in dieser Richtung agitatorisch betätigt haben. Sonderbarerweise waren es bisher hauptsächlich Juristen und Nationalökonomien, sogar Verleger und Lehrer, welche durch Wort und Schrift für den Eintritt der angestellten Chemiker in den Bund der technisch-industriellen Beamten wirkten. In allen Städten und Gegenden, wo Chemiker angestellt und tätig sind, hat man Versammlungen einberufen und uns öffentlich für unfähig erklärt, Besserung in den bestehenden Verhältnissen herbeizuführen. Eine große und wüste Literatur ist in kurzer Zeit über den scheinbar traurigsten aller Stände, den Chemikerstand, erschienen.

Als gebildete Menschen verabscheuen wir ein Vorgehen, das mit dem gemeinsten und niedrigsten aller Triebe, dem Neid und dem Klassenhass arbeitet, bei dem das Heil im Kampfe gesucht wird. Man vergißt auch auf jener Seite, daß Druck stets Gegendruck erzeugt, daß es ein Verbrechen am eigenen Stande ist, wenn man den Ast ansägt, auf dem man sitzt. Wir kennen derartige Gegensätze in unseren Kreisen nicht, wie sie sich im wirtschaftlichen Leben der Arbeiter zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern leider herausgestellt haben. Wenn aber bei uns Übelstände sich geltend machen, so wissen wir sie ohne die vom Bunde der technisch-industriellen Beamten geforderten Beamtenausschüsse mit weitgehender Machtbefugnis zu beseitigen. Wir haben auch das bei den Gewerkschaften übliche, aber bei Beamten mit Verträgen untaugliche Mittel des meist zweiseitig scharfschneidenden Messers des Streiks und Boykotts nicht nötig. Die auf dem Wege der Gesetzgebung geplante Beseitigung der Karenzbestimmung, auf die, wie jeder einsichtsvolle Chemiker zugeben muß, die chemische Industrie nicht verzichten kann, ist absurd. Das neueste Allheilmittel auf sozialpolitischem Gebiet, der kollektive Lohn- und Arbeitsvertrag, oder gar der Tarifvertrag und alles, was damit zusammenhängt, der auch bei den Lohnkämpfen der Arbeiter meist nichts weiter als ein für kurze Zeit geschlossener und nur einseitig gewährleisteter Waffenstillstandsvertrag ist, hat in unserem Beruf eben so wenig Boden, wie man im gemischten Großbetriebe jemals damit Erfolge erzielen wird.

Wir haben uns denn auch in unserem Verein allen diesen Angriffen gegenüber passiv verhalten, dafür aber um so intensiver im Stillen gewirkt und gearbeitet. Wir leugnen durchaus nicht, daß auch in unserem Stande Mißstände sich herausgebildet haben, welche beseitigt werden können und müssen. Doch hier ist gewaltig übertrieben; es sind Einzelfälle zu Allgemeinfällen aufgebauscht worden. So ist es z. B. auf dem Gebiete des Vertragsrechts die Konkurrenzklausel, die vielfach zu Beschwerden Veranlassung gegeben hat. Daß wir hier zusammen mit dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie durch allgemeine Annahme der bezahlten Karenz, wie sie in einzelnen Fabriken schon seit Dezennien gehandhabt wird, vollen Erfolg zu verzeichnen hatten, ist in unserer Zeitschrift bekannt gegeben worden. Wir werden ja noch Gelegenheit haben, uns heute Nachmittag mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen. Doch auch hier gilt es, Maß halten und den Weg der Verständigung einem Kampfe vorzuziehen. Für uns Chemiker muß es jetzt mehr darauf ankommen, die prinzipielle und anerkannte Forderung der bezahlten Karenz überall durchzusetzen, als uns bei Einzelheiten in der Fassung der Karenzklausel aufzuhalten.

Aber auch die Belohnung des in der Industrie tätigen Erfinders durch Beteiligung am Reingewinn seiner Erfindungen und die vertragliche Festlegung dieser Forderung läßt sich, wenigstens in der Farben- und pharmazeutischen Industrie soweit es sich dabei um neue Produkte handelt, durchführen. Seit vielen Jahren ist sie in kleinen und großen Fabriken mit Erfolg erprobt worden und findet immer mehr Nachahmung. Gern geben wir zu, daß eine absolut gerechte Durchführung dieses Prinzips kaum möglich ist; spielt doch, wie jeder in einer großen Fabrik tätige Chemiker aus eigener Erfahrung weiß, die sogenannte Etablissementserfindung, bei der neben der Leistung des einzelnen, die Einrichtungen der Fabrik, die Arbeiten der auf ähnlichen Gebieten tätigen Kollegen usw. mitgewirkt haben, eine außerordentlich bedeutsame Rolle. Aber wenn in der chemischen Industrie nicht nur der Erfinder am Reingewinn der von ihm gemachten Erfindungen beteiligt ist, sondern auch der Betriebsführer Tantiemen vom Reingewinn des von ihm geleiteten Betriebes erhält, also beide die Freuden und Leiden des Gesamtgeschäfts oder ihrer Unterabteilungen teilen müssen, so zieht hiervon nicht nur der Chemiker, sondern auch die Fabrik selbst die größten Vorteile. Der Chemiker steht sich besser, weil, wie es bei den Akkordlöhnen der Arbeiter im Gegensatz zum festen Tages- und Wochenlohn der Fall ist, das Gesamteinkommen, des Risikos wegen, um einen erheblichen Prozentsatz höher bemessen werden muß, als wenn die Belohnung ausschließlich aus festem Jahresgehalt besteht. Die Fabrik fährt gut, weil der Chemiker sich überall, wo er kann, bemühen wird, den Reingewinn zu steigern und in den Zeiten der Depression diese zu überwinden sich bestreben wird.

Allerdings gehört zur Durchführung dieses Prinzips eine weitverzweigte und gute Organisation,

sowohl in chemischer und technischer, wie vor allem auch in kaufmännischer Hinsicht. Die Arbeit, die der Buchführung hierbei erwächst, gerecht und richtig den Gewinn eines jeden Betriebes und sogar eines jeden einzelnen Produktes zu ermitteln, ist unendlich groß und schwierig. Die meisten, die hierüber lärmend in der Presse schreiben und urteilen, haben keine Ahnung von den in der Industrie nach dieser Richtung hin wie auch generell obwaltenden Schwierigkeiten. Eine gesetzliche Regelung dieser Frage ist meines Erachtens überhaupt nicht durchführbar.

Hier ist also nur langsam und allmählich und nur auf dem Wege der Verständigung diese Forderung zur Durchführung zu bringen.

Endlich die wichtigste aber auch schwierigste aller Fragen, die Gehaltsfrage der Chemiker. Man hat in den Kreisen des Bundes der technisch-industriellen Beamten in Versammlungen, Zeitungen und Zeitschriften die Behauptung aufgestellt, daß Anfangsgehälter für akademisch gebildete Chemiker von 100—120 Mark pro Monat in der Industrie symptomatisch seien. Ich will auf diese Streitfrage an sich hier nicht eingehen, weil dies zu weit führen würde. Diese Behauptung ist auch wieder von Nichtsachverständigen aufgestellt und verbreitet worden. Man weiß scheinbar nicht, daß die Lehrstellen, welche bei anderen Berufen, so bei Ärzten, Juristen und Lehramtskandidaten überhaupt nicht bezahlt werden, bei den Chemikern mit geringen Gehältern belohnt sind. Es handelt sich hier, wie bei den Assistenten an den Hochschullaboratorien oder bei den Analytikern an den Staatslaboratorien oder auch in der Industrie bei manchen Anfangsstellen nur um Durchgangsstadien. Keine allzu große Belastung der Staatskasse oder der Industrie würde es bedeuten, wenn man auch hier den veränderten Zeiten Rechnung tragen und selbst diese Anfangs- und Lehrstellungen der Chemiker höher honorieren würde, wie dies in einer Reihe von Fabriken schon der Fall ist.

Einerseits um die Wahrheit zu ermitteln, andererseits, um nach dieser Richtung hin anregend zu wirken, haben wir eine diesbezügliche allgemeine Umfrage veranstaltet.

Für jeden Stand, so auch für denjenigen der Chemiker, kommt es aber weniger auf die Anfangsbezahlung als darauf an, welches Durchschnittseinkommen die Chemiker heute in den verschiedensten Stellungen erzielen. Durch eine Umfrage läßt sich hier leider keine Klarheit schaffen. Ich habe jedoch vor kurzem auf Wunsch des Herrn Geheimrat Emil Fischer unter Ausschluß von Anormalitäten eine auf breiter Basis aufgebaute und nach Altersklassen geordnete Einkommensstatistik einer großen Fabrik der chemischen Industrie mit 200 Chemikern anfertigen lassen. Ich kann leider diese Zahlen hier nicht vorlegen. Aber daß danach die Belohnung des Chemikers in der Industrie keine ungünstige ist, wird Herr Geheimrat Fischer gern zu versichern bereit sein.

Man hat auch behauptet, der Andrang zum Studium der Chemie sei zu groß und durch die begründeten Interessengemeinschaften der Bedarf an Chemikern geringer ge-

worden, so daß, da Angebot und Nachfrage den Lohn überall regeln, die chemische Industrie hieraus Nutzen gezogen und die Saläre herabgesetzt habe. Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse ist dies nicht richtig und das Gegenteil der Fall, soweit wenigstens gründlich vorgebildete Kräfte in Frage kommen. Allerdings werden vielfach die akademisch gebildeten Chemiker mit den auf Fachschulen erzogenen Chemotechnikern oder gar mit den in Laboratorien geschulten Chemikanten verwechselt. Für die rein mechanische, analytische Tätigkeit sind solche Kräfte, welche selbstverständlich eine wesentlich geringere Bezahlung als die Chemiker erhalten und beanspruchen, notwendig. Aber der Fabrikant, der ausnahmsweise einmal solche Elemente an die Stelle wissenschaftlich gebildeter Chemiker setzt und ev. sogar mit der Leitung von Betrieben betraut, wird bald zum Schaden seines Portemonnaies böse Erfahrungen machen und zu der seit Liebig bewährten Praxis zurückkehren, daß der bestgebildete Chemiker in allen Zweigen der chemischen Industrie gerade gut genug ist. Die zu Interessengemeinschaften vereinigten Firmen haben auch, wie ich bestimmt weiß, nicht die Zahl ihrer Chemiker verringert, sondern im Gegenteil noch wesentlich erhöht; trotzdem kann keiner von uns bestimmt sagen, ob zurzeit eine Überfüllung des Chemikerberufs vorhanden ist oder nicht, da jegliche Statistik fehlt. Wir haben daher im Vorstand beschlossen, daß von jetzt an das Vereinsbureau jährlich einmal eine Statistik über die Zahl der Chemie Studierenden aller Stufen und über den Bedarf der Industrie an Chemikern aufmachen soll. Stellt sich dann heraus, daß Angebot und Nachfrage sich nicht die Wage halten, so werden wir gern bereit sein, mit Ihnen über geeignete Maßnahmen zu beraten.

Warm unterstützen auch wir die Forderung der Privatbeamten, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, gegen die Unbill von Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und Alter staatlich versichert zu sein und Witwen und Waisen versorgt zu wissen. Aber wir dürfen dabei nicht verschweigen, daß die meisten Firmen der chemischen Industrie weitreichende Fürsorge für ihre sämtlichen Angestellten durch Kranken-, Pensions- und Unterstützungskassen getroffen haben, also diese Frage die Chemiker nicht in dem Umfange wie die Privatbeamten anderer Industriezweige berührt.

Der Pessimismus, wie er sich durch die fortgesetzte Verbreitung unwahrer oder wenigstens unbewiesener und entstellter Behauptungen über unsern Stand bereits bei den Chemie Studierenden breit gemacht hat, die Unzufriedenheit, die durch unlautere Agitation geschürt und genährt wurde, sie sind, wie ich gezeigt habe, daher nicht berechtigt.

Aber, verehrte Kollegen, wenn wir hier die sozialpolitischen Verhältnisse des Chemikerstandes erörtern, dann dürfen wir auch nicht verschweigen, daß es noch manche Mängel gibt, die zu beseitigen wir bemüht waren und weiter bestrebt sein müssen, welche nicht in den äußeren, sondern mehr in den inneren Verhältnissen unseres Standes begründet

sind. Schon seit vielen Jahren kämpfen wir dafür, daß nur diejenigen zum vollberechtigten Studium der Chemie zugelassen werden sollen, welche das Abiturientenexamen einer neunklassigen Schule absolviert haben. Der Erfolg war früher sehr gering, fängt aber im letzten Jahr an, sich bemerkbar zu machen, wie Ihnen eine von mir in früheren Jahren aufgestellte und jetzt vom Vereinsbureau fortgeführte Statistik zeigen wird, wonach die Zahl der Nichtabiturienten, welche das Verbandsexamen gemacht haben, von 45% auf ca. 30 zurückgegangen ist. Noch immer widmen sich dem Studium und Beruf des Chemikers gern solche, welche nicht die nötige Energie hatten, bis zum Abiturientenexamen auf der Schule auszuharren. Nicht Veranlagung und Neigung treiben die letzteren dann zu unserem Beruf, sondern sie werden Chemiker, weil sie studieren wollen und ihnen ohne Abiturientenexamen alle anderen höheren Berufsarten mit akademischem Studium verschlossen sind.

Am meisten wird es helfen, wenn allgemein bekannt wird, daß das bis jetzt einzige Abschlußexamen, das neben dem Diplomexamen der Technischen Hochschule für den Chemiker besteht, das Doktorexamen, seit einem Jahre an allen deutschen und auch in den maßgebenden schweizer Hochschulen nur noch gemacht werden kann, wenn das Abiturientenzeugnis einer neunklassigen Schule vorgelegt wird. Leider hat man an einigen Universitäten noch Ausnahmen, wenn auch unter erschwerenden Bedingungen zugelassen, die andere Stände nicht kennen. Wir müssen also fortgesetzt nach dieser Richtung hin weiterarbeiten und dabei unsere Aufmerksamkeit auch der speziellen Ausbildung der Chemiker zuwenden.

Sie sehen also, wir im Verein deutscher Chemiker haben die ernste Absicht, überall da, wo Verbesserungen des Standes und der Stellung des Chemikers in der Welt und in der Industrie möglich sind, diese durchzusetzen, aber nicht auf dem Wege des Umsturzes und mit Gewalt, sondern auf dem allein richtigen des langsamen, aber beharrlichen Fortschreitens, unter Verständigung mit und unter Wahrung der Interessen der Industrie, die uns nährt und erhält.

Dabei finden Sie uns alle, Vorstand und Vorstandsrat und den ganzen Verein zu helfen bereit. Wir haben, ob wir Leiter von industriellen Unternehmungen, Hochschullehrer oder Besitzer von chemischen Fabriken sind, ein warmfühlen- des Herz für unsere jungen und emporenbenden Kollegen. Sind wir doch selbst nur langsam und allmählich von Stufe zu Stufe gestiegen und haben Freude und Leid unseres schönen und verantwortungsvollen Berufs in allen Positionen kennen gelernt. Wer mich kennt, wird wissen, daß ich immer in erster Reihe da zu finden war und bin, wo es gilt, den Stand und die Stellung der Chemiker zu heben, wo es heißt, gegen Miß- und Übelstände des Berufs vorzugehen. (Bravo!) Aber, meine hochverehrten Kollegen, vollen Erfolg werden und können wir nur haben, wenn wir uns nicht mit minder gebildeten Elementen zu einer trägen oder gar gewalttätig vorgehenden Masse verbünden,

sondern alle Fachgenossen, die bisher noch unseren Bestrebungen fernstehen, in unsere Reihen ziehen. Viele Tausende sind es, um die es sich hier noch handelt. Noch stehen sogar zahllose Akademiker teilnahmslos uns und unseren Bestrebungen gegenüber. Noch lehnen es viele junge und selbst ältere technische Chemiker ab, wegen des kleinen Geldbetrags, den wir als Entgelt für die gelieferte Zeitschrift fordern müssen, unserer Vereinsfahne zu folgen. Der Arbeiter aber, welcher nur ein wöchentliches Einkommen von 20 M hat, ist gern bereit, hiervon 50 Pf und mehr, also mindestens $2\frac{1}{2}\%$ seines Lohnes für Standesinteressen zu opfern. Der Verein deutscher Chemiker ist aber die einzige und alleinige Berufsorganisation, welche nicht nur Besserung schaffen kann, sondern auch Erfolge erzielt hat und weiter erzielen wird.

Darum fordere ich auch von dieser Stelle aus alle Mitglieder des Vereins auf, eine rege Werbetätigkeit auszuüben. Je zahlreicher wir in unserem Verein sind, je geschlossener wir auftreten, um so erfolgreicher werden unsere Bemühungen besonders auf sozialpolitischem Gebiete sein. Einigkeit macht stark!“ (Lang anhaltender, stürmischer Beifall.)

„Und nun lassen Sie uns zum Schluß noch Anerkennung zollen denen, die sich um unsere Wissenschaft, um die Technik verdient gemacht haben.“

Nachdem die technische Chemie in den letzten Dezennien Erfolge auf Erfolge errungen hat, stehen wir nach einer Pause heute wiederum vor der Lösung des Problems, das an Großartigkeit und Entwicklungsmöglichkeit alle anderen, bisherigen zu übertreffen scheint.

Schon seit über hundert Jahren wußte man, daß sich der Sauerstoff und Stickstoff der Luft im elektrischen Flammbogen zu den Stickoxydverbindungen vereinigen läßt, welche dann mit Leichtigkeit in den für die chemische Industrie und für die Landwirtschaft so wichtigen Salpeter übergeführt werden können. Zahlloser Versuche in Laboratorien und Werkstätten hat es bedurft, bis es endlich, mit Hilfe des von dem norwegischen Physiker Birke- land erfundenen Verfahrens und mit Unterstützung des tatkräftigen norwegischen Ingenieurs Eyde, den Norwegern gelang, unter Zuhilfenahme der billigen Wasserkräfte ihres Heimatlandes das Verfahren so rationell auszubauen, daß eine Konkurrenz gegen das aus Chile stammende Naturprodukt möglich war.

Auf einem ganz anderen und chemisch viel interessanteren Wege gelangten zwei deutsche Chemiker zur Nutzbarmachung des Stickstoffs der Luft für landwirtschaftliche und chemische Zwecke. Adolf Frank und Nikodem Caro haben nicht nur durch Überleiten von Stickstoff über Barium- und Calciumcarbid unter besonderen Bedingungen eine neue chemische Reaktion ausgeführt, sondern sie haben auch diese Methode der Darstellung von Dicyandiamid aus dem Laboratorium in den Großbetrieb übertragen und durch Einführung des Kalkstickstoffs in den Handel der Landwirtschaft ein neues billiges Düngemittel zugeführt. Schon werden Tausende von Zentnern von diesem von den landwirtschaftlichen Versuchsstationen für die Ernährung der Pflanzen erprobten Kalkstickstoff dargestellt und verwandt.

Da schien dem Vorstand des Vereins deutscher Chemiker, welcher zusammen mit den Ehrenmit-

gliedern die am hundertjährigen Geburtstage Liebig's, am 12. Mai 1903, gestiftete goldene Liebig-Denkmünze zu vergeben haben, die Zeit gekommen, wo dem ältesten dieser beiden glücklichen deutschen Erfinder die Ehrung für seine hervorragenden Leistungen zuteil werde.

Vor fast 50 Jahren hat Adolf Frank, als junger Chemiker in einer Zuckerfabrik zu Staßfurt tätig, die Bedeutung der in den Abraumsalzen enthaltenen Kaliverbindungen für die Landwirtschaft erkannt. Unbestritten ist die historische Tatsache, daß Frank es war, der die Staßfurter Abraumsalze zuerst fabrikmäßig auf Kalisalz verarbeitete und damit die heute so blühende deutsche Kaliindustrie begründete. Eine weitere verdienstvolle Leistung Franks ist die Einführung der Kalisalze in die Landwirtschaft. Wie so oft im Leben hat Frank aber den klingenden Lohn für seine damalige Tat nicht gefunden. Die von ihm im Jahre 1861 errichtete Kalifabrik ist dem schrankenlos gesteigerten Wettbewerb auf diesem Gebiete, dem nur das Großkapital widerstehen konnte, zum Opfer gefallen. Rastlos, wie er war, hat er sich dann anderen Forschungsgebieten zugewandt. Besondere Verdienste auf dem Gebiete der Zellstofffabrikation waren es, welche die Papierchemiker veranlaßt haben, das hohe Lied dieses Mannes zu singen. Den Arbeiten Franks mit verdankt der Sulfitholzzellstoff zum Teil seinen Siegeslauf, welchen er kurze Zeit nach der Erfindung durch Tilgmann, Mitscherlich genommen. Speziell die chemische Technik der Sulfitlaugen hat Adolf Frank zuerst mit herausgebildet, indem er ein eigenes Verfahren in die Cellulosefabrikation brachte und auch erhebliche Arbeiten über die Ab- und Abwasserfragen dieser Industrie leistete. Daß es ihm trotz seines hohen Alters von mehr als 70 Jahren gelang, für die Landwirtschaft, der er schon einmal im Sinne Liebig's gedient, neue, die erste Tat weit überragende Leistungen zu vollbringen, ist als beispielloser Erfolg eines Menschen zu betrachten. Tatsächlich ist die Darstellung von Kalkstickstoff durch Adolf Frank zusammen mit Nikodem Caro die bedeutendste Arbeit seines Lebens auf dem Gebiete der angewandten Chemie. Es konnte deshalb für uns kein Zweifel darüber bestehen, daß die größte Auszeichnung, welche unser Verein außer der Ehrenmitgliedschaft zu vergeben hat, ihm zuteil werden müsse.

Im Namen und Auftrage des Vorstandes und des Rates der Ehrenmitglieder verleihe ich daher in dieser festlichen Sitzung die schöne goldene Liebig-Denkmünze unseres Vereins Herrn Prof. Dr. Adolf Frank zu Charlottenburg.

Leider ist Herr Prof. Dr. Frank durch den gleichzeitig mit uns in Wien tagenden internationalen landwirtschaftlichen Kongreß, bei dem er schon seit Monaten eine Berichterstattung übernommen, verhindert, unter uns zu sein, wo er sonst in den letzten Jahren nie gefehlt hat. Mit Ihrer gütigen Erlaubnis werden wir daher folgendes Telegramm an ihn absenden:

Prof. Adolf Frank,

z. Z. Wien.

„Dem Verein deutscher Chemiker gereicht es zur großen Ehre und Freude, Ihnen mitzu-

teilen, daß Ihnen als dem Gründer der deutschen Kaliindustrie, als Lohn für die Einführung der Kalisalze in die Landwirtschaft, als Anerkennung für Ihre Verdienste auf dem Gebiete der Zellstofffabrikation und vor allem für Ihre hervorragendste Leistung, der wissenschaftlichen und technischen Darstellung des Kalkstickstoffs, die goldene Liebig-Denkmünze soeben auf der Hauptversammlung zu Danzig unter dem Beifall der Anwesenden verliehen worden ist.

I. A.:

Prof. Dr. C. Duisberg, Vorsitzender.“

(Lang anhaltender Beifall.)

Hierauf ging folgende Antwort ein:

„Dem Verein deutscher Chemiker sage ich für die mich hoch ehrende Verleihung der goldenen Liebig-Denkmünze herzlichsten Dank. Diese mir von Fachgenossen gewordene Anerkennung macht mir eine große Freude.

Mit Dank und Gruß an alle Kollegen.

Adolf Frank.“

Hierauf hielt Geheimrat Prof. Dr. Emil Fischer (stürmisch begrüßt) seinen Vortrag über „Proteine und Polypeptide“ (s. diese Z. 20, 913 [1907]).

Vors.: „M. H.! Sie haben dem hochverehrten Vortragenden schon durch Ihren reichen Beifall Ihren warmen Dank kundgegeben. Bei seinem Vortrage fiel mir folgendes Erlebnis ein. Als ich vor 25 Jahren in Jena studierte und bei Ernst Häckel Zoologie hörte, wandte er sich gelegentlich an uns Chemiker und sagte: „Stellen Sie doch einmal künstliches Eiweiß auf chemischem Wege dar, Sie werden sehen: es lebt und krabbelt!“ Nun, daß das synthetische Eiweiß nicht lebt und nicht krabbelt, sehen Sie aus dem halben Gramm, das in diesem Gläschen ist. Wie in so manchen anderen Dingen, hat sich Ernst Häckel auch hierin geirrt. Einen hohen Genuß hat uns der Vortragende bereitet, indem er uns einen Einblick in die Tätigkeit eines Künstlers tun ließ, denn Kunst, nicht nur Wissen und Können bedeutet es, wenn man es fertig bringt, so hochmolekulare Verbindungen auf diesem schwierigsten aller Gebiete aufzubauen. Das haben Sie wohl alle empfunden, und ich nehme daher nochmals Gelegenheit, unserem hochverehrten Ehrenmitgliede unsern allerherzlichsten Dank auszusprechen.“

Es sprach sodann Prof. Dr. Wohl: „Die neueren Ansichten über den chemischen Verlauf der Gärung“ (s. diese Z. 20, 1196 [1907]).

Vors.: „Ich spreche in Ihrer aller Namen, wenn ich Herrn Prof. Wohl für seinen anregenden und ausgezeichnet klaren Vortrag den herzlichsten Dank sage.“ (Schluß der Festsetzung um 12¹/₂ Uhr.)

3. Geschäftliche Sitzung

am Donnerstag, den 23. Mai 1907, nachmittags 2 Uhr in der Aula der Technischen Hochschule zu Danzig.

Der Vors., Prof. Dr. Duisberg, eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 5 Min. und stellt fest, daß

sie satzungsgerecht einberufen und daß ihre Tagesordnung zur vorgeschriebenen Zeit veröffentlicht ist. Zum Protokollführer wird der Generalsekretär Prof. Dr. R a s s o w bestimmt.

Zur Beglaubigung des Protokolles erklären sich die Herren

Prof. Dr. v. C o c h e n h a u s e n ,
Dir. Dr. S c h e i t h a u e r ,
Dr. P a u l J u l i u s ,
Dr. A s b r a n d ,
Dr. R a s c h i g ,
Dr. H e s s e ,
Dr. T r e u m a n n

bereit.

Die Dringlichkeit des Punktes 17 des Tagesordnung: „Beschlüßfassung über die chemische Reichsanstalt“, wird genehmigt.

Punkt 5 der Tagesordnung, Neuwahl des Vorstandes, soll mit Punkt 10b vereinigt werden.

1. Der Geschäftsbericht des Vorstandes

liegt gedruckt vor. (S. S. 1426 ff.)

Da niemand das Wort dazu verlangt, ist er genehmigt.

2. Jahresrechnung für 1906, Bericht der Rechnungsprüfer; Entlastung des Vorstandes.

Vors.: „M. H.! Die Jahresrechnung finden Sie im Geschäftsbericht. (S. S. 1433.) Da Kollege L ü t y, unser Schatzmeister, verhindert ist, an der Hauptversammlung teilzunehmen, so gestatten Sie wohl, daß ich denselben erläutere.

Sie werden einen heillosen Schrecken bekommen haben oder bekommen, wenn Sie auf der linken Spalte unter Einnahmen vermerkt sehen: Verlust 12 934,93 M; Sie werden aber, so hoffe ich, sich gleich wieder erholen, wenn Sie auf der anderen Seite unter Ausgaben am Schluß vermerkt sehen, daß wir im vorigen Jahre ausnahmsweise mit einem Überschuß von 17 709,01 M abgeschlossen haben. Im Gegensatz zu unseren früheren Überschüssen von durchschnittlich etwa 3000 M hat sich im vorigen Jahre dieses große Plus ergeben. Es ist damals schon gesagt worden, daß eine buchhalterische Verschiebung eingetreten ist. Man hat in früheren Jahren — meines Erachtens zu Unrecht — alle Beiträge, welche im Laufe eines Jahres eingingen, unbekümmert darum, ob sie für das laufende oder für das kommende Jahr einbezahlt wurden, einfach a conto des laufenden Jahres gebucht, und da neuerdings die meisten Beiträge für das kommende Jahr im Dezember eingehen, ist das Jahr 1905 viel zu gut weggekommen, das Jahr 1906 hingegen erheblich zu schlecht. Ziehe ich die Differenz zwischen dem Überschuß und dem Verlust der beiden letzten Jahre, so ergibt sich ein Betrag von 4764 M; das ist der Überschuß für die beiden Jahre zusammen genommen. Tatsächlich schließen wir also nicht mit einem Verlust, sondern mit einem Überschuß von 2382 M ab. Im nächsten Jahre werden wir natürlich wieder klare Verhältnisse und ein richtiges Bild unserer Finanzlage, wenn auch, wie ich schon jetzt hier betonen möchte, ein weniger erfreuliches bekommen.

Unmittelbar hinter der Abrechnung finden Sie den Bericht der Rechnungsprüfer abgedruckt. Sie

ersehen daraus, daß das Vereinsvermögen zurzeit 67 903 M beträgt, daß der Reservefonds der Zeitschrift auf 18 178 M angewachsen ist, und Sie sehen ferner, daß von diesen 18 000 M noch 15 000 M zu zahlen sind an die Firma Julius Springer, als Restsumme für die Übernahme der Zeitschrift. Wir haben jetzt also einen, wenn auch erst kleinen, Zeitschriftenfonds, der uns allein gehört.“

Darauf folgt die Verlesung des Berichtes der Rechnungsprüfer.

Vors.: „Wünscht nun einer der Herren das Wort zu dieser Abrechnung bzw. zu dem Bericht der Rechnungsprüfer?“

Dr. S c h m i d t : „M. H.! Ich stelle den Antrag, dem Kassensführer und dem Vorstände Entlastung zu erteilen.“

Vors.: „Es ist der Antrag auf Entlastung gestellt. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, also nehme ich an, daß dieser Antrag per Akklamation angenommen ist (Zustimmung), und wir kämen dann zum folgenden Punkt unserer Tagesordnung :

3. Haushaltsplan für das Jahr 1908.

„Auch den Haushaltsplan muß ich Ihnen in Vertretung des Schatzmeisters vorlegen. Sie ersehen aus demselben auf der folgenden Seite des Geschäftsberichts (s. S. 1434), daß wir im nächsten Jahre mit 3500 Mitgliedern rechnen; dementsprechend ist also die Ausgabe für die Zeitschrift mit 12,50 M pro Mitglied angesetzt. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß uns die Zeitschrift heute schon weit mehr, fast 20 M, selbst kostet; der Abrechnung wegen haben wir immer noch eine Trennung zwischen Vereinsabrechnung und Zeitschriftabrechnung beibehalten.

Als Beitrag zum Deutschen Museum haben wir wieder, wie auch schon im vorigen Jahre, 300 M vorgesehen. Wir haben das allerdings unter der ausdrücklichen Bedingung getan — und stützen uns da auf eine Korrespondenz mit dem Vorstände des Deutschen Museums in München —, daß unser Verein künftig, wie es den anderen Gesellschaften, der Bunsengesellschaft und der Deutschen Chemischen Gesellschaft, schon zugebilligt ist, auch einen Vertreter im Vorstandsrat erhält. Wir haben ja als Verein deutscher Chemiker in erster Linie Anspruch darauf, weil wir die berufenen Vertreter der technischen Chemie sind.

Es ist dann vergessen worden — oder Sie können auch sagen : es ist unter „Unvorhergesehene Fälle und zur Verfügung des Vorstandes“ enthalten —, die Kosten der Rechtsauskunftsstelle in den Haushaltsplan einzusetzen.

Auf der anderen Seite sind wir auch in der Lage gewesen, wenigstens eine neue Einnahme zu eröffnen. Wie Sie nachher hören werden, haben wir den Vertrag mit der Stuttgarter Lebensversicherungsbank abgeändert und treten künftig sozusagen als Agenten für die Gesellschaft auf; dafür erhalten wir eine Entschädigung, so daß also auch der Haushaltsplan, wenn Sie so wollen, mit plus minus null oder einem kleinen Überschuß abschließt.

Aus dem Voranschlag ersehen Sie schon — und Sie werden darüber nachher noch mehr hören —, daß uns auf mehreren Gebieten neue Aufgaben erwachsen, die Ausgaben des Vereins also in der

Zunahme begriffen sind. Wir haben das neue Bureau eingerichtet, das mehr Kräfte erfordert, wir mußten unbedingt eine neue Organisation durchführen, um den Vorsitzenden zu entlasten, um auch die Vereinsgeschäfte besser zu führen, um alle die Einrichtungen, die wir getroffen haben: das Adressenverzeichnis, die Rechtsauskunftsstelle, die Stellenvermittlung usw., in der richtigen Weise zu handhaben, und infolgedessen waren wir gezwungen, Umschau nach höheren Einnahmen zu halten.

Wünscht einer der Herren das Wort zum Haushaltungsplan? — Das ist nicht der Fall. Dann nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind.“ (Zustimmung.)

Der Haushaltungsplan wird ebenfalls genehmigt.

4. Wahl eines Ehrenmitgliedes.

Vors.: „M. H.! Der Vorstand beantragt, auf der heutigen Sitzung Herrn Geheimen Rat Dr. Carl Engler, Professor der Chemie an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe, zum Ehrenmitglied des Vereins zu ernennen. Vorstand und Vorstandsrat unterstützen dies, und zwar mit folgender Begründung:

Carl Engler ist seit mehr als 40 Jahren als Schriftsteller, Forscher und akademischer Lehrer auf dem Gebiete der Chemie tätig. Von Anfang an war er der organischen Chemie zugewandt. Dem mehrjährigen Studium der Nitrile folgten Arbeiten, die die Kenntnis der aromatischen Kohlenwasserstoffe als Basis der Triphenylmethanfarbstoffe bereicherten. Eingehende Beschäftigung mit dem Acetophenon und seinen Abkömmlingen führten ihn zur Synthese des Indigos durch Reduktion des o-Nitroacetophenons. Aber den größten Teil seines Lebenswerkes hat er der Erforschung des Erdöls, dessen Abkömmlingen und Verwandten gewidmet.

Gestützt auf die Destillationsergebnisse des Fischtrans bei hohem Druck stellte er 1888 seine Hypothese über die Entstehung des Erdöls auf, die die Fettreste gewaltigen animalischen Lebens großer Meerestiefen zur Erklärung der Petroleumbildung heranzog. In den beiden vorausgegangenen Jahren erschien sein Reisebericht über das Erdöl von Baku und die Preisarbeit über die deutschen Erdöle.

Immer in Fühlung mit der Technik, bereicherte er diese mit Methoden und Apparaten für Untersuchungen, wie sie Betrieb und Handel immer mehr benötigten, war er mit seiner gründlichen Fachkenntnis der Gesetzgebung des Reiches unentbehrlich, für die, wie für die Allgemeinheit, der merkwürdige Rohstoff von Jahr zu Jahr größere Bedeutung gewann.

War anfänglich die in untergegangenen Pflanzen und Tieren angehäufte Energie nur als Licht wieder nutzbar gemacht — in der Petroleumlampe, der Paraffinkerze —, trat sie bald auch in der Form von Kraft und Wärme auf: Petroleummotore, Petroleumöfen, flüssige Brennstoffe für Verkehrsmittel und Industriefeuerungen, Mineralschmieröle, Treiböle für Dieselmotoren und ähnliche Maschinen, Öle für Fettgaserzeugung und die Carburatation des Wasser-

gases, Benzin für Waschanstalten und Automobile.

Damit ist die riesige und vielseitige Entwicklung des Rohstoffes und seiner Technik skizziert, auf deren Gebiet Carl Engler unbestritten der erste, der hervorragendste deutsche Chemiker ist.

Einer großen Anzahl der in der in- und ausländischen Erdölindustrie und in verwandten Zweigen tätigen Chemiker ist er der verehrte Lehrer gewesen, einer noch größeren gilt er als der bewährte Führer, die anerkannte Autorität.

Seit mehreren Jahren zieht den unermüdlichen Forscher gespeicherte Energie in noch anderer Form an: Radium. Die Radioaktivität verschiedener Thermalquellen, sowohl seines schönen Heimatlandes, wie des südlichen Italiens, sind in dieser Richtung von ihm erforscht worden. Eine Studienreise dieser Art nach Ischia, die er vor längerer Zeit zugesagt hatte und nicht mehr rückgängig machen konnte, hält den Forscher, der dem Verein deutscher Chemiker schon seit Jahren angehört, auch heute von uns fern. Wer von uns der Hauptversammlung in Mannheim vor drei Jahren beigewohnt hat, wird sich des glänzenden Vortrags noch erinnern, den Carl Engler dort über sein neues Schaffensgebiet hielt: Über chemische Aktivität und Radioaktivität mit weiten Ausblicken für die dadurch ermöglichte Erweiterung unserer Kenntnis von den Elementaratomen und Molekülen.

Danzig, am 22./3. 1907.

Duisberg. Krey. Delbrück. Lütty.
Carstens.

„Sie sind sicherlich mit mir der Meinung, daß wir einstimmig und einmütig Herrn Geheimrat Prof. Dr. C. Engler zum Ehrenmitglied ernennen.“ (Begeisterte Zustimmung.)

„Herr Geheimer Rat Prof. Dr. Engler konnte nicht nach Danzig kommen, da er wegen Erledigung eines Gutachtens nach Ischia reisen mußte, er ist aber auch dazu nicht gekommen, sondern leider durch eine Fußverrenkung ans Lager gefesselt und infolgedessen zur Zeit noch in Karlsruhe. Wir wollen ihm daher folgendes Telegramm senden:

Geheimrat Prof. Engler

Karlsruhe, Baden.

Der Verein deutscher Chemiker hat Sie soeben wegen Ihrer Verdienste um die Förderung der wissenschaftlichen Chemie und speziell derjenigen der Erdöle einstimmig zum Ehrenmitgliede ernannt.

Prof. Duisberg,
Vorsitzender.

Hierauf ist folgende Antwort eingegangen:

Die Nachricht von der mir zuteil gewordenen Ehrung durch den Verein deutscher Chemiker erfüllt mich mit freudigstolzer Genugtuung. Es soll mein Streben sein, soviel mir noch Zeit und Kraft beschieden ist, auch fernerhin der Wissenschaft in Treue zu dienen. Allen Freunden und Fachgenossen herzlichen Gruß.

Carl Engler.

5. Vorstandswahl. (Vgl. S. 1512.)**6. Wahl von zwei Rechnungsprüfern.**

Als Rechnungsprüfer werden die Herren Prof. Kolb und Dr. Flimm wiedergewählt.

7. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1908.

Es werden die Briefe der Bezirksvereine Sachsen-Anhalt und Sachsen-Thüringen, des Ortskomitees in Jena, sowie des Oberbürgermeisters von Jena verlesen (vgl. S. 1435).

Vors.: „M. H.! Aus diesen drei Schreiben erschen Sie, daß wir in Jena herzlich willkommen sind. Uns allen, vor allen denjenigen, die früher in Jena studiert haben, ist es eine große Freude, wenn wir uns im nächsten Jahre dort wiedersehen. Ich bin der festen Überzeugung: Sie werden alle mit mir einverstanden sein, wenn wir Jena zum Ort unserer nächsten Tagesordnung erklären, und wenn wir gleichzeitig festlegen, daß wir diese Tagung wieder in der Woche nach Pfingsten stattfinden lassen. — Die Herren sind damit einverstanden.“

Dir. Dr. Scheithauer: „Im Namen der beiden sächsischen Bezirksvereine sage ich Ihnen verbindlichen Dank für die Annahme unserer Einladung. Wir werden nach Kräften bemüht sein, Ihnen die Tagung in der alten schönen Musenstadt Thüringens möglichst angenehm zu machen, und wir hoffen, recht viele Vereinsmitglieder im nächsten Jahre in Jena begrüßen zu können“. (Lebhaftes Bravo.)

Es wurde sodann folgendes Telegramm abgesandt:

Oberbürgermeister Singer

Jena.

Mit verbindlichstem Dank für freundliche Einladung ist vom Verein deutscher Chemiker soeben beschlossen worden, nächstjährige Hauptversammlung in der Woche nach Pfingsten in Jena abzuhalten.

Prof. Duisberg
Vorsitzender.

Hierauf ging als Antwort ein:

Städtische Behörden sind erfreut über die Ehre, Verein deutscher Chemiker 1908 in Jena begrüßen zu können.

Oberbürgermeister Singer.

Vors.: „M. H.! Wir haben dann im Vorstände beschlossen, immer schon weitsichtig im voraus daran zu denken, wo wir in zwei Jahren unsere Versammlung abhalten wollen. Bestimmungen können wir darüber noch nicht treffen, aber wir können uns schon nach einem geeigneten Ort umschauen. Der Frankfurter Bezirksverein war so liebenswürdig, uns in Aussicht zu stellen, daß wir im Jahre 1909 in Frankfurt herzlich willkommen sein würden.“

8. Berichte des Vorstandes.**a) Vereinszeitschrift:**

1. Abrechnung für 1906.

2. Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift im abgelaufenen Jahre.

Vors.: „Vielleicht ist Herr Prof. Dr. Rasso wie freundlich, den Bericht über diese Abrechnung in Vertretung des Herrn Dir. Lütty zu übernehmen

und damit zu verbinden den von ihm zu erstatten den Bericht.“

Prof. Rasso: „M. H.! Die Vereinszeitschrift hatte für das Jahr 1906 eine Anzahl neuer Anregungen bekommen durch die vor einem Jahre in Nürnberg beschlossenen Verbesserungen. Alle diese Wünsche konnten nicht ohne weiteres erfüllt werden, weil wir an den Etat gebunden waren, der für das Jahr 1906 ja schon im vorhergehenden Jahre aufgestellt und beschlossen war. Immerhin haben wir uns bemüht, die Zeitschrift noch weiterhin vielseitig auszugestalten und sie, soweit es irgendwie ging, zu vervollkommen. Sie sehen aus dem gedruckten vorliegenden Bericht, daß unsere Zeitschrift an Umfang nicht unbeträchtlich zugenommen hat. Diese Zunahme ist aber noch eine erheblich größere, als sie sich durch die Seitenzahl kundgibt, weil wir die Zeitschrift in dem vergangenen Jahre fast nur noch aus der etwas kleineren, aber für unsere Zwecke noch vollständig hinreichend deutlichen Petitschrift gesetzt haben.

Diese Zunahme ist allerdings zum großen Teil beansprucht worden durch die Berichterstattung über den sechsten Internationalen Kongreß in Rom, die sehr viel Platz einnahm und viele Mühe gemacht hat; aber die Berichterstattung hat uns doch mit einiger Genugtuung erfüllt, insofern, als es uns möglich war, die Berichte sehr früh und auch recht vollständig zu bringen. Dadurch sind wir nun allerdings mit einigen anderen Sachen wieder in Rückstand gekommen — hauptsächlich mit den Referaten und zum Teil auch mit den Patentreferaten hinken wir hinter der Zeit her — wir wollen uns aber Mühe geben, teils durch Abkürzung der Referate, teils durch noch schärfere Sichtung des zum Referieren kommenden Stoffes und schließlich auch durch eine mäßige Vergrößerung im laufenden Jahre, den wünschenswerten Anschluß mehr und mehr zu erreichen.

Was den übrigen Inhalt der Zeitschrift anbetrifft, so hat sich in dem Kapitel „Originalaufsätze“ nichts Wesentliches geändert. Wir haben die Abteilungen „zusammenfassende Referate“ und „Jahresberichte“ noch weiter ausgestaltet; das war ja auch gerade einer der Wünsche, die immer mehr und mehr laut geworden sind. Wir wollen uns bemühen, im laufenden Jahre in dieser Beziehung noch vielseitiger zu sein.

In einer Beziehung krankt die Berichterstattung für die Zeitschrift noch immer an der Teilnahmslosigkeit unserer Leser und Vereinsmitglieder, nämlich bezüglich der Rubriken „Tagesnachrichten“ und „Personalnachrichten“. Ich habe das gestern im Vorstandsrat schon angeregt, ich wiederhole diese Bitte heute und ersuche Sie, sie in recht weite Kreise des Vereins zu tragen: Arbeiten Sie doch auch in dieser Beziehung fleißig an der Zeitschrift mit, schicken Sie uns interessante Notizen, damit wir nicht nur immer auf die Tagespresse angewiesen sind. Das möchten wir gern vermeiden, und deshalb bitte ich um die Mitarbeit der sämtlichen Leser und natürlich im besonderen der Vereinsmitglieder.

In bezug auf Ausstattung und Umfang haben wir nichts Wesentliches verändert. Wir waren durch den Etat gebunden, und da die Kosten für Satz und Druck um 10—15% gestiegen sind, war es auch durchaus nicht möglich, große Sprünge zu machen.

Die Ausgaben für Papier und Gehälter sind im wesentlichen dieselben geblieben wie im vergangenen Jahre, dagegen sind die Honorare für die Mitarbeiter nicht unerheblich gestiegen: fast 2000 M haben wir dafür mehr ausgegeben.

Die Abrechnung der Zeitschrift schließt mit einem Überschuß von 3834 M ab, weil die Einnahmen auch in entsprechender Weise zugenommen haben. Der Absatz durch den Vertrieb an die Vereinsmitglieder und auf dem Buchhändlerwege ist um rund 250 Exemplare gestiegen. Es kann nicht oft genug betont werden, daß wir eine sehr weit verbreitete Vereinszeitschrift haben. Man darf eben nicht von unserem Mitgliederbestand von 3500 auf die Auflage und den Absatz unserer Zeitschrift schließen. Die Auflage beläuft sich zurzeit auf 5000, und davon gehen über 4600 Exemplare sofort in feste Hände. Für die Entwicklung unseres Inseratenwesens, die ja bei den immer steigenden Preisen für das finanzielle Gedeihen der Zeitschrift so äußerst wichtig ist, ist immer wieder auf die weite Verbreitung unserer Zeitschrift hinzuweisen. Ich möchte dies auch hier noch einmal recht deutlich betonen und Sie bitten, das in allen den Kreisen, die Annoncen aufzugeben haben, zu verbreiten und bei Bestellungen ruhig auf den Inseratenteil unserer Zeitschrift zu verweisen. Denn da der Verein größere Mittel braucht, so ist es gerade der Anzeigenteil der Zeitschrift, der zur Aufbringung dieser Mittel dienen kann.

Wir haben in diesem Jahre einen Überschuß von 3834,25 M. Von diesem Überschuß stammen rund 1200 M aus dem Verkauf älterer Jahrgänge, die bei uns mit 1 M zu Buche stehen. Der Vorstandsrat beantragt, daß dieser Überschuß auf das Zeitschriftenreservkonto übernommen werden soll, das dadurch auf eine Höhe gebracht ist, die uns jetzt endlich zum wirklichen Besitzer der Zeitschrift macht.“

Vors.: „Wünscht einer der Herren das Wort zu diesem Referat? — Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich dem, was Herr Kollege Prof. R a s s o w bezüglich der Inserate gesagt hat, noch ein Wort hinzufügen. Wir haben in der Tat ein lebhaftes Interesse daran, unser Inseratenwesen zu heben, zumal wir auch gar nicht anders unsere Zeitschrift verbessern können, weil uns sonst die Mittel dazu fehlen. Wir müssen also, wie wir auf der einen Seite immer neue Mitglieder werben müssen, auf der anderen auch bezüglich des Inseratenwesens eine rege Werbetätigkeit entfalten. Das ist der Weg, auf dem wir die Zeitschrift verbessern können, und ich hoffe — das abgelaufene Jahr hat das ja schon bewiesen —, daß wir auf dem besten Wege sind, weiter und weiter zu kommen.

Es ist nun vom Vorstand und Vorstandsrat der Antrag gestellt worden, den Überschuß aus der Zeitschrift dem Zeitschriftenreservkonto zu überweisen. — Es erhebt sich kein Widerspruch hiergegen, ich stelle also fest, daß die Versammlung damit einverstanden ist.“

8 b) Stellenvermittlung.

Prof. R a s s o w referiert in der gleichen Weise wie in der Vorstandsratssitzung (s. S. 1437).

Vors.: „Ich möchte Sie noch darauf auf-

merksam machen, was Sie ja wahrscheinlich schon in der Zeitschrift — in dem Auszuge des Protokolls über die letzte Vorstandssitzung — gelesen haben, daß der Vorstand beschlossen hat, für die Stellenvermittlung Stellen mit Gehältern unter 1500 M nicht mehr anzunehmen und nicht mehr zu vermitteln. Wir wären ja gern noch höher gegangen; aber mit Rücksicht auf die Staatsanstalten ist dies leider zurzeit noch nicht durchführbar.“

8 c) Adressenverzeichnis sämtlicher deutscher Chemiker.

Prof. Dr. R a s s o w: „M. H.! Das Adressenverzeichnis ist erst zu Beginn dieses Jahres ins Werk gesetzt worden, und zwar auf Grund einer durch die Güte des Herrn Vors. zusammengearbeiteten Liste der Chemiker, welche unserem Vereine nicht angehören, wohl aber anderen deutschen chemischen Vereinen. Dann haben wir ein Rundschreiben erlassen und auf diese Weise noch weitere 1000 Adressen von Chemikern bekommen, welche nicht Mitglieder unseres Vereins sind. Alles das ist zusammengearbeitet und von verschiedenen Seiten auch schon benutzt worden. Wir werden uns bemühen, dieses Adressenverzeichnis möglichst auf dem Laufenden zu erhalten, ich bitte daher alle diejenigen Herren, deren Firmen die Fragebogen noch nicht ausgefüllt haben, das recht bald zu tun, damit das Verzeichnis vollständig wird. Ich bitte ferner die Firmen, uns wenigstens einmal im Jahre von den Veränderungen in ihrem Chemikerbestande Kunde zu geben, damit wir dieses Adressenverzeichnis zum Besten des Vereins und der gesamten deutschen Chemiker dauernd auf dem Laufenden erhalten können.“

8 d) Rechtsauskunftsstelle.

Prof. Dr. R a s s o w: „Auch die Rechtsauskunftsstelle, die wir im vergangenen Jahre beschlossen haben, ist erst seit dem Beginn des neuen Jahres in Tätigkeit getreten. Es ist, wie die Herren aus der Zeitschrift ersehen haben, den Bemühungen des Vorstandes gelungen, einen so hervorragenden Juristen und dabei eine so konziliante und vorzügliche Persönlichkeit wie Herrn Prof. Dr. O s t e r r i e t h als Leiter der Rechtsauskunftsstelle zu gewinnen. Herr Prof. Dr. O s t e r r i e t h hat uns mitgeteilt, daß von den ihm bis Anfang Mai übersandten 22 Anfragen die größere Zahl, nämlich 21, von angestellten Chemikern, und eine von einem Arbeitgeber, herrührt. Meist handelt es sich um Anstellungsverträge, um die Konkurrenzklausel u. dgl. Auf alle Fälle sieht man aus ihrer großen Zahl, daß wir mit der Rechtsauskunftsstelle keinen Schlag ins Wasser gemacht haben, sondern daß wir da einem wirklichen Bedürfnis entgegengekommen sind; und wenn sich auch die wohlthätigen Folgen nicht ohne weiteres dokumentieren können, so muß man schon nach diesem Erfolg sagen, daß die Rechtsauskunftsstelle eine für die Vereinsmitglieder äußerst wichtige Einrichtung ist, von der wir uns großen Segen für die Mitglieder und damit großen Gewinn für den Verein versprechen können.“

Vors.: „Wünscht einer der Herren zu der Rechtsauskunftsstelle das Wort? — Das ist nicht der Fall.

Ich bemerke, daß Herr Prof. Dr. Osterrieth auf Wunsch des Vorstandes gestern in der Vorstandssitzung anwesend war und uns einen allgemeinen Bericht erstattet hat, in ähnlichem Sinne, wie Sie dies soeben von Herrn Prof. Dr. Rasso w gehört haben. Auf Einzelheiten durfte und konnte er sich nicht einlassen. Er hat uns nur im allgemeinen mitgeteilt, daß auch seiner Meinung nach die Rechtsauskunftsstelle schon heute fruchtbar für den Verein sei.“

8 e) Abänderung des Vertrages mit der Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter.)

Vors.: „M. H.! Seit 20 Jahren besteht, wie Sie wissen, ein Vorzugsvertrag unseres Vereins mit der Stuttgarter Lebensversicherungsbank. Derselbe läuft noch $2\frac{1}{2}$ Jahre. Jedesmal, wenn nun ein neuer Vereinsvorsitzender gewählt worden war, wandte sich die Stuttgarter Lebensversicherungsbank an diesen — so an Caro, so an Merck, so auch an mich —, mit der Bitte, einen empfehlenden Brief zu schreiben, um den Mitgliedern die Bank erneut in Erinnerung zu bringen. Als nun ein diesbezüglicher Brief an mich gelangte, hielt ich es für notwendig, einmal den Vertrag einer Revision zu unterziehen. Es schien mir möglich und erforderlich, entsprechend der neuen Organisation, welche wir durch Einrichtung des Vereinsbureaus, durch Anstellung von eigenen Beamten getroffen haben, die nunmehr auch selbst werbend für die Versicherungsgesellschaft eintreten können, günstigere Bedingungen herauszuholen. Wir haben ja ein lebhaftes Interesse daran, unseren Mitgliedern den Beitritt zu einer Lebensversicherungsgesellschaft zu empfehlen. Das liegt im Interesse unseres Standes. Aber daß wir diese Werbetätigkeit ausüben, ohne etwas dafür zu bekommen, das wäre unkaufmännisch, und das habe ich der Versicherungsbank auch mitgeteilt. Ich habe es dann schließlich nach längeren Verhandlungen durchgesetzt, daß uns vom 1. Januar dieses Jahres an — der Vertrag ist gestern vom Vorstandsrat genehmigt worden — die Stuttgarter Lebensversicherungsbank für jedes Mitglied, das wir ihr zuführen, einen bestimmten Anteil der Provision, die bisher den Agenten zufließt, vergütet. Das ist eine neue Einnahmequelle, die, wenn sie auch nicht sehr groß ist, doch dazu beitragen kann, wenigstens zu verhindern, daß wir Unterbilanzen machen. Ich hoffe, daß auch die Hauptversammlung diesem Vertrag zustimmt. Die Rechte, die die Mitglieder bisher gehabt haben, bleiben voll und ganz bestehen. Die Bank hat aber verlangt, daß sich — nicht nur das Bureau, sondern auch die Bezirksvereine — um die Lebensversicherungspropaganda bemühen, und die letzteren sollen jährlich Vertrauensmänner ernennen, welche die Aufgabe haben, auch unter den Mitgliedern der Bezirksvereine zu werben. Wir müssen überhaupt, nachdem wir die Organisation unseres Bureaus durchgeführt haben — und das ist jetzt der Fall —, daran gehen, auch die Organisation in unseren Bezirksvereinen weiter auszugestalten, indem wir eine Kommission zum Werben neuer Mitglieder einrichten — das haben schon einige Bezirksvereine, wie ich hier mit Freuden konstatiere, getan —, eine andere zur Hebung und Verbesserung der Zeit-

schrift auch in bezug auf die Inseratenvermehrung usw. Dazu kommen jetzt noch die Vertrauensmänner für die Lebensversicherung.

M. H.! Der Vertrag (vgl. S. 1552) liegt hier vor; er soll auf zehn Jahre, vom 1. Januar dieses Jahres an, geschlossen werden. Ich bitte Sie also, ihn zu genehmigen.“

Der Vertrag wird einstimmig genehmigt.

8 f) Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen. (Referent L. Wohlgemuth i. V.)

Vors.: „Herr Dr. Goldschmidt, der bisher das Referat über diese Frage hatte, ist in Amerika und hat Herrn Wohlgemuth beauftragt, das Referat zu erstatten.“

L. M. Wohlgemuth: „Der Verein deutscher Chemiker beschäftigt sich, wie Ihnen ja bekannt ist, schon seit mehreren Jahren mit der Frage des Studiums der Ausländer an deutschen Hochschulen. Er hat auch im September 1904 auf Grund eines Beschlusses der Mannheimer Hauptversammlung eine Eingabe an die Regierungen gerichtet mit der Bitte, Vorkehrungen zu treffen „gegen den Zuzug nach deutschen Hochschulen von solchen ausländischen Studierenden, die nicht genügende wissenschaftliche Bildung besitzen. Dies wäre zu bewerkstelligen durch die Forderung, daß die Ausländer eine Vorbildung nachzuweisen haben, welche den Anforderungen entspricht, die wir für die Zulassung als ordentliche Studierende stellen, und die ferner im Heimatlande dieser Ausländer zum Studium an einer Universität oder Technischen Hochschule als ordentliche Studierende berechtigt. Ferner sollen die Ausländer auch nur so weit zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden“.

Auf der Hauptversammlung zu Bremen war hervorgehoben worden, daß die Behörden in weitgehender Weise den Wünschen, die in unserer Eingabe ausgesprochen waren, entgegengekommen seien. Fast alle Technischen Hochschulen haben Bestimmungen getroffen, die den Zuzug ausländischer Studierenden im Sinne der Eingaben unseres Vereins zu beschränken geeignet sein konnten. In erster Linie denke ich hierbei an die Aufnahmebedingungen der preußischen Technischen Hochschulen und Bergakademien, die jetzt genau dieselben sind für Ausländer wie für Deutsche. Die Bergakademie zu Berlin hat, wie ich hier erwähnen möchte, besondere Bestimmungen für russische Staatsangehörige getroffen, wonach diese nur dann als Studierende aufgenommen werden können, wenn sie ein vollständiges Reifezeugnis eines Gymnasiums besitzen, und entweder an einer Technischen Hochschule Rußlands bereits studiert haben oder zum Besuche einer solchen Anstalt dieses Landes zugelassen worden sind.

Als zweite Maßnahme der vorhin gekennzeichneten Art möchte ich die besonderen Beiträge nennen, die die Ausländer an fast allen Technischen Hochschulen für jedes Semester zahlen müssen; an mehreren Hochschulen sind auch die Sätze der Kollegelder für Ausländer erhöht worden.

Diese erhöhte Heranziehung der Ausländer zu den Kosten des Hochschulstudiums (die ja in dem ersten Antrage des Rheinisch-Westfälischen Be-

zirksvereins auf der Mannheimer Hauptversammlung auch schon enthalten war) ist von den Universitäten nicht eingeführt worden; wie in der Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses vom 13./3. 1907 ein Regierungsvertreter erklärte, hat sich eine Konferenz der Universitätsrektoren einstimmig gegen eine Erhöhung der Gebühren für Ausländer ausgesprochen. Derselbe Regierungsvertreter erklärte auch, daß in bezug auf die Vorbildung jetzt bereits z. B. von der Universität Berlin strengere Anforderungen gestellt wurden.

Die Zahl der an deutschen Universitäten studierenden Ausländer ist nun im letzten Jahre wieder erheblich gestiegen: sie betrug nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ im Winterhalbjahr 1906/07 4151 bei einer Gesamtstudentenzahl von 45 146, das sind 9,2%, während die Verhältniszahl der ausländischen Studierenden im Sommer 1906 8,6%, im Winter 1905/06 8,4%, im Sommer 1905 7,5% und im Jahre 1897 nach der Angabe des Regierungsvertreters 7,3% gewesen ist. Die Steigerung der absoluten Ziffer im letzten Halbjahre gegenüber dem vorhergehenden um 596 beruht fast ausschließlich auf dem erhöhten Zuzug russischer Staatsangehöriger, deren Zahl innerhalb eines Jahres von 1326 auf 1890 gestiegen ist. Nach einer Bemerkung des Abgeordneten von Arnim in der Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 10./4. 1907 war die Zahl der auf preußischen Universitäten studierenden Ausländer insgesamt 2740 neben 21 000 preußischen Studenten, das sind also 10%; in Berlin allein studierten 489 Ausländer, das ist beinahe ein Viertel der sämtlichen Ausländer.

Die größte Verhältniszahl von Ausländern wies im vergangenen Wintersemester unter den Universitäten Heidelberg auf mit 16,1%, dann folgen Leipzig mit 14,8, Jena mit 14,6, Berlin mit 14,5%, am wenigsten Ausländer studierten in Bonn (2,9%), Erlangen (2,6%), Rostock (2%) und Kiel (1,4%).

Ich möchte hier nicht unterlassen zu erwähnen, daß in der schon oben angezogenen Sitzung der Budgetkommission vom 13./3. 1907 mehrere Redner doch der Ansicht Ausdruck gaben, daß die hohe Zahl der ausländischen Studierenden auf den Etats der Universitäten nicht ohne Einfluß sei; im besonderen wurden die hohen Ausgaben für die Universität Berlin — es war eine Million Mark zur Vermehrung der Hörsäle gefordert worden — zum wesentlichen Teile auf das Konto der Ausländer geschrieben. Ein Mitglied der Kommission hielt der Kultusverwaltung vor, daß, da sie bei kulturellen Aufgaben zugunsten der Inländer oft so überaus sparsam sei, er „diese Generosität gegenüber den Ausländern für unangebracht halte“.

Betrachten wir nunmehr die entsprechenden Verhältnisse auf den deutschen Technischen Hochschulen. Im ganzen waren im Wintersemester 1906/07 auf allen Technischen Hochschulen 2701 Ausländer unter rund 12000 Studierenden, das sind etwa 22,5%. Hierbei ist zu bemerken, daß — im Gegensatz zu dem Verhältnisse auf den Universitäten — die Gesamtzahl der Studierenden und Hörer, wie auch die Zahl der Ausländer auf den Technischen Hochschulen in den

letzten Jahren abgenommen hat; die erstere Zahl ist für die preußischen Technischen Hochschulen von 6400 auf 4900, die der Ausländer von 756 auf 616 zurückgegangen. Es liegt dies einmal daran, daß man auf den meisten Technischen Hochschulen, wie schon erwähnt, für die Ausländer eine besondere Gebühr, an einigen auch erhöhte Kolleggeldsätze eingeführt hat, dann aber auch daran, daß man — wenigstens auf den preußischen Technischen Hochschulen — die Anforderungen für die Aufnahme von Ausländern erhöht bzw. die bestehenden Vorschriften strenger gehandhabt hat. Dementsprechend stellten sich die Zahlen der Ausländer auf den preußischen Technischen Hochschulen im Wintersemester 1906/07 folgendermaßen: Hannover 69 unter 928 Studierenden = 7,4%, (in den vorhergehenden Semestern 10 und 11%), Danzig 38 unter 470 = 8,1% (1905/06 7,3%), Aachen 88 unter 604 = 12,9%, Charlottenburg 342 unter 2375 = 14,4%; dies ist also der höchste Prozentsatz. Dagegen stellten sich die Verhältniszahlen auf den außerpreußischen Technischen Hochschulen folgendermaßen: Stuttgart 75 unter 898 = 8,3% (in den vorhergehenden Semestern 8,2 und 7,4%), Braunschweig 60 unter 360 = 16,6%, München 483 unter 2203 = 21,9% (18,5 bzw. 19% im Jahre 1905/06), Dresden 347 unter 1063 = 32,6%, Darmstadt 637 unter 1672 = 38,1% (Sommer 1906: 34), Karlsruhe 562 unter 1427 = 39,4%. Während also auf den preußischen Technischen Hochschulen die höchste Verhältniszahl 14,4% ist, beträgt sie auf allen Technischen Hochschulen der übrigen Bundesstaaten mit Ausnahme von Stuttgart mehr und erreicht bzw. überschreitet in Dresden, Darmstadt und Karlsruhe ein Drittel der Gesamtzahl der Studierenden! Zu erklären ist dies selbstverständlich durch die weit milderen Aufnahmebedingungen der genannten Hochschulen. Berücksichtigen wir nur die Abteilungen der Technischen Hochschulen, so finden wir bei den Chemikern 34,5%, bei der Abteilung für Bergbau und Hüttenkunde 16,7% Ausländer.

Von diesen Ausländern ist nun ein sehr großer Teil (in Karlsruhe z. B. 372 = 70%, in Darmstadt, der Heimat der Zarin, 507 = 80%) russischer Nationalität. Wenn wir uns die Verhältnisse in Rußland vergegenwärtigen, neben den politischen die allgemeinen Hochschulverhältnisse, die es nur einem geringen Bruchteile, und zwar den Besten, ermöglichen, ihren Studien in Rußland obzuliegen, wenn wir ferner uns vor Augen halten, daß jene anderen jungen Russen mit minderwertiger Vorbildung einen Teil unserer Hochschulen geradezu überschwemmen, so werden Sie mir wohl zustimmen, wenn ich einen derartigen Zustand als unhaltbar, ja geradezu beklagenswert und unwürdig bezeichne. Hierzu kommt noch ein Punkt, den wir früher bei der Erörterung der ganzen Ausländerfrage von vornherein beiseite gelassen haben, nämlich die politische Tätigkeit. In der Eingabe des Vereins deutscher Chemiker an die Bundesstaatsregierungen vom 16./9. 1904 ist gesagt worden: „Bei der Behandlung dieser Frage scheiden selbstverständlich alle politischen Gesichtspunkte aus, obwohl der Verein darüber keine Zweifel hegt, daß die deutschen Hochschulen denjenigen Ausländern verschlossen bleiben sollen, deren Hauptzweck die

Förderung meistens sehr radikaler politischer Bestrebungen ist.“ Wie Ihnen wohl allen bekannt ist, sind derartige politische Bestrebungen von seiten ausländischer, namentlich russischer Studierenden, gelegentlich der letzten Wahlen zum Deutschen Reichstage wiederholt zutage getreten: In Leipzig sind verschiedene derartige Fälle bekannt geworden, aber auch aus Jena und Rostock wurde Ähnliches gemeldet. In Berlin, Leipzig und anderen Städten haben unsere deutschen Studenten unter Leitung von Professoren kräftig gegen einen solchen Mißbrauch des Gastrechtes Einspruch erhoben, und ich meine, wir älteren Akademiker müssen ihnen darin vollkommen beistimmen und sie unterstützen. Darin können uns auch die Kundgebungen aus Rußland nicht wankend machen, namentlich wenn sie in einem derartigen Tone gehalten sind, wie die Kundgebung einer Anzahl Charkower Studenten, die an die Presse des Auslandes gesandt worden ist, und in der es u. a. heißt: „Die russische studierende Jugend kämpft im eigenen Lande mannhaft für eine bessere Zukunft. Ihr deutschen Studenten arbeitet durch die Angriffe auf eure russischen Gäste dem bürokratischen Regime in die Hand und helft alles denkende, lebendige Wesen der Jugend ersticken.“ Ich brauche wohl nicht besonders hervorzuheben, daß es uns gar nicht einfällt, unsere russischen Gäste anzugreifen, daß wir vielmehr unsere Gäste jederzeit willkommen heißen, sondern daß wir nur Mißbräuche des Gastrechtes zurückweisen und uns nicht, wie der Abgeordnete Dr. Beumer in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10./4. 1907 ausführte, „auf die Zehen treten lassen“.

Aus den statistischen Angaben, die ich Ihnen im ersten Teile meines Referates gebracht habe, werden Sie ersehen haben, daß in den letzten beiden Jahren die Zahl der Ausländer gerade an denjenigen Unterrichtsanstalten, die hinsichtlich der Vorbildung der Studierenden geringere Anforderungen stellen, ganz bedeutend zugenommen hat, daß ferner einige deutsche Hochschulen von Ausländern geradezu überschwemmt werden. Hierin muß, unter Berücksichtigung der Ausführungen in unseren früheren Referaten über die Ausländerfrage (Mannheim, Bremen), eine Schädigung der Interessen unserer deutschen Studierenden in finanzieller wie auch erzieherischer Hinsicht erblickt werden. Ich schließe mich darin ganz den Worten an, die der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten Dr. von Studt in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10./4. 1907 gesagt hat: „Unsere Hochschulen sind in erster Linie für die inländischen Studierenden da, und es kann nicht geduldet werden, daß sie durch die Konkurrenz der Ausländer benachteiligt werden.“ Diese Worte sollten sich vor allem diejenigen Universitäten gesagt sein lassen, die nach einer Bemerkung eines Regierungsvertreters Wert darauf legen, mit hohen Besuchsziffern zu prunken! Was immer wieder gefordert werden muß, ist, daß die Gleichwertigkeit in der Vorbildung der ausländischen Studierenden von den betreffenden Behörden schärfer geprüft werde. Unsere Hochschulen sollen allen Ausländern, die mit einer der unserigen vollkommen gleichwertigen

Vorbildung ausgerüstet kommen, um deutsche Wissenschaft und deutsche Technik kennen zu lernen, jederzeit geöffnet sein, soweit nicht etwa eine Benachteiligung der deutschen Studierenden zu befürchten ist.“

Vors.: „Ich danke Herrn Wohlgemuth für sein Referat und frage, ob jemand hierzu das Wort wünscht“.

Dr. Limmer: „Ich möchte mir die Frage erlauben, warum der Herr Referent nicht auch die Bergakademien aufgenommen hat; da würden sich die Zahlen noch ungünstiger stellen, wenn ich mich nicht sehr täusche, mindestens auf 50% Ausländer.“

L. M. Wohlgemuth: „Von Freiberg habe ich trotz dreimaligen Schreibens keine Zahlen bekommen können; nur das Programm habe ich erhalten. Infolgedessen habe ich die Bergakademien nicht weiter berücksichtigt. In Clausthal steht es übrigens nicht so schlimm wie in Freiberg.“

9. Hilfskasse.

a) Bericht des Kuratoriums.

Die Hilfskasse des Vereins deutscher Chemiker hat im Jahre 1906 eine sehr befriedigende Weiterentwicklung genommen.

Das Stammkapital erhöhte sich im Laufe des Jahres durch freiwillige Zuwendungen von Mitgliedern, durch Überweisung der Überschüsse der Stellenvermittlung durch den Vorstand des Vereins und durch Zuwendung der Hälfte des rechnungsmäßigen Überschusses von 31 420.55 M. auf 36 744.70 M., also um den Betrag von 5324.15 M.

Der Überschuß der Stellenvermittlung war im Laufe des Jahres infolge der unentgeltlichen Führung der Geschäfte der Stellenvermittlung auf 1757.45 M. angewachsen. Diese Summe wurde durch Vorstandsbeschluß der Hilfskasse überwiesen.

An Spenden einzelner Mitglieder und des Bezirksvereins Mittelfranken ging die Summe von 972.40 M. ein, während aus dem rechnungsmäßigen Überschuß 2594.30 M. dem Stammkapital zuflossen.

An Wertpapieren besitzt die Hilfskasse die folgenden Stücke:

M. 6000	3 1/2%	Bremer Staatsanleihe.	M. 5994.—
„ 2000	3 1/2%	Hamburger Staatsanl.	„ 1999.—
„ 1000	3 1/2%	Kölnener Stadtanleihe.	„ 997.—
„ 5000	3 1/2%	Halberstädter	„ 4995.—
„ 14800	3	Deutsche Reichsanl.	„ 13 296.20
„ 6600	3 1/2%	Deutsche Reichsanl.	„ 6699.35
„ 3000	4	Deutschatl. Tel. Ges.	„ 3030.—
„ 640	4	Preuß. Hyp.-Pf.-Brf.	„ 646.40
M. 37 656.95			

Die Anlagewerte bringen eine feste Verzinsung von 1310,60 M. pro Jahr.

Die beifolgende Liste zeigt die Zugänge zum Stammkapital im einzelnen. Allen hochherzigen Gebern sei der Dank des Kuratoriums auch an dieser Stelle ausgesprochen zugleich mit der Bitte, das Interesse an der Hilfskasse nicht nur zu bewahren, sondern auch in weiteren Kreisen zu erwecken.

Die Abrechnung der Hilfskasse für 1906 im Vergleich zu 1905 und dem Haushaltsplan 1906 ergibt das folgende Bild:

Einnahmen:

	Abrechnung 1905	Abrechnung 1906	Haushaltsgspl. 1906
Zuschuß Hauptverein	1000.—	1000.—	1000.—
Zuschuß Bez.-Vereine	1319.75	1516.50	1000.—
Zinsen Stammkapital	1047.60	1231.40	1150.—
Rückzahlg. u. Zinsen v. Darlehen	112.50	388.55	120.—
Einzahlg. v. Mitglied.	8.—	3.—	—.—
Rechngsübersch. 1904	1345.—	—.—	—.—
Rechngsübersch. 1905	—.—	1787.85	1787.85
	4832.85	5927.30	5057.85

Ausgaben:

Darlehen	1240.—	825.—	4957.85
Ausgaben f. Porto usw.	17.—	8.—	100.—
Übertrag. a. Stammkap.	1788.—	2594.30	
Übertr. a. neue Rechng.	1787.85	2500.—	
	4832.85	5927.30	5057.85

Die Abrechnung der Hilfskasse zeigt ein erfreuliches Wachsen der Einnahmen im Jahre 1906 gegen 1905, indem die Bezirksvereine fast 200 M. mehr aufbrachten und die Zinsen um etwa 200 M. anwuchsen. Durch die erste Tatsache wird bewiesen, daß die Bezirksvereine ein größeres Interesse an der Hilfskasse nehmen und daher eine reichlichere Zuwendung ins Auge fassen. Die Rückzahlungen und Zinsen von Darlehen in 1906 haben 275 M. mehr ergeben als im Vorjahre, wodurch wieder neue Mittel für die Zwecke der Hilfskasse flüssig wurden.

Während die Hilfskasse in 1905 in 10 Fällen beansprucht wurde, gelangten 1906 nur 5 Gesuche an das Kuratorium, welche sämtlich Berücksichtigung fanden, und zwar drei von Mitgliedern, zwei von Nichtmitgliedern des Vereins deutscher Chemiker.

Die geringere Inanspruchnahme der Hilfskasse erscheint als ein günstiges Zeichen für die augenblickliche wirtschaftliche Lage der Chemiker. Es ist dadurch ermöglicht, eine Kapitalansammlung vorzunehmen, welche in weniger guten Zeiten, deren Möglichkeit wir angesichts der jetzigen Lage nicht aus dem Auge verlieren dürfen, ausgiebigere Unterstützung zulassen wird.

Nachstehend finden sich die Haushaltspläne für 1906 und 1907 in Gegenüberstellung:

Einnahmen:

	1906	1907
Übertragung auf neue Rechnung	1787.85	2500.—
Zuschuß Hauptverein	1000.—	1000.—
Zuschuß Bez.-Vereine	1000.—	1100.—
Zinsen Stammkapital	1150.—	1310.60
Rückzahlung u. Zinsen Darlehen	120.—	150.—
	5057.85	6060.60

Ausgaben:

Darlehen	4957.85	5560.60
Porti und Unkosten	100.—	500.—
	5057.85	6060.60

Die für 1907 eingestellten vermehrten Unkosten sind bedingt durch die in Aussicht genommene Werbetätigkeit.

Das Kuratorium der Hilfskasse des
Vereins deutscher Chemiker.

Braunschweig, den 12. Mai 1907.

gez. Dr. Kubierschky.

Niederschöneweide, den 12. Mai 1907.

gez. Dr. W. Lange.

Mannheim, den 12. Mai 1907.

gez. F. Lütj.

Vors.: „Wünscht einer der Herren das Wort zu diesem Referat?“

Dr. Axelrod: „Ich möchte fragen, aus welchen Mitteln sich das ganze Vermögen der Hilfskasse zusammengesetzt hat und wie die Spenden für die Hilfskasse, die jährlich eingehen, sich zusammensetzen.“

Dr. Kubierschky: „Wie aus meinem gedruckten Bericht hervorgeht, setzen sich die Einnahmen zusammen aus einem Zuschuß vom Hauptverein in Höhe von 1000 M und aus Zuschüssen der Bezirksvereine in Höhe von 1516.50 M. Diese Zuschüsse der Bezirksvereine sind durchaus nicht etwa auf festen Verhältnissen basiert, sondern bei ihnen waltet — was ganz selbstverständlich ist — eine gewisse Freiheit ob, d. h., Bezirksvereine, die sich in günstiger Lage befinden, geben mehr als andere. Die Zinsen vom Stammkapital betrugen 1231,40 M, Rückzahlungen und Zinsen von Darlehen 388,55 M, Einzahlungen von Mitgliedern 8 M. Über die privaten Spenden im letzten Jahre vermag ich nicht detaillierte Auskunft zu geben, ich erinnere aber daran, daß bei Begründung der Hilfskasse ein Bittschreiben an alle diejenigen, die wohl in der Lage wären, Spenden zu geben, gerichtet wurde, das, wenn ich mich recht entsinne, etwa 20 000 M eingebracht hat, die zum Grundstock unserer Hilfskasse wurden. Inzwischen sind ja wieder drei Jahre vergangen, und deshalb nimmt das Kuratorium der Hilfskasse in Aussicht — oder das bisherige Kuratorium hat in Aussicht genommen — (Heiterkeit), im nächsten Jahre einen neuen Fischzug zu unternehmen (Heiterkeit), d. h. bei allen denjenigen, die sich inzwischen dem Vereine angeschlossen haben, und vielleicht auch bei dieser oder jener Firma, die in entsprechendem Geldüberfluß schwimmt, und bei der man ferner annehmen darf, daß einem das nicht übel genommen wird, noch einmal anzuklopfen. Im übrigen dürfen bezüglich des Übelnehmens gerade Kuratorien einer Hilfskasse nicht gar zu empfindlich sein; gern nehme ich mir gelegentlich gespendete Titel, wie Armenrat oder dgl., auf mich, und ich empfinde es durchaus nicht als eine Beleidigung, wenn ich hier als eine Art Bettelmönch betrachtet werde (Heiterkeit), bin vielmehr stolz darauf.“ (Lebhaftes Bravo.)

Vors.: „Ich danke Herrn Dr. Kubierschky für sein Referat und hoffe, daß der Fischzug reichen Erfolg haben wird, um so mehr, als dann ja der Verein mit seinen beschränkten Mitteln — er ist ja sehr arm im Vergleich zu der Hilfs-

kasse! — in der Lage ist, den bisherigen Zuschuß zu reduzieren.“

Dr. K u b i e r s c h k y: „M. H.! Der Hauptverein hat zwar noch nicht doppelt so viel Vermögen wie die Hilfskasse, aber schließlich ist das Vermögen der Hilfskasse auch das Vermögen des Hauptvereins (Rufe: Nein!), und ich meine, wenn die Hilfskasse recht reich ist, so wird jedes neueintretende Mitglied auch Mitbesitzer dieser Hilfskasse, und wenn wirklich der Hauptverein mit seinen Mitteln mal ganz auf das Trockene geraten sollte, nun, so ließe es sich ja erwägen, daß seitens des Hauptvereins ein Gesuch an die Hilfskasse um Unterstützung gerichtet würde.“ (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Vors.: „Wir werden gern von diesem Rechte Gebrauch machen.“

M. H.! Wir können dann zur

Neuwahl des Kuratoriums

übergehen.

Die Tätigkeit des Kuratoriums ist nämlich mit dem 1. Januar dieses Jahres abgelaufen. Ich hoffe, daß Sie mit dem Vorstand und Vorstandsrat einverstanden sind, wenn wir die Wiederwahl der drei trefflichen Männer, die sich in dieser hervorragenden Weise um das Werk der Fürsorge bemüht haben — des Herrn Dr. K u b i e r s c h k y als Vorsitzenden, des Herrn Dr. L a n g e und des Herrn Dir. L ü t y als Beisitzer — vornehmen, und zwar bis zum 31. Dezember 1909, wie es die Satzungen vorschreiben, also auf drei Jahre. — Die Herren sind damit einverstanden.“

10. Änderungen der Vereinssatzungen.

a) Antrag des Vorstandes auf Beratung und Beschlußfassung über neue Satzungen, unter Zugrundelegung des in der Zeitschrift für angewandte Chemie am 8. März S. 392 ff. veröffentlichten Entwurfs und unter Berücksichtigung der von den Bezirksvereinen und Vereinsmitgliedern eingelaufenen Abänderungsvorschläge.

Dr. Krey: „M. H.! Der Satzungsentwurf, der Ihnen gedruckt vorliegt, ist gestern als Entwurf des Vorstandes dem Vorstandsrate vorgelegt und von diesem in etwa zweistündiger Beratung im wesentlichen angenommen worden, mit geringen Abänderungen, die in den gedruckten Exemplaren, die Ihnen vorliegen, bereits eingetragen sind. Ich kann mich also in dem Bericht kurz fassen, indem ich Ihnen sage, daß der Entwurf grundsätzliche Änderungen der bisherigen Satzungen, die im wesentlichen seit dem Jahre 1896 unser Gesetz gewesen sind, nicht vorgesehen hat. Es handelt sich nur lediglich darum, den veränderten Verhältnissen unseres Vereins Rechnung zu tragen. Einem Verein von 1100 Mitgliedern und mit 9 Bezirksvereinen von 1896 steht jetzt ein Verein mit über 3500 Mitgliedern und 19 Bezirksvereinen gegenüber. Das Satzungskleid war dem gewachsenen Vereinskörper hier und da zu kurz und zu eng geworden, es bedurfte der Abänderung, und diese Abänderungen sind nur in dem Sinne vorgenommen worden, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Es sind lediglich Zweckmäßigkeitsgründe gewesen,

die uns bestimmt haben, und unsere Vorschläge sind aus den Erfahrungen eines zehnjährigen Vereinslebens hervorgegangen.

Ich habe dem noch hinzuzufügen, daß sämtliche Paragraphen des Entwurfs, wie er vom Vorstande dem Vorstandsrat unterbreitet wurde, von diesem angenommen worden sind, daß nicht ein einziger eine Ablehnung erfahren hat, und daß nur bei einem einzigen eine etwas belangreichere Umänderung vorgenommen worden ist, auf die ich noch zurückkommen werde.

M. H.! Es sind in diesen neuen Satzungen verschiedene neue Einrichtungen des Vereins vorgesehen. Wir haben in dem Satze 2 der Einführung der Liebigdenkmünze Rechnung tragen müssen, wir haben dem Umstande Rechnung tragen müssen, daß der Vorstandsrat durch das Wachsen der Anzahl unserer Bezirksvereine und der Zahl seiner Mitglieder eine derartig vielköpfige Körperschaft geworden ist, daß es sich aus Zweckmäßigkeitsgründen empfahl, Personenfragen nicht mehr im Plenum des Vorstandsrates zu behandeln, sondern die Entscheidung darüber dem Vorstande zu überlassen. Es betrifft das die Wahl der Vereinsbeamten. Es hat sich dann noch als zweckmäßig herausgestellt, den Vorstand um ein Mitglied zu vergrößern, um eine Verteilung der Geschäfte zu ermöglichen, die das einzelne Vorstandsmitglied nur in mäßiger Weise belastet.

Wir haben dann auch einer neuen Einrichtung in den Satzungen Ausdruck gegeben, die ja allerdings noch in ihren Anfängen ist, von der wir aber hoffen, daß sie sich weiter ausbilden und dem Verein zum Vorteil gereichen wird, das ist die Einrichtung von Fachgruppen. Wir haben geglaubt, auf den Hauptversammlungen den Sonderfachgenossen Gelegenheit geben zu sollen — wir Chemiker sind ja fast alle Spezialisten —, sich ausprechen zu können über Fragen, für die sie sich interessieren, und man hat sich auch der Hoffnung hingegeben, auf diese Weise bereits existierende größere Verbände innerhalb der Sonderfächer nach und nach dem Vereine als Sondergruppen, als Fachgruppen zuzuführen, um auf diese Weise den Hauptversammlungen einen größeren Anreiz zu geben und dadurch zu deren Besuche mehr anzuregen, zum anderen aber auch, um die Zahl der Vereinsmitglieder auf diese Weise noch zu vergrößern. Es ist bisher nur möglich gewesen, eine einzige solche Fachgruppe ins Leben zu rufen, das ist die Abteilung für Mineralölchemie und verwandte Fächer, die auf der Hauptversammlung in Bremen mit unserer Hauptversammlung gleichzeitig tagte, und die ich ins Leben gerufen habe. Nach Verhandlungen, die nach verschiedenen Richtungen hin eingeleitet worden sind, steht ja wohl zu hoffen, daß wir auf künftigen Hauptversammlungen eine wachsende Zahl von solchen Fachgruppen haben werden. Es ist die Möglichkeit vorhanden, die Kali-chemiker, die Papierchemiker usw. zusammenzufassen. Wir glaubten in den neuen Satzungen dieser neuen Einrichtung auch eine satzungsge-
mäßige Form geben zu sollen, und wir dürfen wohl hoffen, daß in recht erheblichem Maße von der neuen Einrichtung Gebrauch gemacht werden wird.

Mit dem Satze 7 unserer Vorlage hatten wir dem Vorstandsrate vorgeschlagen, einem Umstande

Rechnung zu tragen, der unsere Zeitschrift anlangt. Durch den Versand der Zeitschrift an unsere im Auslande wohnenden Mitglieder erwächst uns eine tatsächliche Mehrausgabe von etwa 5 M für das Heft und Jahr, und da über 600 unserer Mitglieder im Auslande wohnen — wir haben ja auch ausländische Bezirksvereine —, so hatten wir die Absicht — und hatten dieser Absicht in dem Entwurfe Ausdruck gegeben —, für die im Auslande lebenden Mitglieder den Mitgliederbeitrag im Interesse der Zeitschrift auf 25 M zu erhöhen. Es ist uns aber seitens unserer ausländischen Kollegen eine sehr lebhaft Opposition gemacht worden, und man hat uns in der beweglichsten Weise vorgestellt, daß das undurchführbar sei, daß es zu Differenzen führen würde, ja, daß vielleicht sogar eine Entfremdung zwischen unseren im Auslande wohnenden Landsleuten und Kollegen und uns eintreten könnte. Nach vielem Hin und Her und auch in Berücksichtigung des Umstandes, daß von einer Seite gewünscht wurde, den bisher mit 3 M bezifferten Beitrag, der an die Bezirksvereine zurückgezahlt wird, prozentual auszudrücken und zu sagen: 15% von 20 M, ist der erhöhte Beitrag für die im Auslande wohnenden Mitglieder gestrichen worden, und die Bezirksvereine, die im Vorstandsrat sämtlich vertreten waren, haben sich durch einen Beschluß des Vorstandsrates damit einverstanden erklärt, nicht mehr 3 M oder 15%, sondern in Zukunft nur 10% von dem Hauptverein sich zurückzahlen zu lassen. Sie sehen da, m. H., im kleinen denselben Vorgang, den wir aus unserem politischen Leben auch kennen: das Reich muß an die Bundesstaaten gehen, um zu Geldern zu kommen; das Reich als solches ist zu arm. (Heiterkeit.)

Wir haben dann auch noch, um unser Leben nach den Satzungen, wenn ich so sagen soll, beweglicher gestalten zu können, die Zahl der Mitglieder, die bisher notwendig war, um eine Satzungsänderung zu beantragen, auf die Hälfte reduziert. Während also bisher 10% der Mitglieder erforderlich waren, um einen Antrag auf Änderung der Satzungen zu unterstützen, wird dies, wenn der Entwurf Annahme findet, in Zukunft schon durch 5% geschehen können.

M. H.! Auf diese wenigen Ausführungen will ich mich im Interesse unserer umfangreichen Tagesordnung zunächst beschränken. Zur Beantwortung etwaiger Fragen, die den Gegenstand betreffen, bin ich gern bereit.“

Vors.: „M. H.! Wie dies Satz 19 unserer alten Satzung vorschreibt, ist der Antrag zur Abänderung der Satzung erst eingereicht worden, nachdem er von 10% der Mitgliederzahl unterstützt war — mehr als 350 Mitglieder haben den Antrag des Vorstandes unterschrieben —; er wurde dann ordnungsgemäß und pünktlich am 8. März 1907 auf S. 392 der Zeitschrift veröffentlicht. Wir haben also den gesetzlichen Vorschriften Rechnung getragen, und ich stelle dies hier ausdrücklich fest.

Gestern in der Vorstandssitzung ist dann jeder einzelne Paragraph, ob verändert oder unverändert, durchberaten worden; es wurde über jeden einzelnen Paragraphen abgestimmt, und daraufhin sind die gesamten veränderten Satzungen nochmals zur Abstimmung gelangt und vom Vorstandsrat einstimmig angenommen worden.

Nach dieser gründlichen Erörterung schlagen Ihnen daher Vorstand und Vorstandsrat vor, die Satzungen en bloc anzunehmen.

Falls Sie hiermit einverstanden sind, bitten wir, den Vorstand zu bevollmächtigen, etwaige redaktionelle Änderungen, die möglicherweise das Amtsgericht zu Halle behufs Eintragung in das Vereinsregister verlangen sollte, vorzunehmen. Die Satzungen sollen dann mit dem 1. Januar 1908 in Kraft treten.

Wünscht einer der Herren das Wort?“

Dr. Kloeppe!: „M. H.! Ich habe die Ehre gehabt, gestern als Zuhörer den mehr als zweistündigen Beratungen im Vorstandsrat über die Satzungen beizuwohnen. Es sind dabei nicht nur von dem Herrn Referenten in ausführlichster Weise alle die Einwendungen erörtert worden, die aus den Bezirksvereinen gekommen sind, sondern diese Einwendungen sind auch von den Vertretern der betreffenden Bezirksvereine ausführlich geltend gemacht und dann noch einer allgemeinen Beratung unterzogen worden. Zum Schluß haben erfreulicherweise auch die Vertreter derjenigen Bezirksvereine, die in einzelnen Punkten abweichender Meinung waren, in der Gesamtabstimmung den Entwurf angenommen und damit ihm zu einer einstimmigen Annahme verholfen. Ich glaube, daß wir nach dieser eingehenden Beratung und der einstimmigen Annahme durch diejenigen Herren, die von den einzelnen Bezirksvereinen beauftragt waren, deren Interessen hier zu vertreten, unbedenklich ohne weitere Diskussion dem Vorschlage des Vorstandes zustimmen und die Satzungen en bloc annehmen können.“

Vors.: „Wünscht noch einer der Herren das Wort? — Das ist nicht der Fall.

Es ist also der Antrag auf Enblocannahme gestellt worden.

Da sich kein Widerspruch erhebt, sind die neuen Satzungen einstimmig angenommen.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß mit der einstimmigen Annahme der Satzungen auch von seiten der Hauptversammlung die dunklen Wolken am Himmel des Vereins bald verschwinden und unter der Herrschaft der neuen Satzungen der Verein sich weiter entfaltet und weiter blüht und gedeiht. Es liegt bei Ihnen, uns durch Werbung von Mitgliedern, durch Gründung von neuen Bezirksvereinen, durch Bildung von Fachgruppen zu unterstützen.

Als Vereinsvorsitzender fühle ich mich aber auch verpflichtet, Sie auf die neuen Aufgaben in Satz 2 hinzuweisen. Ich will zwar heute noch nicht den schwarzen Rock anziehen und als Bettelmann vor Ihnen erscheinen, um einen Ausdruck zu gebrauchen, der vorhin von dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Hilfskasse angewandt worden ist. Wollen wir aber Geld zur Lösung wissenschaftlicher Aufgaben behufs Förderung der Chemie ausgeben, so müssen Sie auch mit dafür sorgen, daß allmählich hierfür ein Fonds gebildet wird, dessen Zinsen zur Bestreitung derartiger Ausgaben dienen. (Bravo!) Es handelt sich hierbei ja um eine Ergänzung derjenigen Tätigkeit, die im allgemeinen der chemischen Reichsanstalt zufallen soll. Die Gegner der letzteren haben also bei uns Gelegenheit, die Gelder unterzubringen, die sie sonst für die Zwecke der

Reichsanstalt ausgeben würden. Ich hoffe, es werden sich bald Gönner und Firmen finden.“

5. Vorstandswahl und 10 b) Wahl eines weiteren Beigeordneten für den Vorstand.

Vors.: „Vorstand und Vorstandsrat schlagen Ihnen nun vor, die beiden ausscheidenden Herren wiederzuwählen, und zwar Herrn Dir. Dr. Krey als stellvertretenden Vorsitzenden auf weitere 3 Jahre, also bis zum 31. Dezember 1910, Herrn Dr.-Ing. Carstens als Beisitzer für weitere 3 Jahre, bis zum 31. Dezember 1910. Als sechstes Mitglied des Vorstandes empfehlen wir Herrn Geheimrat Prof. Dr. Hempel, und zwar um den von den Satzungen vorgeschriebenen Turnus herzustellen, vorläufig auf 1 Jahr, bis zum 31. Dezember 1908, neu zu wählen; er würde dann zusammen mit Herrn Dir. Lütty ausscheiden.“

Da sich kein Widerspruch erhebt, werden die Herren Dir. Dr. Krey und Dr.-Ing. Carstens in getrennten Wahlhandlungen durch Zuruf auf je 3 Jahre gewählt. Beide nehmen die Wahl mit Dank an.

Vors.: „M. H.! Sind Sie damit einverstanden, daß Herr Geheimrat Hempel auf 1 Jahr, bis zum 31. Dezember 1909, gewählt wird?“ (Begeisterte Zustimmung.)

„Es freut mich, daß Sie so lebhaft zustimmen. Herr Geheimrat Hempel, bei dem ich im voraus ganz leise angefragt hatte, hat zwar einen reizenden, ungemein liebenswürdigen Absagebrief geschrieben; aber das hilft ihm nichts. Er behauptet, in diesem Jahre wäre er in Amerika, in der Schweiz und in Italien gewesen, im nächsten Jahre müßte er nach Afrika und Indien, und infolgedessen könnte er das Amt nicht annehmen. Nichtsdestoweniger gebe ich mich der Hoffnung hin, ihn umzustimmen, und ich möchte Herrn Geheimrat Prof. Dr. Möhlau freundlichst bitten, sofort bei seiner Rückkehr nach Dresden in diesem Sinne zu wirken und Bresche zu schießen, damit, wenn hernach das schwere Geschütz des Vereins aufgefahren wird, die Übergabe der Festung ohne Schwierigkeiten erfolgt.“

11 a. Tätigkeit des Ausschusses zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes. (Referent Prof. Dr. Duisberg.)

Vors.: „Bekanntlich ist am 1. Juli 1905 zu Berlin von dem Verein deutscher Chemiker, der deutschen Bunsengesellschaft für angewandte physikalische Chemie, der freien Vereinigung der Nahrungsmittelchemiker Deutschlands und dem Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands ein „Ausschuß zur Wahrung gemeinsamer Interessen des Chemikerstandes“ gegründet worden. Derselbe hat sich am 22. März 1906 zu Frankfurt a. M. auf Grund folgender Satzungen konstituiert:

§ 1.

„Zur Vertretung gemeinsamer Interessen wird ein Ausschuß gebildet, in welchen jeder der vier Vereine zwei Vertreter entsendet.

§ 2.

Der Vorsitz und die mit diesem verbundene Geschäftsführung des gemeinsamen Ausschusses wechseln mit dem Kalenderjahre unter den vier Vereinen. Die Reihenfolge bestimmt das Los.

§ 3.

Der Ausschuß tritt nach Bedarf zusammen. Er ist binnen 14 Tagen einzuberufen, sobald ein Verein dies beantragt.

§ 4.

Jeder Verein hat eine Stimme. Zur Fassung gültiger Beschlüsse ist Einstimmigkeit erforderlich.

§ 5.

Die allgemeinen Kosten werden von den Vereinen zu gleichen Teilen getragen, die Reiseentschädigung der Vertreter tragen deren Vereine.

§ 6.

Die Vereine verpflichten sich, dem geschäftsführenden Vereine rechtzeitig die Vertreter für das nächste Kalenderjahr mitzuteilen. Im Behinderungsfalle der Vertreter haben die Vereine Ersatzmänner zu entsenden. Die Übergabe der Geschäfte erfolgt am 2. Januar eines jeden Kalenderjahres.

§ 7.

Der geschäftsführende Verein hat das Recht, in einzelnen Fällen Vertreter anderer Korporationen zu den Beratungen des Ausschusses einzuladen.“

Während die deutsche Bunsengesellschaft kurz darauf abschied, genehmigte der Vorstandsrat auf der Hauptversammlung zu Nürnberg den Beitritt unseres Vereins und nahm Kenntnis von den inzwischen über die Gebührenordnung und die Standesfragen gefaßten Beschlüsse.

Mit dem 1. Januar d. J. ging der Vorsitz in diesem Ausschuß an unseren Verein über. Zu Mitgliedern des Ausschusses wurden von den Vorständen der betreffenden Vereine für das Jahr 1907 ernannt:

Für den Verein deutscher Chemiker unser Vorsitzender, Prof. Dr. C. Duisberg in Elberfeld, und Herr Dir. Lütty in Mannheim,

für die freie Vereinigung der Nahrungsmittelchemiker Deutschlands Prof. Dr. Wilh. Fresenius zu Wiesbaden und Prof. Dr. Mayrhofer zu Mainz,

für den Verein selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands Hofrat Dr. Forster zu Plauen und Dr. Treumann zu Hannover.

Mit nachstehendem Schreiben wurden am 9. Februar dieses Jahres die im vorigen Jahre gefaßten Beschlüsse zur Kenntnis des Reichsamtes des Innern gebracht:

Der „Verein deutscher Chemiker“, die „Freie Vereinigung der Nahrungsmittel-Chemiker Deutschlands“ und der „Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands“ haben sich zum Zwecke der Wahrung gemeinsamer Interessen des Chemikerstandes zu einer Interessengemeinschaft vereinigt.

Nachdem die Hauptversammlungen der beteiligten Verbände wiederholt Stellung zu den diesbezüglichen Fragen genommen, hat sich der Ausschuß dieser Interessengemeinschaft mit denjenigen Standesfragen eingehend beschäftigt, welche sich auf die Schulvorbildung, das Hochschulstudium und die dasselbe abschließenden Prüfungen der Chemiker beziehen. Es sind dabei einstimmig die in der Anlage angeführten Beschlüsse gefaßt worden.

Da die Kenntnis dieser Beschlüsse bei dem Erlaß oder der Neuordnung von Prüfungsvorschriften, z. B. von Vorschriften über die Prüfung von Nahrungsmittelchemikern, für die Reichsregierung nicht ohne Interesse sein dürfte, so erlaubt sich der dermalige Vorsitzende des Ausschusses im Auftrage desselben dem Reichsamt des Innern diese Beschlüsse zur geeigneten Kenntnisnahme in zwölf Exemplaren ehrerbietigst zu unterbreiten.

Am 1. Mai dieses Jahres fand dann eine Sitzung des Ausschusses zu Berlin statt, über welche ein Auszug des Protokolls in Heft 13 unserer Zeitschrift Seite 513 veröffentlicht worden ist. An dieser Sitzung nahm auch als Vertreter der „deutschen chemischen Gesellschaft“ der Generalsekretär, Herr Prof. Dr. P. J a c o b s o n ad audiendum et referendum teil. Wir hoffen, daß der Vorstand dieser Gesellschaft demnächst beschließen wird, diesem Ausschuß auch tatsächlich beizutreten¹⁾, da, wie die bisherigen Beschlüsse zeigen, ein Zusammenwirken aller chemischen Vereine und Gesellschaften in den zurzeit akuten Standesfragen der Chemiker von größter Wichtigkeit ist.

Auf Grund der in der Berliner Sitzung gefaßten Beschlüsse ist von unserem Verein die an die Firmen der chemischen Industrie gerichtete Umfrage wegen der Anfangsgehälter der Chemiker durch die Versendung von ca. 750 Fragebogen in die Wege geleitet. Wenn auch bis jetzt erst ungefähr 100 Firmen geantwortet haben, so hoffen wir doch zuversichtlich, daß auch die übrigen bereit sind, uns bei unseren sozialpolitischen Bestrebungen zu unterstützen. Wir wollen nur die in der Öffentlichkeit verbreiteten und unseren Stand und damit die chemische Industrie und die angewandte Chemie schwer schädigenden Behauptungen über die niedrigen Anfangsgehälter der Chemiker auf Grund tatsächlichen Materials richtig stellen und dabei erzielen, daß eine scharfe Trennung der akademisch gebildeten Chemiker, deren Interessen allein unser Verein zu vertreten hat, und der Chemotechniker und Chemikanten herbeigeführt wird. Über das Ergebnis dieser Umfrage werden wir demnächst berichten.

Während die wegen der Gebührenordnung vom Ausschuß gemachten Vorschläge der Beschlußfassung unserer Hauptversammlung unterliegen, sind die Eingaben an die Behörden, betreffend Submissionsverfahren bei Vergebung chemisch-analytischer Arbeiten, sowie betreffend Neuordnung des Nahrungsmittelchemikerexamens wegen längerer Erkrankung des vom Ausschuß ernannten Referenten zwar noch nicht gemacht, aber in Aussicht gestellt und werden sofort nach Genehmigung durch den Ausschuß an die Behörden weitergegeben werden.“

11 b. Beschlußfassung über die Vorschläge dieses Ausschusses, betreffend Gebührenordnung.

Der Verein wolle beschließen:

- a) Es soll dahin gearbeitet werden, daß der unter der Ägide des Kaiserlichen Gesundheitsamtes ausgearbeitete Entwurf „eines Gebührentarifs für Nahrungsmitteluntersuchungen“ offiziell anerkannt wird.
- b) Für technische Analysen läßt sich ein all-

gemein gültiger sachlicher Tarif nicht feststellen.

- c) Für technisch-chemische Arbeiten, Analysen und Gutachten ist ein Minimalhonorar von 5 M für die Stunde (auch jede angefangene Stunde) anzusetzen; in besonderen Fällen ist das angewendete Material extra zu berechnen.

Für örtliche Besichtigungen, Arbeiten an Ort und Stelle und für die aufgewendete Reisezeit ist gleichfalls ein Minimalsatz von 5 M für die Stunde in Rechnung zu setzen.

Die durch die Reise erwachsenen Barauslagen sind hierin nicht inbegriffen.

- d) In besonders schwierigen Fällen sind die Gebühren vorher mit den Gerichten und Behörden zu vereinbaren.
- e) In Streitfällen ist die Entscheidung darüber, ob die liquidierten Gebühren angemessen sind, dem Reichsgesundheitsamt zu übertragen.
- f) Für forensische Untersuchungen soll durch die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker und den Verband selbständiger öffentlicher Chemiker ein Tarif ausgearbeitet werden; bis zu dessen Zustandekommen haben die Festsetzungen für technisch-chemische Untersuchungen wie unter c) Gültigkeit.
- g) Mit der Durchführung dieser Beschlüsse wird der Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes beauftragt.

11 c. Antrag des Bezirksvereins a. d. Saar:

Der Verein möge an den Bundesrat die Bitte richten, die Anweisung an die Gerichte zu erlassen, die Gebühren für Chemiker über Gutachten, welche höhere wissenschaftliche Vorbildung erfordern, nach § 4 der Gebührenordnung, also nach dem in der Praxis sonst üblichen Satze zu gewähren, und nicht nach § 3.

Ferner sind die Gerichte anzuweisen, die Nachweise für Materialverbrauch in einer Form zu verlangen, der zu entsprechen technisch möglich ist.

V o r s.: „M. H.! Aus der Tagesordnung haben Sie diese Beschlüsse kennen gelernt. Sie werden gesehen haben, daß der Bezirksverein an der Saar noch einen Antrag gestellt hat, welcher aber, wie sich in der Vorstandsratssitzung in eingehender Debatte herausstellte, nur für die Reichslande Geltung hat. Infolgedessen hat der Bezirksverein an der Saar seinen Antrag fallen lassen, so daß in dieser Frage nunmehr nur der Antrag des Vorstandes bzw. des Ausschusses zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes vorliegt. Ich bitte Sie, diese Anträge ebenfalls anzunehmen, wie sie hier gedruckt sind. Abänderungen sind nicht daran vorgenommen worden. Es soll ja zum Schluß, wie aus g) hervorgeht, der Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes auch mit der Durchführung dieser Beschlüsse betraut werden. Das gemeinsame Vorgehen in diesem Ausschuß, der bereits durch Eingaben bei den verschiedenen Behörden akkreditiert ist, wird einen besseren Resonanzboden finden, als wenn wir allein vorgehen würden.“

Der Antrag des Vorstandes wird einstimmig angenommen.

¹⁾ Ist inzwischen erfolgt.

11 d. Antrag des Aachener Bezirksvereins.

Da Herr Prof. Dr. v. K a p f f nicht anwesend ist, übernimmt das Referat Herr Dr. L a n g - f u r t h.

Dr. L a n g f u r t h: „M. H.! Der Antrag des Aachener Bezirksvereins lautet:

Der Vorstand des Vereins deutscher Chemiker möge bei den zuständigen Stellen dahin wirken, daß amtliche Untersuchungsanstalten, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, wie z. B. städtische oder Kreisuntersuchungsämter und deren Angestellte, angewiesen werden sollen, Handels-, medizinische, sowie technische Analysen, die von privater Seite eingehen, gegen Bezahlung tunlichst nicht anzunehmen, falls sich am Platze Laboratorien von öffentlich angestellten Handelschemikern oder analytische Privatlaboratorien befinden.

Ausgenommen davon sollen solche Untersuchungen sein, die durch ein öffentliches oder wissenschaftliches Interesse bedingt werden oder in das Gebiet von Spezialsachverständigen gehören.

Auch dieser Antrag ist im Vorstandsrat sehr eingehend behandelt worden. Es wurde vor allen Dingen betont, daß es nötig sei, die Privatlaboratorien zu unterstützen und dahin zu wirken, daß ihnen nicht durch die aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Anstalten, die in erster Linie dazu bestimmt sind, im Dienste der Behörden zu arbeiten, das Brot genommen wird, so daß es den Privatlaboratorien möglich ist, auch weiter zu existieren. Der Antrag wurde vom Vorstandsrat einstimmig unterstützt, und ich glaube, meine hochverehrten Herren, Sie können ihn wohl auch glatt annehmen, wie er hier vorliegt.“

V o r s.: „M. H.! Ich muß nur noch ergänzend erwähnen, daß vom Vorstände und vom Vorstandsrate auch beschlossen worden ist, die Ausführung dieses Beschlusses dem Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes zu übertragen. (Sehr richtig!)

Wenn sich dagegen kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß Sie auch damit einverstanden sind. (Zustimmung.) Ich stelle fest, daß so beschlossen ist.“

12. Bericht des auf der Hauptversammlung zu Nürnberg eingesetzten Ausschusses zur Verbesserung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts an den Mittel- und Hochschulen, entsprechend den Vorschlägen der Unterrichtskommission der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte. (Referenten: Prof. Dr. Duisberg, Prof. Dr. Bredt und Prof. Dr. Stockmeier.)

V o r s.: „Nachdem ich zuerst auf der Hauptversammlung zu Bremen am 15. Juni 1905 und dann auf der Hauptversammlung zu Nürnberg am 6. Juni 1906 ausführlichen Bericht erstattet habe über die von der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte ernannte Kommission zur Förderung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts an den deutschen Schulen, der ich als Vertreter der chemischen Technik angehöre, ist auf der Nürnberger Hauptversammlung zur Beratung der von der Naturforscherkommission gemachten Vorschläge von unserem Verein ein Ausschuß eingesetzt worden.

Über die Tätigkeit dieser Unterrichtskommission und über die Resultate ihrer Sitzung vom 2. Februar 1907 zu Berlin ist von unserem Generalsekretär Prof. Dr. R a s s o w - Leipzig ein ausführlicher Bericht in Heft 10, 1907, Seite 387 ff der Zeitschrift für angewandte Chemie erschienen. Dieser Bericht ist sämtlichen Bezirksvereinen mit der Bitte um Beratung und Rückäußerung zugesandt worden. Im Laufe des März und April haben von den 19 Bezirksvereinen 10 über die Schulfrage in ihren Sitzungen verhandelt und sich mehr oder weniger ausführlich geäußert. Sehen wir ab vom New-Yorker Bezirksverein, der sich wegen der Kürze der Zeit mit der Angelegenheit nicht beschäftigen konnte, so haben 8 Bezirksvereine der Anregung zur Behandlung dieser so wichtigen Schulfrage nicht entsprochen. Im einzelnen haben kurzweg ihr Einverständnis erklärt: Die Bezirksvereine Aachen, Mittelfranken und Oberschlesien. Im ganzen äußerten sich zustimmend zu den Grundsätzen und Leitsätzen der Unterrichtskommission und wünschten nur in einzelnen Punkten kleine Abänderungen: Die Bezirksvereine Belgien, Württemberg, Sachsen-Anhalt, Sachsen-Thüringen, Hamburg, Ober- u. Mittelrhein. Nur der Bezirksverein an der Saar nimmt sowohl im Prinzip der Unterrichtsverbesserung als auch in bezug auf die meisten Leitsätze der Kommission einen durchaus abweichenden Standpunkt ein. Mehrere Bezirksvereine, vor allem Hamburg und Sachsen-Thüringen, haben zu den Beratungen eine größere Zahl im praktischen Schulfach stehender Fachgenossen zugezogen oder diese um Meinungsäußerung gebeten. Es würde zu weit führen, wollten wir hier auf die Einzelheiten der Beschlüsse der Bezirksvereine näher eingehen. Die von der Unterrichtskommission eingesetzten Referenten: B r e d t, D u i s b e r g und S t o c k m e i e r haben die Ausführungen der Bezirksvereine in eingehender Weise geprüft, sind aber zu der Ansicht gekommen, abgesehen von einigen Änderungen an den von der Kommission aufgestellten Leitsätzen, speziell bei Leitsatz 8, diese im Prinzip aufrecht zu erhalten und der Hauptversammlung vorzuschlagen, sich denselben anzuschließen.

Inzwischen hat die Unterrichtskommission der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte in der ersten Woche des Januar zu Dresden und in der Osterwoche zu Darmstadt wiederum mehrtägige Sitzungen abgehalten, in denen die Ausbildung der Lehrer an den Hochschulen und die zur Durchführung der Beschlüsse zu treffenden Maßnahmen eingehend beraten worden sind. Der im September stattfindenden Naturforscherversammlung zu Dresden wird ein ausführlicher Bericht über die Frage der Ausbildung der Lehrer, über welche volle Übereinstimmung in der Kommission erzielt worden ist, vorgelegt werden. Damit betrachtet die Unterrichtskommission deutscher Naturforscher und Ärzte ihre Tätigkeit als erledigt.

Damit aber die mühevollen und umfassenden Arbeiten dieser Kommission reiche Früchte tragen, und die Vorschläge so schnell als möglich bei den Behörden Anerkennung finden und in den Schulen und Hochschulen zur Durchführung gelangen, hat die Naturforscherkommission auf Vorschlag des unterzeichneten Referenten beschlossen, unter dem Vorsitz der Gesellschaft deutscher Naturforscher

und Ärzte einen Ausschuß zu bilden, in den alle großen Gesellschaften und Vereine, welche Interesse an der Verbesserung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts haben, ein oder zwei Mitglieder delegieren. Dieser Ausschuß soll in jährlich einmal stattfindenden Sitzungen über alle, die höheren Schulen betreffenden Fragen beraten und vor allem in eine lebhaft propagandistische Durchführung der bisher gefaßten Beschlüsse eintreten. Für diesen Ausschuß sind in Aussicht genommen und sollen aufgefordert werden die nachfolgenden Vereinigungen: Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte, Verein deutscher Ingenieure, Verein deutscher Chemiker, Verein zur Förderung des naturwissenschaftlich-mathematischen Unterrichts an den höheren Schulen, die Mathematikervereinigung, Medizinalbeamtenverein und die deutsche botanische, zoologische, geologische, anatomische und physiologische Gesellschaft.

Die Unterrichtskommission unseres Vereins ersucht deshalb die Hauptversammlung, sich dem geplanten „Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Unterrichtswesens“ anzuschließen und es dem Vorstand zu überlassen, geeignete Vertreter in denselben zu entsenden.

Die von der Kommission genehmigte und hier beigefügte Resolution faßt alle diese Gesichtspunkte zusammen und wird deshalb der Hauptversammlung zur Annahme dringend empfohlen.

Damit ist auch die Tätigkeit der Unterrichtskommission des Vereins deutscher Chemiker erledigt. Es erübrigt zum Schluß noch, darauf hinzuweisen, daß die Bestrebungen, den mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht an den höheren Schulen zu verbessern und auch den Lehramtskandidaten an den Hochschulen eine bessere Ausbildung als bisher zuteil werden zu lassen, immer mehr Anklang finden. Wie das preußische Kultusministerium in den letzten Wochen im Landtag und der Kultusminister selbst im Herrenhaus auf eine diesbezügliche Anfrage von Parlamentariern aller Parteien mitgeteilt hat, steht die preußische Schulverwaltung der Einführung der Biologie in den oberen Klassen der höheren Lehranstalten nicht mehr ablehnend, sondern, wenn auch vorsichtig abwägend, so doch zustimmend gegenüber. Auch in Sachsen sind unsere Bestrebungen auf guten Boden gefallen und werden zahlreiche Versuche gemacht. Kommt aber die Biologie zu ihrem wohlverdienten Recht, so muß auch notwendigerweise die Chemie die ihr gebührende Berücksichtigung finden, denn ohne eine gute chemische Grundlage bleibt die Biologie unverständlich.

Speziell die von unserer Kommission in erster Linie empfohlene Gabelung, welche, so lange die humanistischen Gymnasien das Übergewicht über die Realgymnasien und Oberrealschulen haben, als Übergang dienen soll, findet großen Beifall und hat sich an den Anstalten, an denen sie versuchsweise eingeführt ist, außerordentlich gut bewährt. Es herrscht heute wohl kein Zweifel mehr darüber, daß die Unterrichtskommission der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte einen vollen Erfolg zu verzeichnen hat. Hoffentlich ist dies auch, so weit die Chemie in Frage kommt, bei den Vorschlägen unserer Kommission der Fall.“

Prof. Dr. Bredt: „M. H.! Die Unterrichts-

kommission unseres Vereins, die am 2. Februar 1907 in Berlin getagt hat, bestand aus folgenden Herren: unserem Herrn Vorsitzenden Prof. Dr. Duisberg, Geheimrat Prof. Dr. Delbrück, Geheimrat Prof. Dr. Beckmann, Dir. Dr. Krey, Dir. Fritz Lütty, Dr.ing. Carstens, Generalsekretär Dr. Rasso, Medizinalrat Dr. Merck, Prof. Dr. Buchner, Prof. Dr. Stockmeier, Prof. Dr. v. Cochenhausen, Dr. Lange und meiner Wenigkeit. Dieser Ausschuß unseres Vereins hat die Leitsätze aufgestellt, welche Ihnen gedruckt vorliegen; es ist dann Herrn Prof. Dr. Stockmeier der Auftrag geworden, ein Referat zu diesen Leitsätzen zu geben. Er hat sich dieser Aufgabe entledigt in einem Referat, welches überschrieben ist: „Zur Reform des naturwissenschaftlichen Unterrichts an den höheren Schulen“. Ferner ist mir die Aufgabe gestellt worden, ein zweites Referat auszuarbeiten, welches die Ausbildung der Lehrer in der Chemie an den Hochschulen behandelt. Diese beiden Referate erläutern die Motive zu den von der Unterrichtskommission aufgestellten Leitsätzen und sollen dazu dienen, die Ansichten widerzuspiegeln, die in jener Sitzung am 2. Februar 1907 in Berlin zum Ausdruck gekommen sind.

Mein Referat lautet:

„Mir ist die Aufgabe zugefallen, über die Beratungen der Unterrichtskommission des Vereins deutscher Chemiker und über die eingelaufenen Meinungsäußerungen der Bezirksvereine in betreff der chemischen Ausbildung der Lehrer an den Hochschulen Ihnen zu referieren. Diese Frage wurde in der Sitzung der Unterrichtskommission unseres Vereins in Berlin am 2./2. 1907 im Anschluß an die Frage des chemischen Schulunterrichtes ausführlich beraten.

Einen Bericht über diese Sitzung finden Sie bereits in der Zeitschrift für angewandte Chemie 1907, Heft 10, Seite 1 von dem Generalsekretär des Vereins, Herrn Prof. Dr. Rasso, gegeben.

Unser Vorsitzender, Herr Prof. Dr. Duisberg, hatte für die Beratungen der Kommission das Material geliefert durch eine ausführliche Abhandlung über:

Den chemischen Unterricht an der Schule und den Hochschulunterricht für die Lehrer der Chemie.

Die Anschauungen, welche hier zur Geltung kommen, sind das Ergebnis einer Rundfrage bei 76 Lehrern und Professoren der Chemie (siehe diese Z. 19, 1457, 1906).

Das eigentliche Referat zu der Unterrichtsfrage hat somit Herr Prof. Duisberg bereits erstattet, ich kann mich nur als Korreferenten betrachten, der Ihnen hier ein kurzes Resümee über das Endresultat der Beratungen geben soll.

Die richtige Ausbildung der Lehrer ist selbstverständlich die Vorbedingung für den zweckmäßigen Unterricht an den Schulen. Die Erörterungen über die Lehrerausbildung gingen von verschiedenen Gesichtspunkten aus und erstreckten sich hauptsächlich auf folgende drei Fragen:

1. Hochschulunterricht für Lehramtskandidaten der Chemie.

2. Ordnung der Prüfung in Chemie für das höhere Schulamt.

3. Ausbildung der Chemielehrer für die höheren Fachschulen.

Der Leitsatz der Unterrichtskommission, welcher den Hochschulunterricht für die Lehramtskandidaten der Chemie betrifft, lautet:

„Der Unterricht hat sich zu erstrecken auf allgemeine Vorlesungen in anorganischer, organischer und physikalischer Chemie und ausgewählte Kapitel der chemischen Technologie.“

„Die praktischen Übungen sollen den Kandidaten Fertigkeit im Experimentieren und in der Anfertigung von Präparaten, sowie Kenntnis der Analyse geben. Technische Exkursionen sind für ihre Ausbildung wünschenswert.“

Durch Rundfrage bei den maßgebenden Akademikern ist festgestellt worden, daß es besonderer Einrichtungen für die Ausbildung der Lehramtskandidaten nicht bedarf, daß vielmehr hierfür die an unseren Universitäten und Technischen Hochschulen bestehenden Vorlesungen und die in den Laboratorien abgehaltenen Praktika ausreichen.

In der organischen Chemie würde eine abgekürzte enzyklopädische Spezialvorlesung abzuhalten sein.

Das allgemeine Kolleg über Physik muß jeder Chemielehrer gehört haben. Die Grundlehren der physikalischen Chemie einschließlich der Elektrochemie werden heute wohl in jedem Kolleg über allgemeine und anorganische Chemie sowohl experimentell wie theoretisch behandelt; dennoch muß vom Lehramtskandidaten gefordert werden, daß er das meist übliche zweistündige besondere Kolleg über physikalische Chemie hört. Die Behandlung der chemischen Technologie ist an manchen Hochschulen, wie z. B. in Dresden und Danzig, ganz oder teilweise mit den Vorlesungen über anorganische und organische Chemie verbunden.

Da, wo die Verhältnisse anders liegen, wie an vielen Universitäten, und den Technischen Hochschulen: Berlin, Hannover und Aachen, an denen chemische Technologie ein besonderes Fach mit eigenem Vertreter bildet, sollte es genügen, wenn für Lehramtskandidaten ein zweistündiges Kolleg ein Semester lang über die wichtigsten technologischen Prozesse gehalten würde, außerdem wäre Beteiligung an den technologischen Exkursionen erwünscht.

Der Schulunterricht in der Chemie soll vornehmlich ein Anschauungsunterricht sein, der den Sinn zum Beobachten in dem Schüler weckt und schärft. Dieses erfordert, daß der Chemielehrer nicht nur Theoretiker, sondern in erster Linie Praktiker, d. h. ein geübter Experimentator, ist.

In den Laboratorien der Hochschule wird der Einzelunterricht so individuell durchgeführt, daß auch die besonderen Bedürfnisse des Lehramtskandidaten Berücksichtigung finden können.

Diese Bedürfnisse sind nicht so weitgehend, wie bei einem für die Praxis vollständig auszubildenden Chemiker. Übung in der qualitativen Analyse einfacher Verbindungen und einige Kenntnis der quantitativen Analyse sollten genügen. Andererseits muß das präparative Arbeiten und die Apparat-

kunde in besonderer Hinsicht auf Schulversuche mehr als bisher Berücksichtigung finden.

In denjenigen Laboratorien, wo die Lehramtskandidaten nicht sehr zahlreich sind, könnten sie zugleich als Gehilfen des Vorlesungsassistenten die Vorlesungsexperimente mit vorbereiten und selbst durchprobieren, sie würden dadurch das betreffende Kolleg auch von der praktischen Seite genau kennen lernen und die zu Experimentalvorträgen erforderliche Routine erlangen.

Für einen größeren Kreis von Lehramtskandidaten sind besondere Experimentalkurse mit Schulvorträgen der Teilnehmer erforderlich, wie solche in Leipzig, Halle, Bonn, Münster, Charlottenburg und Freiburg bereits bestehen, auch ist bereits der Versuch gemacht worden, naturwissenschaftliche Seminare unter Leitung eines praktischen Schulmannes an den Universitäten einzurichten.

Kein Lehramtskandidat der Naturwissenschaften sollte zum Examen zugelassen werden, ohne die an den Hochschulen üblichen physikalischen Übungen besucht zu haben.

An diese läßt sich das physikalisch-chemische Praktikum angliedern resp. damit verbinden, da alle dafür in Betracht kommenden Apparaturen zu der Ausrüstung eines physikalischen Kabinetts gehören.

Hier ist vor einer Teilung des Unterrichts, wie überhaupt vor einer zu weit gehenden Zersplitterung der Lehrfächer zu warnen, wegen der damit verbundenen Mehrbelastung der Kandidaten. Denn mit der vermehrten Arbeitsteilung unter den Dozenten halten die höheren Ansprüche an die Studierenden gewöhnlich gleichen Schritt.

Die Anforderungen, die für das Studium der Chemie gestellt werden, sind an sich schon so große, daß die Studienzeit, wenn Biologie und die Fächer der allgemeinen Bildung mit absolviert werden sollen, sechs bis acht Semester erfordern dürfte.

Wünschenswert erscheint nach meinem Dafürhalten die Aufstellung von Studienplänen, wie solche an den Technischen Hochschulen üblich und auch in der Prüfungsordnung für Lehramtskandidaten in Preußen bereits vorbehalten sind, da durch einen unsystematischen Studiengang viel Zeit verloren gehen kann.

Die Unterrichtskommission stellte sich einmütig auf den Standpunkt von Prof. Duisberg, daß Realanstalten wie Gymnasien die gleiche Berechtigung zum Hochschulstudium haben, und daß keine Privilegien zugunsten einer bestimmten Schulgattung geschaffen werden sollen. Es wäre daher zu bedauern, wenn man, wie dies der Regierungsvertreter in der Sitzung des preußischen Landtages vom 17./4. 1907 angedeutet hat, bei uns die in Württemberg getroffene Einrichtung nachahmen würde, daß die Abiturienten der Gymnasien auf den Technischen Hochschulen noch einen besonderen Kursus in Mathematik belegen müßten, was die Abiturienten der Realanstalten nicht nötig haben. Allerdings verlangt Württemberg von den Oberlehrerkandidaten der Chemie im Nebenfach unbedingt auch Mathematik, eine Kombination, die von der Unterrichtskommission des Vereins deutscher Chemiker nicht als zweckmäßig erachtet wurde.

Vergleicht man die in den drei größten Bundes-

staaten des Deutschen Reiches jetzt gültigen naturwissenschaftlichen Prüfungsordnungen für das höhere Schulamt miteinander, so ergibt sich in Preußen und Sachsen eine weitgehende Übereinstimmung, während die bayerischen Bestimmungen in wesentlichen Punkten davon abweichen. Preußen und Sachsen schreiben für jeden Kandidaten eine allgemeine Prüfung vor in: Philosophie, Pädagogik, deutscher Literatur und Religionslehre und ferner eine Fachprüfung mit freier Wahl der Prüfungsgegenstände.

Bayern dagegen kennt nur eine einheitliche schriftliche und mündliche Fachprüfung, in welcher zum Nachweis der allgemeinen Bildung ein deutscher Aufsatz verlangt wird.

Mit Recht wendet Prof. Duisberg ein, daß der allgemeine Bildungsnachweis bereits im Abiturientenexamen erbracht worden ist und daher im Oberlehrerexamen fortfallen sollte.

Die Prüfungsordnung in Preußen und Sachsen verbindet die Chemie mit der Mineralogie zu einem Fach.

Die Unterrichtskommission stellte außerdem als Grundsatz auf, daß die Lehrberechtigung in Chemie für obere Klassen in der Regel erworben werden soll, in Verbindung mit der vollen Lehrberechtigung für die beschreibenden und biologisch-naturwissenschaftlichen Fächer: „Zoologie mit Botanik, sowie Geologie“. Das entspricht den nach dieser Hinsicht mustergültigen bayerischen Bestimmungen. Es dürfte sich bei solcher Kombination dann von selbst ergeben, daß die Mineralogie der Geologie und nicht, wie in Preußen und Sachsen noch üblich, unmittelbar der Chemie angegliedert wird.

Es wurde bereits festgestellt, daß der Chemielehrer die Vorlesungen über Physik gehört und das dazu gehörige Praktikum mit Erfolg absolviert haben muß. Die Unterrichtskommission hält außerdem für erwünscht, daß die Lehrberechtigung in Physik wenigstens für mittlere Klassen erworben wird.

Andererseits sollen Chemie und Biologie als Nebenfächer da zulässig sein, wo Mathematik und Physik als Hauptfächer gewählt werden. Sehr beachtenswert erscheint der Vorschlag von Professor Duisberg, die Prüfung in den allgemein bildenden Fächern, — Philosophie, deutsche Literatur und Religionslehre —, welche in Preußen und Sachsen im Gegensatz zu Bayern von den Chemielehrern noch gefordert wird, in die Mitte des Studiums zu verlegen, selbstverständlich unter Abschluß der Pädagogik, da letztere das Endziel aller Studien bildet und daher nach Abschluß derselben examiniert werden muß. In diesem Vorexamen ließen sich auch diejenigen Fächer erledigen, welche der Kandidat als Nebenfächer gewählt hat, so daß er sich von der Zeit ab vollständig dem Studium der Hauptfächer widmen könnte.

Da besagte philologisch-theologische Fächer auf den technischen Hochschulen nicht gelehrt werden, so würde sich durch die Trennung der Examina ein Wunsch des Vereins deutscher Ingenieure leichter als bisher erfüllen lassen, welcher dahin geht: „den Technischen Hochschulen einen entsprechenden Anteil an der Oberlehrerprüfung in Mathematik, Physik und Chemie zu gewähren“.

Immerhin müßte auch dann noch ein Ausbau des biologischen Unterrichts auf den technischen Hochschulen durch Angliederung der Zoologie resp. Botanik stattfinden, soweit diese Fächer daselbst noch nicht vertreten sind, doch dürfte die Botanik durch das Examen für Nahrungsmittelchemie an den meisten Hochschulen bereits eingeführt sein.

Augenblicklich liegen die Verhältnisse so, daß in Preußen und Sachsen den Oberlehrern beim Studium der Naturwissenschaften nur drei Technische Hochschul-Semester angerechnet werden, während in Bayern die ganze Studienzeit auf Technischen Hochschulen ebenso wie auf einer Universität verbraucht werden kann.

Nach eingehender Erörterung der dritten und letzten Frage über die Ausbildung der Lehrer für die höheren Fachschulen stellte die Unterrichtskommission den Leitsatz auf:

„Die Chemielehrer an höheren Fachschulen sollten wissenschaftlich voll durchgebildete Praktiker sein. Da die mehrjährige praktische Ausbildung die Studienzeit erheblich verlängert, ist es dringend notwendig, daß die Gehälter für solche Lehrer an den Staatsanstalten erhebliche Aufbesserung erfahren.“

Die meisten Bezirksvereine haben sich zu den Leitsätzen der Unterrichtskommission gutachtlich geäußert.

Der zuletzt erwähnte Satz über die Lehrer an höheren Fachschulen hat keinerlei Äußerung hervorgerufen.

Zu dem Leitsatz 8, welcher lautet:

„Lehramtskandidaten, welche die Befähigung für den Unterricht in Chemie in allen Klassen erwerben wollen, brauchen nicht notwendig das Maß von Fertigkeit und Kenntnis zu besitzen, wie es ein vollständig durchgebildeter Chemiker haben muß, weil sie sonst nicht die nötige Zeit für die Ausbildung in ihrem zweiten Hauptfach, in der Regel Biologie, erübrigen würden“,

spricht Prof. Goldberg-Chemnitz. (Schriftführer des Bezirksvereins Sachsen-Thüringen) den Wunsch aus, daß die Mineralogie als zweites Fach, und zwar eher wie die Biologie, genannt werden solle.

Prof. Schulze-Dresden wünscht für die Realanstalten Lehrer, die Chemie als einziges Hauptfach und nur noch Biologie und Physik im Nebenfach haben sollen.

Bezirksverein Belgien ist der Meinung, daß ein gutes Examen in Chemie und Biologie (Botanik, Zoologie nebst Anthropologie) für alle Klassen schon allein ausreichend sein müßte. Eine umfassende Kenntnis in der allgemeinen Chemie schließt schon in sich, daß der Kandidat auch ein weitgehendes Verständnis in Physik haben muß.

Der Bezirksverein Oberrhein erachtet es für wünschenswert, daß für die Ausbildung der Lehramtskandidaten eigene Unterrichtsabteilungen an den chemischen Universitätsinstituten errichtet werden.

Den Leitsatz:

„Der Unterricht hat sich zu erstrecken auf allgemeine Vorlesungen in anorganischer, organischer und physikalischer Chemie und ausgewählte Kapitel der chemischen Technologie“

wünscht der Bezirksverein Rheinland dahin geändert, daß an Stelle der letzten sechs Worte die Fassung: und „chemische Technologie, soweit sie die Chemie des täglichen Lebens betrifft.“

Nach Ansicht der Unterrichtskommission sollen „Die praktischen Übungen den Kandidaten Fertigkeit im Experimentieren und in der Anfertigung von Präparaten, sowie Kenntnis der Analyse geben. Technische Exkursionen sind für ihre Ausbildung wünschenswert.“

Bezirksverein Rheinland würde die Fassung: „sowie Sicherheit in der qualitativen und Kenntnis der quantitativen Analyse“ vorziehen.

Bezirksverein Hamburg wünscht die Fassung: „einige Fertigkeit in der Analyse“.

Er ist außerdem gegen die in den Erläuterungen zu diesem Satz vorgeschlagene Methode zur Ablegung des Examens in Nebenfächern durch ein Kolloquium bei dem betreffenden Professor.“

Das Referat von Prof. Dr. Stockmeier lautet:

„Immer gewaltiger ertönen die Stimmen, daß der naturwissenschaftliche Unterricht, besonders auf dem Gebiete der Chemie und Biologie in den höheren Schulen, in Süddeutschland Mittelschulen genannt, und zwar in erster Linie auf den humanistischen Gymnasien, nicht die gebührende Berücksichtigung findet, die er angesichts des riesigen Fortschrittes auf sämtlichen naturwissenschaftlichen Zweigen zu fordern berechtigt ist. Das humanistische Gymnasium mit seiner vorzugsweise sprachlich-geschichtlichen Ausbildung erfreut sich noch heute des ungeschmälerten Zuzuges; aber man darf getrost behaupten, daß dieser von einem sehr großen, manchmal sogar dem größeren Teile der Schüler nicht aus Liebe zur Antike, sondern aus der praktischen Erwägung geschieht, daß das Maturum des humanistischen Gymnasiums die Berechtigung zum Studium aller Fakultätswissenschaften verleiht. Selbst die Philologen müssen zugeben, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil ihrer Schüler dem Lehrgange nur deshalb folgt, um endlich das ersehnte Ziel zu erreichen.

Eine freiere Gestaltung des Unterrichtes vermag nicht nur die teilweise recht bemerkbar gesunkene Lernfreudigkeit der Schüler zu heben, sondern sie führt diese auch zum Schaffensdrange auf Gebiete, welche ihrer Veranlagung und Neigung entsprechen. Aus diesem Grunde muß eine solche auch dem Philologen als eine Erlösung willkommen sein. Es ist bekannt, daß Schüler, welche auf philologischem Gebiete wenig leisten, auf mathematischem oder naturwissenschaftlichem Vorzügliches zu leisten imstande sind. Die Geschichte berühmter Männer liefert hierzu vielfache Beispiele. Zwar wird von den Gegnern unserer Reformbestrebungen darauf hingewiesen, daß eine sehr große Zahl von Geistesheroen der Naturwissenschaften dem Gymnasium ihre Vorbildung verdankt. Hierbei muß man aber in Erwägung ziehen, daß für viele von diesen eine andere Schulgattung als das Gymnasium nicht zur Verfügung stand, so daß der Gegenbeweis, eine andere Schule hätte das gleiche Ergebnis erzielt, nicht erbracht werden kann.

Durch eine Vertiefung des naturwissenschaftlichen Unterrichtes in den realistischen Schulen und

eine Pflege desselben an den humanistischen Gymnasien erleichtern sich die Pflichten des Erziehers gegenüber dem einzelnen Schüler, welcher nicht vorzugsweise nach der philologischen Seite hin veranlagt ist. Derartige Schüler finden aber umgekehrt wieder ein größeres Interesse an dem Schulunterrichte und werden alsdann auch mit größerer Freude den sprachlich-historischen Fächern folgen. Es ist aber auch eine berechtigte Forderung der Allgemeinheit, daß die Männer, welche durch Staatsverfassung und Gesetzgebung zukünftig berufen sind, auf das Schicksal ihrer Mitmenschen einzuwirken, eine möglichst allseitige und hier nicht zuletzt eine naturwissenschaftliche Ausbildung erhalten.

Mit Recht wird deshalb in dem von Gutzmer¹⁾ erstatteten Meraner Berichte der Unterrichtskommission der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte darauf hingewiesen, daß eine gründliche naturwissenschaftliche Bildung auch für die Abiturienten der humanistischen Gymnasien im höchsten Grade notwendig ist, jedenfalls so lange bei den herrschenden Verhältnissen, unter denen die humanistischen Anstalten an Zahl die realistischen in so hohem Maße übertreffen, die weit überwiegende Mehrzahl der Männer, die später in leitender Stellung auf die Gestaltung unseres öffentlichen Lebens Einfluß zu nehmen berufen sind, ihre Schulbildung dem humanistischen Gymnasium verdankt.

Bezüglich des chemischen und mineralogischen Unterrichtes äußert sich Duisberg²⁾, daß die Pflege der Anschauung und der planmäßigen Beobachtung, sowie die Erziehung der Schüler zum selbstständigen Folgern und Denken durch den in richtiger Weise betriebenen Chemieunterricht in ganz hervorragender Weise begünstigt wird. Auch sind wir der Meinung, daß ein bestimmtes Maß chemischer Kenntnisse für jeden Gebildeten, zumal aber für alle diejenigen, welche einen entscheidenden Einfluß in der Verwaltung, in der Gesetzgebung, wie im öffentlichen Leben an irgend einer Stelle desselben auszuüben berufen sind, unbedingt gefordert werden muß.

In ähnlichem Sinne hat sich auch der Verein deutscher Ingenieure ausgesprochen.

In den norddeutschen humanistischen Gymnasien ist bis jetzt Chemie in einer sehr stiefmütterlichen Weise, nämlich nur in einem Semester in der Oberprima, in Bayern gar nicht berücksichtigt worden.

Es ist klar, daß ein solcher Zustand auf Grund der vorangeschickten Auseinandersetzungen un-

¹⁾ Gutzmer, Reformvorschläge für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht 1905, S. 6.

²⁾ Z. f. angew. Chemie 19, 4 (1906).

haltbar erscheint, und deshalb spricht sich die Unterrichtscommission deutscher Naturforscher und Ärzte in ihrer Stuttgarter Resolution³⁾ vom vorigen Jahre dahin aus, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Einführung des biologischen und chemischen Unterrichtes auch in die oberen Klassen des Gymnasiums mit aller Entschiedenheit gefordert werden müsse.

Im Jahre vorher hat sich die Kommission damit beschieden, auf die klaffende Lücke in der naturwissenschaftlichen Gymnasialausbildung hinzuweisen und den berufenen Instanzen anheimzugeben, welche Stellung sie zu dem argen Zustande einnehmen wollen. Wenn wir die Stuttgarter Resolution auch durchaus für berechtigt halten, so haben wir doch aus Zweckmäßigkeitsgründen, besonders im Hinblick auf die Stellungnahme der Philologen zu unseren Reformbestrebungen uns nicht entschließen können, der Stuttgarter Resolution rückhaltlos zuzustimmen. Wir erachten es vielmehr zurzeit für richtiger, wenn wir unter Betonung des Grundsatzes der freieren Gestaltung des Unterrichtes den unentwegten Anhängern der sprachlich-geschichtlichen Ausbildung Gelegenheit geben, auf dem gleichen Wege wie bisher das Maturum zu erreichen; aber wir wollen auch, daß gleichzeitig den chemischen und biologischen Ansprüchen Rechnung getragen wird. Demzufolge ist unseres Erachtens die Gabelung des Gymnasiums die zurzeit einzig richtige Maßnahme, eine Änderung in den bisherigen Zuständen herbeizuführen. Die Gabelung in einen sprachlich-geschichtlichen und einen naturwissenschaftlich-mathematischen Zweig hätte von der 7. Klasse ab einzusetzen.

Bereits in dem von R a s s o w erstatteten Berichte unserer Unterrichtskommission⁴⁾ ist darauf hingewiesen, daß in diesem Falle auch dem altsprachlichen Zweige des gegabelten Gymnasiums künftig ein erhebliches Mehr an sprachlichen Stunden zugedacht und dadurch in dieser Abteilung die Ausbildung der Schüler erheblich weitergeführt werden kann, wodurch zugleich die Möglichkeit erwächst, die Mittelklassen von sprachlichen Stunden zugunsten der Naturwissenschaften zu entlasten und so auch den Schülern des philologischen Zweiges bessere naturwissenschaftliche Vorkenntnisse mit auf den Weg zu geben. Dies wird durch einen propädeutischen naturwissenschaftlichen Unterricht in der Untersekunda ermöglicht, so daß der mit dem Einjährigeneugnis abgehende Schüler wenigstens ein entsprechendes Maß von naturwissenschaftlichen Kenntnissen besitzt.

Zwar wird dem Vorschlage der Gabelung des Gymnasiums der Vorwurf gemacht, daß dadurch den Gymnasiasten, welche den sprachlich-geschichtlichen Zweig absolviert haben, doch nicht die Möglichkeit geboten worden sei, das von uns als notwendig erkannte Maß naturwissenschaftlicher Ausbildung zu erlangen. Wir wünschen aber bei unseren Reformvorschlägen für das Gymnasium zunächst keine Anwendung von Zwangsmaßregeln. Es wird sich bald zeigen, welcher Zweig von Vorteil

für den Richter, Verwaltungsbeamten usw. ist, und es kann nur im allgemeinen Interesse liegen, wenn aus den verschiedenen Zweigen des gegabelten Gymnasiums hervorgegangene Männer ein und derselben Fakultätswissenschaft nebeneinander im Staatsberufe und öffentlichen Leben den Wettlauf beginnen.

Leider hat sich auch das Realgymnasium mehr und mehr nach der sprachlichen Richtung hin entwickelt und den naturwissenschaftlichen Unterricht zurückgedrängt, so daß es heute vielfach als neusprachliches Gymnasium erscheint. An eine der jetzigen Zeit entsprechende, weitergehende naturwissenschaftliche Ausbildung der Realgymnasiasten, besonders auf biologischem Gebiete, muß deshalb gleichfalls in ernster Weise herangetreten werden. Obwohl bei den Realgymnasien in erster Linie anzustreben wäre, daß der sprachliche Unterricht auf Kosten des naturwissenschaftlichen zurückgedrängt würde, läßt sich vielleicht auch hier im Übergangsstadium auf dem Wege der Gabelung das Ziel eher erreichen.

Selbstverständlich ist bei der Gabelung vorausgesetzt, daß die von den verschiedenen Zweigen des humanistischen und Realgymnasiums abgehenden Schüler die gleiche Berechtigung besitzen müssen.

Bezüglich der Art und der Verteilung des Unterrichtes in der Chemie und Mineralogie erscheinen die nachfolgenden Gesichtspunkte als maßgebend. Sowohl in den Realgymnasien als auch Oberrealschulen und dem naturwissenschaftlichen Zweige der humanistischen Gymnasien wären für Chemie einschließlich Mineralogie pro Woche zwei Stunden einzusetzen. Die dritte in den derzeitigen Lehrplänen der Oberrealschulen vorgesehene Unterrichtsstunde soll zugunsten des biologischen Unterrichtes geopfert werden. Es ist daran festzuhalten, daß die Ausbildung weder auf der Erlangung einer Vielschere noch auf der breiten Hereinziehung theoretischer Betrachtungen beruhen darf, denn es soll sich bei dem Unterrichte an höheren Schulen nicht um die Erziehung des zukünftigen Chemikers oder Naturwissenschaftlers, sondern von Personen handeln, bei welchen die Naturwissenschaft einen Teil ihrer allgemeinen Ausbildung vorstellt. Demgemäß soll vor allem die Liebe zu den Naturwissenschaften durch einen weit ausgedehnten Anschauungsunterricht entflammt und die Chemie in gleicher Weise wie bisher, nicht etwa als spezielles Fach, sondern nur als ein Teil der gesamten Naturwissenschaften und deshalb induktiv behandelt werden. Wir unterschätzen durchaus nicht den Wert der physikalischen Chemie, aber als Bildungsmittel in den höheren Schulen darf sie nicht die Basis, sondern muß die Krone des Chemieunterrichtes bilden, nachdem der Schüler bereits über ein bestimmtes Maß von chemischen Kenntnissen verfügt, die ihm durch den Unterricht in der Experimentalchemie beigebracht wurden.

Der Meraner Bericht⁵⁾ enthält Vorschläge u. a. auch über den Lehrplan in der Chemie und Mineralogie für Oberrealschulen und Realgymnasien. Diese Aufstellung, auf deren Wiedergabe hier wohl verzichtet werden kann, darf nur die Grenzen be-

³⁾ G u t z m e r, Reformvorschläge für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht II. Teil, 1906, S. 4.

⁴⁾ Z. f. angew. Chemie 20, 387 (1907).

⁵⁾ loc. cit. S. 38.

zeichnen, innerhalb welchen sich der Unterricht bewegen soll, denn der Initiative des Lehrers muß in der Auswahl und Ausdehnung des Unterrichtsstoffes ein weiter Spielraum gewährt werden, um den Unterricht nach Neigung und Erfahrung zu gestalten. Es darf dem Schüler kein großes, wöglich unzusammenhängendes Einzelwissen aufgebürdet werden, die Hauptsache muß in der Erziehung zum chemischen Beobachten und Denken bestehen.

Hand in Hand mit dem chemischen Unterrichte sollten Schülerübungen, welche zum Verständnis zweifellos ungemein viel beitragen, gehen. Soll hier etwas erreicht werden, so muß wohl zwischen Oberrealschulen und Realgymnasien einerseits und humanistischen Gymnasien andererseits eine Trennung eintreten. Für die letzteren werden Veranstaltungen von Schülerübungen zunächst kaum in Betracht kommen, weil auch durch die Einführung einer zeitgemäßen naturwissenschaftlichen Ausbildung eine Überbürdung der Schüler und eine Opferung von Erholungsstunden niemals eintreten darf. Es ist angeregt worden, solche Übungsstunden als wahlfrei in das Programm aufzunehmen. Man wies darauf hin, daß trotzdem in der Regel alle Schüler sich an solchen Übungen beteiligten, wie die Erfahrungen z. B. an den Hamburger Realschulen und den meisten Berliner Realanstalten lehren. Eine wahlfreie Einführung der praktischen Übungen an den neunklassigen Lehranstalten müßte ich aber als eine verfehlte Maßnahme, trotz der Hamburger und Berliner Erfahrungen, erachten, denn es liegt nahe, daß ein Schüler, auch ohne inneren Drang, an solchen Übungen teilnehmen wird, weil er seinem Lehrer der Chemie gegenüber, der doch auch die Übungen leitet, aus naheliegenden Gründen nicht interesselos erscheinen möchte. Auf diese Weise opfert er nolens volens die Zeit, welche er zur körperlichen und geistigen Erholung oder Erlernung eines anderen Lehrstoffes aussersehen hatte.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die verschiedenen Unterrichtsgegenstände an den verschiedenen Unterrichtsanstalten in ungleicher Ausdehnung gelehrt werden müssen, und deshalb ist es in den Kauf zu nehmen, wenn an den humanistischen Gymnasien chemische Schülerübungen wegfallen. Sollen sie aber an den Realgymnasien und Oberrealschulen eingeführt werden, so muß dies in Form eines ordentlichen Lehrfaches geschehen.

Die Zeit wird es lehren, ob späterhin die humanistischen Gymnasien die Veranstaltung von Schülerübungen nicht auch als ein Bedürfnis empfinden. Zunächst begnügen wir uns aber mit der Erlangung eines verbesserten naturwissenschaftlichen Unterrichtes.

Die chemischen Schülerübungen hätten im Anschlusse an die Vorschläge der Unterrichtskommission der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte⁶⁾ im Röhrenbiegen, Filtrieren, Dekantieren, Destillieren, Sublimieren, Kristallisieren, Wägen, Messen u. dgl. m. zu bestehen. Vielleicht dürfte auch die Zusammenstellung kleinerer Apparate und die Kenntnis des Gebrauches von solchen Berücksichtigung finden. Ferner hätte es sich darum zu handeln, die im vorangegangenen Unter-

richte erworbenen Kenntnisse zu befestigen und die Beobachtungsfähigkeit zu schärfen. Zu diesem Zwecke wird besonders auf die Herstellung einfacher anorganischer und organischer Präparate unter Benutzung der Wage hingewiesen, an welche sich kleine Übungen anschließen können. Die stöchiometrischen Berechnungen sollen auf ein Mindestmaß beschränkt und nur so weit herangezogen werden, um das Verständnis für den quantitativen Verlauf eines Vorganges zu unterstützen.

Von hohem Werte erscheint auch die Besichtigung von chemischen Fabrikanlagen, (Gaswerken, Metallbearbeitungswerkstätten, Glashütten usw.). Durch sie wird zweifellos dem Schüler ein tiefes Verständnis für die volkswirtschaftliche Bedeutung aller auf chemischen Vorgängen beruhenden Fabrikationsverfahren erweckt.

Die Unterrichtskommission der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte hat sich auch eingehend mit der Frage des naturwissenschaftlichen Unterrichtes an Reformschulen, sechskursigen Realschulen und an den höheren Mädchenschulen befaßt und hierüber in dem von G u t z m e r erstatteten Stuttgarter Berichte auf Seite 19—56 eingehende Mitteilungen gebracht. Durch sie erscheint die Frage in einer derartig erschöpfenden Weise behandelt, daß wesentlich neue Gesichtspunkte nicht mehr hinzugefügt werden können und deshalb mag wohl der Hinweis auf diesen Bericht genügen.

In unserer Kommission kam unverhohlen zum Ausdruck, daß vor allem mit der an vielen höheren Mädchenschulen herrschenden Art der Unterrichtserteilung in der Chemie, welche lediglich in einem Auswendiglernen des Lehrstoffes ohne Experimente besteht, unter allen Umständen aufgeräumt werden müsse. Bei dem stetig zunehmenden Einflusse, den sich die Frau auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens erringt, liegt es im allgemeinen Interesse, daß den Mädchen an den höheren Schulen eine gediegene naturwissenschaftliche Ausbildung, insbesondere auch in der Chemie, zuteil wird.

Meine Ausführungen lassen sich durch die Resolutionen, welche bereits im R a s s o w sehen Berichte über die Sitzung der Unterrichtskommission des Vereins deutscher Chemiker hinsichtlich der Unterrichtsgestaltung an den höheren Schulen in den dort niedergelegten Sätzen 2a), b), c), d), 3, 4, 5, 6, und 7 zusammenfassen.“

Die von der Unterrichtskommission des Vereins⁷⁾ eingesetzten Referenten schlagen nun unter Berücksichtigung der z. T. sich stark widersprechenden Gutachten der Bezirksvereine der H a u p t v e r s a m m l u n g die Annahme folgender Leitsätze vor:

1. a) *Die Kommission wünscht, daß auf den höheren Lehranstalten weder eine einseitig sprachlich-geschichtliche, noch eine einseitig mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung gegeben werde.*

b) *Die Kommission erkennt die Mathematik und die Naturwissenschaften als den Sprachen durchaus gleichwertige Bildungsmittel an und hält zugleich fest an dem Begriff der spezifischen Allgemeinbildung der höheren Schulen.*

c) *Die Kommission erklärt die tatsächliche Gleichberechtigung der höheren Schulen (Gymnasien,*

⁶⁾ S. Meraner Bericht S. 41.

⁷⁾ Vgl. diese Z. 20, 387 ff. (1907).

Realgymnasien, Oberrealschulen) für durchaus notwendig und wünscht deren vollständige Durchführung.

2. a) Es ist dahin zu wirken, daß der den Naturwissenschaften innewohnende Bildungswert auf den Oberklassen der höheren Schulen voll zur Geltung kommt.

b) Die Kommission ist der Überzeugung, daß das in ihren Lehrplänen dargebotene Maß von naturwissenschaftlicher Bildung für ein volles, auf sicherer Grundlage ruhendes Verständnis des modernen Lebens unerlässlich ist.

c) Was die hum. Gymnasien betrifft, so hält die Kommission grundsätzlich an dem Standpunkte fest, daß eine gründliche naturwissenschaftliche Bildung nach Maßgabe der Meraner Lehrpläne auch für die Abiturienten dieser Anstalten im höchsten Grade notwendig ist, jedenfalls solange bei den herrschenden Verhältnissen, unter denen die hum. Anstalten an Zahl die realistischen in so hohem Maße übertreffen, die weitüberwiegende Mehrzahl der Männer, die später in leitender Stellung auf die Gestaltung unseres öffentlichen Lebens Einfluß zu nehmen berufen sind, ihre Schulbildung dem hum. Gymnasium verdanken.

d) Die Gabelung des Gymnasiums in einen philologisch-historischen und einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig, welche am besten schon von Obersekunda ab einzusetzen hat, bietet gegenwärtig die einzige Möglichkeit eines guten chemischen und biologischen Unterrichts, wenigstens für den Teil der Schüler, welcher dazu veranlagt ist und Sinn dafür hat.

3. In dem naturwissenschaftlichen Zweige der Gymnasien ist, ebenso wie an den Realgymnasien und Oberrealschulen, die Chemie (mit Mineralogie) mit wöchentlich zwei Stunden anzusetzen. Auf die dritte in den jetzigen Lehrplänen der Oberrealschulen vorgesehene chemische Unterrichtsstunde ist im Interesse der Verstärkung der Biologie in diesen Schulen zu verzichten.

4. Die Kommission ist der Meinung, daß in den Lehrplänen des Meraner Berichtes für den chemischen Unterricht eher zu viel als zu wenig verlangt ist, und daß die Lehrer angewiesen werden sollen, je nach ihrer Individualität den einen oder anderen Teil jener Pläne in den Vordergrund zu stellen.

5. Für die chemischen Übungen empfehlen sich kursmäßige Übungen, wie sie jetzt vielfach im Medizinerpraktikum an den Universitäten ausgeführt werden, indem der Lehrer die Experimente vormacht und die Schüler sie nachzuahmen haben. Übungen in der Analyse sind nur in ganz bescheidenem Umfang und womöglich in Anschluß an präparative Übungen (z. B. Zerlegung eines selbsthergestellten Salzes) auszuführen.

6. Durch den Unterricht wohl vorbereitete chemisch-technische Exkursionen sind in hohem Grade geeignet, das naturwissenschaftliche und wirtschaftliche Verständnis der Schüler zu wecken.

7. Die Grundsätze, welche in dem Stuttgarter Bericht für den naturwissenschaftlichen Unterricht an Reformschulen, Realschulen und höheren Mädchenschulen ausgesprochen werden, sind gutzuheißen.

Speziell erscheinen die Vorschläge für den Chemieunterricht an Realschulen und die darin hervorgehobene Betonung der praktischen Anwendung der Chemie im täglichen Leben (Gärungsvorgänge, Nahrungsmittel, Kohlehydrate, Fette, Seifen u. dgl.) sehr

zweckmäßig. Ganz besonders wichtig sind die Grundsätze über den chemischen Unterricht an den Mädchenschulen. An Stelle des jetzt vielfach üblichen, rein formalistischen und ohne Experimente gegebenen Unterrichtes bedarf es hier gerade einer breiten experimentellen Basis und eines ständigen Hinweises auf die Wichtigkeit chemischer Vorgänge für alle Zweige des täglichen Lebens.

8. Lehramtskandidaten, welche die Befähigung für den Unterricht in Chemie in allen Klassen erwerben wollen, brauchen nicht notwendig das Maß von Kenntnissen und Fertigkeiten zu besitzen, wie es ein vollständig durchgebildeter Chemiker haben muß, weil sie sonst nicht die nötige Zeit für die Ausbildung in ihrem zweiten Hauptfach (in der Regel Biologie) erübrigen würden.

Der Unterricht hat sich zu erstrecken auf allgemeine Vorlesungen in anorganischer, organischer und physikalischer Chemie und einen elementaren Abriss der chemischen Technologie.

Die praktischen Übungen sollen den Kandidaten Fertigkeit im Experimentieren und in der Anfertigung von Präparaten sowie Übung in der qualitativen und einige Kenntnisse der quantitativen Analyse einfacher Verbindungen geben. Technische Exkursionen sind für ihre Ausbildung wünschenswert.

9. Die Chemielehrer an höheren Fachschulen sollten wissenschaftlich voll durchgebildete Praktiker sein. Da die mehrjährige praktische Ausbildung die Studienzeit erheblich verlängert, ist es dringend notwendig, daß die Gehälter für solche Lehrer an den Staatsanstalten eine erhebliche Aufbesserung erfahren.

10. Für die Zulassung als ordentlicher Studierender der Chemie muß das Abgangszeugnis einer neunklassigen höheren Schule oder einer gleichwertigen Anstalt unbedingt gefordert werden.

Diese Leitsätze, sowie die folgende Resolution:

„Der Verein deutscher Chemiker schließt sich den von seiner Unterrichtskommission im allgemeinen gutgeheißenen Grundsätzen der Schulkommission der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte über den mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht an. Er sieht aber, solange die Zahl der humanistischen Gymnasien diejenige der Realgymnasien und Oberrealschulen derartig überragt, wie dies zurzeit der Fall ist, in der Gabelung der Gymnasien und Realgymnasien gegenwärtig die einzige Möglichkeit, wenigstens einem größeren Teil der Schüler der höheren Lehranstalten ein ausreichendes Maß von chemischen und biologischen Kenntnissen mit auf den Weg zu geben.

Der Verein billigt die Leitsätze, welche seine Unterrichtskommission über die bessere Ausgestaltung des Chemieunterrichts an Mittel- und Hochschulen und die dementsprechende Ausbildung der zukünftigen Chemielehrer während ihres Studiums an den Hochschulen ausgesprochen hat, und wie sie in der Zeitschrift für angewandte Chemie, Heft 20, abgedruckt sind, und verlangt ausdrücklich für die Zulassung zum vollberechtigten Studium der Chemie dieselbe Vorbildung, wie für jeden anderen Beruf, nämlich ohne Ausnahme das Reifezeugnis einer neunklassigen Schule oder einer gleichwertigen Anstalt.

Dem von der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte geplanten Ausschuß zur Wah-

rung der gemeinsamen Interessen des Unterrichts wesens schließt sich der Verein deutscher Chemiker an und überläßt es dem Vorstand, geeignete Vertreter aus der Zahl der Vereinsmitglieder ausfindig zu machen und in den Ausschuß zu entsenden“

werden einstimmig angenommen. Die Tätigkeit der Unterrichtskommission des Vereins deutscher Chemiker ist damit abgeschlossen.

13a. Antrag des Vorstandes.

(S. S. 1464.)

Vors.: „Ich darf wohl im Namen des Vorstandes Herrn Dr. K l o e p p e l, der auch gestern diesen Antrag des Vorstandes vertreten hat, bitten das Wort zu nehmen und darüber zu referieren.“

Dr. K l o e p p e l: „M. H.! Nach den eingehenden und von Ihrem Beifall begleiteten Ausführungen des Herrn Vors. zur Karenzfrage in seinem heutigen Vortrage glaube ich, bei der Begründung der Anträge des Vorstandes und des Vorstandsrates mich kurz fassen zu können.“

(Redner bespricht und begründet nunmehr die Anträge in analoger Weise wie bei den Verhandlungen des Vorstandsrates; vgl. S. 1465ff. dieser Z.).

„Es läßt sich natürlich, wenn man einen derartigen Antrag formuliert, insbesondere wenn man sich bemüht, ihn in eine gesetzgeberische Form zu gießen, außerordentlich viel über die Fassung streiten, und es wird Ihnen aus der gedruckt vorliegenden Fassung z. B. der Frankfurter Herren ersichtlich sein, daß dort auf Grund längerer Beratungen versucht worden ist, in einzelnen Punkten teils sachliche, teils formelle Abänderungen vorzunehmen. Diese und einige andere Anregungen sind in der gestrigen Sitzung des Vorstandsrates eingehend diskutiert worden. Man hat sich jedoch schließlich dahin entschlossen, die Anträge, wie sie seitens des Vorstandes formuliert waren, anzunehmen, einerseits deshalb, weil es uns ja in erster Linie darauf ankommt, das große Prinzip festzulegen, andererseits deshalb, weil es in dieser Frage für den Erfolg, den wir erzielen wollen, von größter Bedeutung ist, daß wir hier im Verein deutscher Chemiker einig gehen mit dem Verein der Fabrikanten, dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie. Ich erlaube mir daher, Ihnen namens des Vorstandes und des Vorstandsrates die Annahme der gedruckten Vorschläge zu empfehlen.“

Vors.: „In Ergänzung dessen, was Herr Dr. K l o e p p e l ausgeführt hat, möchte ich noch erwähnen, daß der Konkurrenzantrag des Frankfurter Bezirksvereins in eingehendster Beratung gestern — wir haben die beiden Anträge zusammen behandelt — gefallen ist, und daß er infolgedessen hier nicht mehr zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Wir haben es heute also nur noch mit dem Antrage des Vorstandes zu tun, den ich hiermit nach dem Referat des Herrn Dr. K l o e p p e l zur Debatte stelle. Wünscht einer der Herren das Wort hierzu?“

Dr. H a a g n - H a n a u: „M. H.! Zu diesem Antrage und zu dem Antrage des Frankfurter Bezirksvereins, über den nicht mehr abgestimmt werden kann, möchte ich gern noch einige Worte sprechen zur Erläuterung der Art und Weise, wie im Frankfurter

Bezirksverein diese Angelegenheit behandelt worden ist. Ich möchte betonen, daß wir im Frankfurter Bezirksverein es doch für sehr wichtig gehalten haben, daß sich der Verein deutscher Chemiker mit dieser Frage in einer Weise beschäftigt, daß er nicht bloß den Antrag des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie annimmt, sondern daß er selbständig Stellung nimmt.

M. H.! Man sucht der sozialpolitischen Bewegung im Chemikerstande Rechnung zu tragen. Man hört auf allen Seiten: gerade der Verein deutscher Chemiker wäre berufen, in dieser Hinsicht segensreich zu wirken, und ich gestehe gern zu, daß ich durchaus anerkenne, daß der Antrag des Vorstandes sehr wohl diskutabel ist. Ich halte nur die Form, den Antrag des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie ohne weiteres zu dem unserigen zu machen, nicht für ganz richtig. Es wäre vielleicht besser gewesen, wir hätten in einer Resolution beschlossen, daß wir den Antrag als annehmbar bezeichnen, statt ihn kurzerhand zu dem unserigen zu machen.“

Vors.: „Ich danke dem Herrn Vorredner, daß er mir Gelegenheit gibt, auf seinen Einwand kurz zu erwidern. Meine Stellung zu den sozialpolitischen Fragen habe ich heute morgen, glaube ich, ausführlich dargetan. Meiner Ansicht nach ist in der Karenzfrage das gerade Gegenteil von dem, was der Herr Vorredner gemeint hat, für den Verein deutscher Chemiker zurzeit das Zweckmäßige. Nur auf dem Wege der Vermittlung können wir zurzeit etwas erreichen, weil wir in dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie die Anregung gegeben haben, fallen auch alle Bedenken, uns dem Vorgehen jenes Vereins anzuschließen. Das allein sind die Motive, die uns und die Mehrzahl der Mitglieder des Vorstandsrates veranlaßt haben, gegen den Antrag des Frankfurter Bezirksvereins zu stimmen, obgleich man sehr darüber streiten kann, ob das eine oder das andere richtig und besser ist. Auf die Fassung selbst kommt es gar nicht so sehr an. Sie glauben doch selbst nicht, daß dieser Vorschlag überhaupt je Reichsgesetz wird. Ich wenigstens halte das für ausgeschlossen; denn das kann weder die Textilindustrie, noch die Eisenindustrie, noch die Bergbauindustrie noch sonst eine andere Industrie mitmachen, dazu ist nur die chemische Industrie imstande, und bis jetzt war es nicht üblich, Spezialgesetze für einen einzelnen Industriezweig zu erlassen, weil man die Grenzen nicht ziehen kann. Aber sowohl wir, wie der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie bzw. sein Vorstand wollen, daß die Vorschläge, auch wenn sie nicht Gesetz werden, dennoch gelten sollen; es sollen die Normen für die Praxis sein. Es handelt sich also mehr darum, das Prinzip der bezahlten Karenz so schnell als möglich durchzusetzen; denn es gibt heute noch eine ganze Reihe von Verträgen, in denen gegen dieses Prinzip gesündigt wird. Der gute Wille ist jetzt vorhanden, also klauben wir nicht an der Fassung im einzelnen herum! Es ist etwas erreicht worden, was viel weiter geht als die Beschlüsse der Reichstagskommission.

Das ist der Standpunkt, den der Vorstand und der Vorstandsrat einnehmen, und ich glaube, auch der Herr Vorredner sowie der Frankfurter Bezirksverein wird diesen Standpunkt gelten lassen und

dem Antrag ebenfalls zustimmen können. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir ihn einstimmig und einmütig hier durchbringen.“ (Bravo!)

Dr. Hesse-Berlin: „Nach den Darlegungen des Herrn Vors., sowie nach dem Fallen des Frankfurter Antrags hat es eigentlich keinen Zweck mehr, den Frankfurter Antrag noch in irgend einer Weise zu beleuchten. Es ist vielleicht auch zwecklos, heute irgend eine sozialpolitische Debatte hervorzurufen; denn wie der Herr Vors. ganz richtig hervorgehoben hat, wird wahrscheinlich noch sehr viel Wasser den Rhein herunterlaufen, bis dieser Beschluß Reichsgesetz wird. Ich möchte aber doch meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der Antrag des Frankfurter Bezirksvereins gestern gefallen ist, weil ich gewünscht hätte, daß die unstreitig vorhandene Unzufriedenheit heute ihren Ausdruck hätte finden können. Wenn wir uns jetzt, nachdem der Frankfurter Antrag gefallen ist, möglichst einmütig auf den Antrag des Vorstands vereinigen, wenn alle auch sicher gern diesen Vorschlag als eine große sozialpolitische Tat des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie und besonders als ein ganz hervorragendes Verdienst unseres verehrten Vorsitzenden anerkennen — denn er allein ist der wesentlichste Förderer dieser Angelegenheit gewesen —, so sollte meinem Empfinden nach der Verein deutscher Chemiker doch von dem heutigen Tage die Lehre mit nach Hause nehmen: Etwas mehr Dampf hinter die Sozialpolitik im Verein!

Ich möchte deshalb dem Vorstand zur Erwägung anheimgeben, zur Überbrückung der zweifellos vorhandenen Gegensätze einen Ausschuß für Sozialpolitik in unserem Verein zu schaffen, der nicht aus dem Vorstand besteht, wohl aber von einem hierfür besonders geeigneten Vorstandsmitgliede geleitet werden könnte, der alsdann die Wünsche des Ausschusses dem Gesamtvorstande übermitteln könnte. An diesen Ausschuß könnten auch die Beschwerden herangebracht werden, die jetzt in Zeitungen erhoben werden. Ich glaube, dadurch ließe sich besser als durch Zeitungs-polemik ein Ausgleich der Gegensätze schaffen und ein Aufeinanderplatzen dieser Gegensätze verhüten. Meiner Ansicht nach ist gerade unser Verein der geeignetste Boden dazu, da er Angestellte und Unternehmer umfaßt, und da wir auch das Vergnügen haben, so viele Hochschullehrer und sonstige neutrale Persönlichkeiten unter uns zu sehen, die in versöhnendem Sinne wirken könnten.“

Vors.: „Herr Kollege Hesse hat den Vorschlag gemacht, einen Ausschuß für Sozialpolitik zu bilden, durch den auch Beschwerden unserer Mitglieder zur Erledigung kommen sollen. Ich meine, das ist theoretisch sehr schön, aber praktisch nicht durchzuführen. Wir haben uns ja in Nürnberg in einer längeren Debatte mit diesem Gegenstande beschäftigt. Das läuft ja fast, wenn ich den Herrn Vorredner recht verstanden habe, auf ein Schiedsgericht hinaus. (Dr. A. Hesse: „Nein, um Gottes Willen nicht!“) Was wollen Sie denn? Sie haben ja die Rechtsauskunftsstelle! Was soll daneben noch ein besonderer Ausschuß? Wenn Sie mir, bitte, einige praktische Winke geben wollten, wie die Sache gemeint ist, so wäre ich Ihnen sehr dankbar. Soll dieser Ausschuß Vorschläge machen oder Anträge

stellen? Jedes Mitglied des Vereins hat ja schon jetzt das Recht, dies zu tun, und alle Anträge ohne Ausnahme müssen, wenigstens im Vorstandsrat, verhandelt werden.

Ich möchte also von dem Herrn Vorredner gern einmal hören, wie er sich einen solchen sozialpolitischen Ausschuß in unserm Verein denkt, sowohl in seiner Zusammensetzung, wie auch hinsichtlich der Aufgaben, die ihm gestellt werden sollen, wie vor allen Dingen hinsichtlich der Lösung dieser Aufgaben, damit wir im Vorstand und im Vorstandsrat in Beratung darüber treten, ob es sich empfiehlt, einen derartigen Ausschuß ins Leben zu rufen.“

Dr. Hesse: „Ich denke mir den sozialen Ausschuß vielleicht aus 5–7 Mitgliedern: zum größeren Teile jüngere Angestellte, aber auch Arbeitgeber, und als neutrale Mitglieder ein oder zwei Akademiker. Es soll keine beschlußfassende, sondern eine sammelnde, vorbereitende Kommission sein. Über die weiteren Einzelheiten habe ich mir noch kein klares Bild gemacht. Ich spreche aus rein theoretischen Erwägungen heraus, denn ich habe keinerlei persönliches Interesse an dieser Frage. Ich bin weder Angestellter noch Unternehmer im eigentlichen Sinne des Antrages. Aber ich habe geglaubt, öffentlich darauf hinweisen zu sollen, daß es sehr wünschenswert wäre, den Bestrebungen der Angestellten etwas mehr entgegenzukommen und eine Möglichkeit zu schaffen, daß diejenigen, die sich gedrückt fühlen und aus diesem Grunde unzufrieden sind, ihre Anschauungen zur Geltung bringen können. Meiner Auffassung nach sollte gerade der Verein deutscher Chemiker mehr als um alles andere sich um die wirtschaftliche Lage der angestellten Chemiker bemühen. Dadurch wird er auch denen das Wasser abgraben, die versuchen wollen, einen Konkurrenzverein ins Leben zu rufen.“ (Sehr richtig.)

Vors.: „M. H.! Die Sorge, daß ein Konkurrenzverein entsteht, teile ich nicht. (Zuruf: Da sind Sie sehr optimistisch!) Gewiß, ich bin sehr optimistisch in der Sache, weil ich nicht glaube, daß gebildete Chemiker so töricht sind, und die Zwecklosigkeit bzw. Schädlichkeit einer derartigen gewerkschaftlichen Organisation nicht einzusehen. Ich habe mich ja heute morgen eingehend darüber geäußert. Der Ausschuß, wie ihn der Herr Vorredner denkt, ist eigentlich schon im Vorstande verkörpert. Sie haben in dem Herrn Geheimrat Prof. Dr. Delbrück den Akademiker als Unparteiischen, zu dem sich demnächst noch Herr Geheimrat Prof. Dr. Hempel zugesellt. Herr Dr. Carstens ist als Vertreter der reinen Angestellten gewählt, und schließlich rechnen die Herren Dr. Krey, Lütty und ich als Direktoren von Aktiengesellschaften, doch auch zu den Angestellten. Wir können sogar jeden Tag und ohne Grund unserer Stellungen enthoben werden, was bei den Chemikern in der Industrie nicht der Fall ist. Aber allerdings, weil wir von der Pike auf gedient und uns durch alle Stellungen des Chemikerstandes hindurchgearbeitet, etwas geleistet, die Industrie mit groß gemacht haben, gelten wir nicht mehr als angestellte Chemiker. Obgleich wir den Chemikerstand im Gegensatz zu früher, außerordentlich gehoben, zu Ansehen gebracht haben, rechnen wir nicht mehr

mit. Man will uns das soziale Empfinden absprechen, obgleich es gerade bei uns am meisten vertreten ist, und wir, als erfahrene und gereifte Männer, unserem Stande mehr nützen können, als die jungen unerfahrenen, ohne Kenntnis der Wirklichkeit. Das ist aber das Zeichen unserer Zeit, daß jeder, der sich Verdienste erworben, der sich in gehobener Stellung befindet, als belastet gilt und in sozialen Fragen nicht mitsprechen darf. Gegen einen solchen Standpunkt allerdings wehre ich mich, wo ich kann, und lasse mir mein warmes Empfinden für alle Fragen unseres Berufs und Standes nicht absprechen. Dagegen habe ich gegen einen Ausschuß, der soziale Angelegenheiten für den Vorstand vorbereiten und entsprechende Vorschläge machen soll, die dann der Beschlußfassung des Vorstandes unterliegen, nichts einzuwenden.

Da der Leiter der Rechtsauskunftsstelle jetzt anwesend ist, und damit Sie in Ergänzung des Referats über dieselbe von ihm selbst hören, wie diese gearbeitet hat, bitte ich Herrn Prof. Osterrieth, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Osterrieth: „M. H.! Ich will der freundlichen Aufforderung Ihres Herrn Vorsitzenden gern nachkommen, obwohl ich Ihnen eigentlich nur wenig mitzuteilen habe. Die Rechtsauskunftsstelle besteht seit dem 1. Januar, und vom 1. Januar bis vorgestern sind 22 Anfragen an mich gekommen. Es handelte sich in allen Fällen, abgesehen von einem, um Anfragen von angestellten Herren. Diese Anfragen bezogen sich hauptsächlich auf die Karenzklausel, nämlich etwa in 50% aller Fälle. In einigen Fällen handelte es sich um die Frage der Rechte an der Erfindung des Angestellten. In fünf oder sechs Fällen handelte es sich um die Bedingungen der Kündigung. Außerdem kamen noch einige weitere Anfragen hinzu, die uns hier weniger interessieren. Nun sind ja die Anfragen, die von den Herren gestellt worden sind, im Durchschnitt nicht leicht zu beantworten. Nehmen wir an, ein Angestellter, der eine Konkurrenzklausel hat, die schon vor ein paar Jahren abgeschlossen worden ist, habe irgend einen Grund, aus einem Geschäft auszutreten, vielleicht weil sich ihm Gelegenheit bietet, in einem anderen Geschäft eine günstigere Stellung anzunehmen, aber die Konkurrenzklausel steht ihm entgegen. Nun kommt regelmäßige Frage: Was kann ich tun? Die betreffende Stelle, die sich mir bietet, ist sehr angenehm, in meiner jetzigen Stellung sind mir Unzuträglichkeiten entstanden, die mich veranlassen, über kurz oder lang den Austritt ins Auge zu fassen. Ich habe jetzt eine günstige Gelegenheit, aber die Konkurrenzklausel bindet mich drei Jahre hindurch für ein weites örtliches Gebiet und für ein bestimmtes Fach, jedoch wird mir meine Karenz nicht vergütet. Ich werde in meinem Fortkommen gehemmt, können Sie mir den Rat geben, daß ich einfach die Konkurrenzklausel ignoriere und in ein anderes Geschäft eintrete? Auf eine solche Frage läßt sich eine bestimmte Antwort selbstverständlich nicht geben; denn alle Herren, die sich mit der Frage auch nur oberflächlich beschäftigt haben, wissen, daß die Rechtsprechung schwankend ist, und daß vor allen Dingen selbst die einigermaßen feststehenden Grundsätze der Rechtsprechung sich auf den einzelnen Fall nicht so unmittelbar anwenden lassen, so daß

man daraus keine bestimmte Antwort herleiten kann. Infolgedessen habe ich immer den Versuch gemacht, die Herren über die Rechtslage aufzuklären und ihnen die verschiedenen in Betracht kommenden Gesichtspunkte zu erläutern, um ihnen dann die Entschließung selbst anheim zu geben. Das ist im Grunde die wesentlichste Tendenz fast aller Auskünfte gewesen, die ich habe geben können. Wenn etwas Gutes und Dauerndes bei einer solchen Tätigkeit der Rechtsauskunftsstelle herauskommen wird, so kann es nach dem, was ich Ihnen andeutete, nur darin liegen, daß beide Teile, namentlich aber die Angestellten, die sich beim Abschluß solcher Verträge in der Regel noch nicht mit geschäftlichen und rechtlichen Fragen befaßt haben, sich alle in Betracht kommenden Punkte genau überlegen und daß sie, bevor sie eine Entschließung fassen, zur Vorsicht gemahnt werden, daß ihnen geraten wird, keine Schritte zu tun, wodurch sie ihre Stellung verschlechtern können. Ich gebe zu, daß ich selbst manchmal die Empfindung hatte: Es ist bedauerlich, daß ich den betreffenden Herren nicht einen besseren, einen sichereren Bescheid geben konnte; aber selbstverständlich kann die Rechtsauskunftsstelle nichts tun, als sie auf das bestehende Gesetz hinzuweisen und den Herren zu empfehlen, sich mit dem bestehenden Recht nicht in Konflikt zu bringen.“

Dr. Ing. Carstens: „Ich möchte Herrn Dr. Hesse fragen, ob ich seine Anregungen, die mir sehr interessant waren, richtig verstanden habe. Meiner Auffassung nach soll es sich bei seinem Vorschlage wohl um eine Art Zentralstelle zur Vorbereitung von sozialpolitischen Anträgen handeln, die also unabhängig vom Vorstande wirken würde und derartige Anregungen, die von den Bezirksvereinen und von einzelnen Mitgliedern ausgehen, zu verarbeiten hätte für Anträge, die später der Hauptversammlung vorzulegen wären.“

Dr. Hesse: „M. H.! Ich muß aus der Tatsache, daß unser Herr Vorsitzender mir widersprochen und Herrn Prof. Dr. Osterrieth aufgefordert hat, über die Karenzzeit etwas zu reden, entnehmen, daß ich nicht verstanden worden bin. Vielleicht kommt dies daher, daß ich unvorbereitet spreche. Ich glaube, Herr Dr. Carstens hat mich eher richtig verstanden, wenn er annimmt, dieser soziale Ausschuß sollte sich bemühen, Material beizubringen zur Beratung und Verbesserung aller derjenigen Verhältnisse, die hier in Betracht kommen, und er sollte Anträge für die Hauptversammlungen vorbereiten und deren Beratungen in den Bezirksvereinen anregen. Ich stehe keineswegs einseitig auf Seiten der Angestellten. Meiner Auffassung nach würde z. B. der vorliegende Karenzantrag, wenn er Reichsgesetz würde, von kleineren Firmen nicht erfüllt werden können. Meinem Gefühl nach sollte bei der Bezahlung der Karenzzeit sehr wesentlich differenziert werden. Ist der Betreffende, dem die Karenzzeit auferlegt wird, als junger Mann in den Betrieb hineingekommen, nach einigen Jahren hinausgegangen, nachdem ihm Geheimnisse mitgeteilt worden sind; soll er dann als Entschädigung für die Geheimhaltung sein volles Gehalt verlangen können? Für ebenso ungerecht halte ich es aber auf der anderen Seite, wenn ein Angestellter, der längere Jahre im Betriebe tätig war

und seiner Firma Großes geleistet hat, nur durch Zahlung seines Gehaltes befriedigt werden soll; denn es kommt sehr häufig vor, daß ein älterer Angestellter ein kleineres Gehalt, aber vielleicht das Sechs- oder Achtfache an Tantiemen bezieht. Wenn er nun seine Stelle verläßt, so bekommt er nur sein Gehalt; denn von Tantiemen steht nichts in dem Antrage. (Vors.: Standesgemäß!) Dieser Ausdruck ist doch sehr unbestimmt. Aus obigen Gründen würde ich es lieber gesehen haben, wenn der Frankfurter Antrag angenommen worden wäre.“

Vors. (unterbrechend): „Gestatten Sie mir eine kurze Unterbrechung: In dem Antrage ist statt „seinem Stande entsprechende“ angenommen worden „seiner Stellung entsprechende“; es ist in diesem Punkte der Frankfurter Antrag angenommen worden.“

Dr. Hesse: „Wenn das bedeuten soll, daß bei Bezahlung der Karenzzeit das Gesamteinkommen berücksichtigt werden soll, so würde allerdings ein Teil meiner Bedenken hinfällig sein. Dann aber wäre die Formulierung des Antrages in dieser Richtung hin sehr unbestimmt.“

Aber ich meine, um auf meine Anregung zurückzukommen: Warum sollen wir uns nicht, da wir uns doch nun zum zweiten Male mit einer sozialpolitischen Frage beschäftigen, die den Chemikerstand angeht, aus den Bezirksvereinen Leute herausuchen, die solchen Fragen Interesse und Verständnis entgegenbringen, damit in einem kleinen Kreise diese Fragen sorgfältig bearbeitet werden. Hoffentlich hat meine Anregung wenigstens das Resultat, daß der Vorstand dieser wichtigen Frage erneut seine volle Aufmerksamkeit schenkt.“

Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne: „Ich halte die Ausführungen des Herrn Dr. Hesse für recht beachtenswert und möchte dem Vorstand ans Herz legen, in dieser Frage nicht zu sanguinisch zu sein. (Sehr richtig!) Ich möchte empfehlen, alles zu vermeiden, was das Vertrauen der angestellten Chemiker unter den Mitgliedern unseres Vereins vermindern könnte. Ich glaube, in der überwiegenden Mehrzahl haben diese das Vertrauen, daß ihre Interessen in jeder Richtung in unserem Verein gewahrt werden. Wenn wir da des Guten sogar zuviel tun, wenn wir selbst etwas Überflüssiges tun, so wird das ganz gewiß nichts schaden und wohl auch im Sinne des verehrten Herrn Vorsitzenden sein.“

Einen direkten Vorschlag habe auch ich nicht zu machen; aber ich glaube, wenn alles Material, was in dieser Richtung beschafft werden kann, von freiwilligen Mitarbeitern des Vorstands zusammengebracht und in die Hände eines Vorstandsmitglieds gelegt wird, wird man das nur dankbar annehmen können.“

Dr. Fleming: „M. H.! Ich glaube, daß die angestellten Chemiker die Ausführungen des Herrn Vorsitzenden von heute früh mit großer Freude aufnehmen werden. Trotzdem habe ich die leise Befürchtung, daß das, was der Vorstand im Auge hat, doch nicht ganz dasjenige ist, was in weiten Kreisen der Angestellten gewünscht wird, und deswegen möchte ich die Anregung des Herrn Dr. Hesse, die ja noch nicht formuliert ist und dadurch vielleicht ein wenig zu Mißverständnissen geführt hat, doch der Beachtung empfehlen. Ich denke mir die Sache etwa so. Unser Verein deutscher Che-

miker umfaßt sämtliche Kategorien von Chemikern. Es befinden sich darunter die selbständigen Laboratorienvorstände, die überhaupt wenig Interesse an der Bearbeitung dieser Frage haben; ferner sind da die Unternehmer und die Angestellten in einer Gruppe vereinigt. Es wurde uns soeben vom Herrn Vorsitzenden zugerufen: Bringt Anträge ein usw. Ich glaube aber, es ist für den einzelnen sehr schwierig, teils weil er allerlei Rücksichten zu nehmen hat, teils weil er gar nicht weiß, was für seine gleichstrebenden Kollegen das Richtige ist. Da, meine ich, könnte es von Vorteil sein, wenn ein derartiger Ausschuß oder irgend eine derartige Zentralstelle bestünde, wo diejenigen Chemiker, die gleichliegende Interessen haben, sich zunächst beraten könnten, um dann fertige und brauchbare Projekte vorlegen zu können, was den einzelnen eben nicht gut möglich ist.“

Dr. Wiegand: „M. H.! Ich bin niemandes Angestellter und komme als Arbeitgeber auch kaum in Betracht. Ich habe aber eine große Anzahl Studienfreunde, die in der Hauptsache Angestellte sind. Ich habe eine Anzahl von Studienfreunden, die in der Wahl ihres Vaters vorsichtig waren und infolgedessen heute in der Lage sind, als Leiter — oder wenigstens nominelle Leiter — größerer Werke als Arbeitgeber in Betracht zu kommen. Ich habe mit vielen von diesen Herren über die Frage gesprochen. Ich glaube aber doch, daß es eine ganze Zeit her ist, in der man mit 2000—3000 M auskommen konnte. Es ist heute ungemein schwer, mit 2000—3000 M zu leben, zumal wenn man 26, 28, 30 Jahre alt geworden ist und zu heiraten beabsichtigt, ohne über größeres Vermögen zu verfügen. Ich glaube, es ist schon sehr lange her, daß unser verehrter Herr Vorsitzender Angestellter in dem Sinne gewesen ist, wie wir heute hier von Angestellten sprechen. (Vors.: „Nicht sehr lange!“) Ich meine, daß vielleicht unser Herr Vorsitzender Herrn Dr. Hesse, der, wie ich weiß, auch sehr viel Bekannte in Angestelltenkreisen hat, nicht ganz richtig verstanden hat, wenn er sagt: Wir, der Vorstand, sind ja doch da, um alle solche Wünsche und Anregungen entgegenzunehmen. Es ist ein sehr großer Unterschied, ob ich zu jemand hingehe, mit dem ich mich duze und mit ihm meine Lage bespreche, oder ob ich irgend jemand, den ich als fernerstehende Respektperson behandeln muß, meine Wünsche vortrage. Wenn wir hier einen sozialpolitischen Ausschuß — oder nennen Sie ihn, wie Sie wollen — haben, der meinerwegen unter der Leitung eines erfahrenen Großindustriellen, sei es nun ein Besitzer oder Leiter einer Firma, steht, und dem daneben noch ein oder zwei Herren vom Lehrkörper — ein Assistent und ein Professor — und zwei Angestellte mit, sagen wir, 2500 M Gehalt angehören, die im Laboratorium stehen, Leute, die wissen, wie trostlos und aussichtslos mitunter ihre Karriere ist — denn sie können ja nicht alle in hohe Stellen kommen —, so liegt das ganz anders. Diese letzteren sind Leute, die Wünsche und Beschwerden haben, die eine solche Bitternis und einen solchen ehrlichen Ärger in sich hineingefressen haben, daß ein Fernstehender sich davon gar keine Vorstellung machen kann. Sollte man diesen Mitgliedern nicht die Möglichkeit geben, ihre Wünsche auf diese Weise in eine bessere Form zu bringen und ihnen zur Erfüllung zu verhelfen,

indem man sie in die Lage setzt, mit Leuten in Verbindung zu treten, denen sie ihr ganzes Herz ausschütten, ich will sogar sagen: ihr ganzes Vertrauen schenken, — ohne damit behaupten zu wollen, daß die Angestellten nicht auch dem Vorstand ihr Vertrauen schenken können. Mit einem solchen Ausschuß wäre gerade den Anständigen unter den Angestellten gedient, die nicht gleich auf den Markt gehen und schreien: Wir werden hier vergewaltigt! sondern die schlecht und recht mit ihrem kleinen Einkommen auszukommen suchen, die sich mit allen möglichen Nebenarbeiten beschäftigen, um noch ein paar Hundert Mark hinzuzuverdienen. Mit einer solchen Kommission wäre gerade diesen Elementen unter den Angestellten gedient, indem man ihnen die Möglichkeit gibt, sich über ihre Lage zu äußern, statt sie dorthin zu drängen, wo sie als Agitationsmaterial verwendet werden. Gewiß kann jemand, der tüchtig und zuverlässig ist, verhältnismäßig schnell in die Höhe kommen. Das glückt aber in der Praxis nur wenigen, denn es können nicht alle Kommandeure werden, es müssen auch Soldaten da sein. Aber sollte es nicht möglich sein, den Sold der Soldaten zu erhöhen? Ich bin der unmaßgeblichen Meinung, daß unsere Fabrikchemiker und Ingenieure in jüngeren Jahren, sobald sie einigermaßen die Lehrjahre hinter sich haben, im allgemeinen zu schlecht bezahlt werden. Ich meine, daß wir, wenn wir einen derartigen Ausschuß einsetzen, unseren angestellten Mitgliedern sicherlich entgegenkommen, ohne jemand zu schädigen.“

M. Wohlgemuth: „M. H.! Die Ausführungen des Herrn Dr. Hesse hatten ja vieles für sich, vor allen Dingen das, daß sie den Anstoß zu dieser Debatte gegeben haben. Ich glaube jedoch, daß der Ausschuß nicht viel Erfolg haben wird. Ich glaube ferner, daß wir mit der uferlosen Agitation — das Wort ist ja verschiedentlich hier gebraucht worden — namentlich in der Art, wie sie von verschiedenen Kreisen getrieben wird, in keiner Weise vorwärts kommen. Wenn wir Angestellten — ich bin auch Angestellter — vorwärts kommen wollen, so ist das dadurch möglich, daß wir uns mit unseren Vorgesetzten in richtiger Weise einigen. Gehen wir in der Weise vor, wie das von seiten der Agitatoren geschieht, so führt das zu Gehässigkeiten, und dadurch werden die Verhältnisse nur noch unerquicklicher.“

Vor einiger Zeit fand im Zentralverein deutscher Industrieller eine Besprechung über das Patentgesetz statt. Damals schloß Herr Dr. Beumer die Diskussion mit den Worten: Diejenigen, die agitieren, sind durchaus nicht die tüchtigsten Chemiker, sondern die gekränkten Leberwürste.“

Dr. Treumann: „Ich hatte nicht die Absicht, mich an dieser Debatte zu beteiligen, aber einer der verehrten Herren Vorredner hat gesagt: Wir haben unter unseren Mitgliedern Leiter öffentlicher Laboratorien, die überhaupt gar kein Interesse an der Frage haben. Ich glaube, diese Äußerung kann nur auf einer ganz unzureichenden Information beruhen. Die größeren Laboratorien haben mehr angestellte Chemiker als eine größere Fabrik. Es gibt deren mit 20 angestellten Chemikern. Ich habe nur ein kleineres Laboratorium, beschäftige aber fünf bis sechs Angestellte, darunter

drei bis vier Chemiker. Wir sind also auch sehr interessiert, zwar nicht an der Karenzklausel, aber daran, daß über alle Vorgänge und Versuchsergebnisse Schweigen beobachtet wird, und zwar ganz geraume Zeit. Ich muß also meinen Angestellten beim Eintritt in meine Dienste die Verpflichtung auferlegen, daß sie Schweigen beobachten über alles, was sie sehen und hören werden, nicht nur während der Zeit, in der sie bei mir tätig sind, sondern auch über diese Zeit hinaus.“

M. H.! Der Herr Vorredner hat bereits vor uferloser Agitation gewarnt. Ich stehe nun schon 43 Jahre in Berufstätigkeit und habe auch meine Erfahrungen gesammelt; ich kann Ihnen nur sagen: Ich habe die Zeit noch mit durchgemacht, in der wir noch keinen Verein deutscher Chemiker, ja überhaupt noch keinen Verein hatten, und in der der Stand der Chemiker allen Winden preisgegeben war. Wir haben mit vieler Mühe etwas erreicht; hüten Sie sich, daran zu rütteln, Sie könnten leicht einen Rückschritt machen. Es ist weit leichter, einzureißen als aufzubauen. Ich warne daher ebenfalls vor uferloser Agitation. Die Redaktionen von Zeitschriften haben ein Interesse daran, Abonnenten zu werben. Außerdem kommen andere Leute, die ganz außerhalb des Berufs stehen, die für unsere Angelegenheiten gar kein Verständnis haben, und die trotzdem nicht müde werden, zu beteuern: Wir sind sehr gern bereit zu vermitteln. M. H.! Nehmen Sie derartige Vermittlungsanträge mit dem allergrößten Mißtrauen auf. Es handelt sich in der Regel nicht darum, den Chemikern zu helfen, sondern jene ehrlichen Makler wollen sich selber helfen. (Sehr richtig!) Deshalb kann ich mich nur den Worten des Herrn Vorredners anschließen. Daneben wollte ich aber zurückweisen, daß wir Inhaber von Laboratorien kein Interesse an der Sache haben.“

Fr. Russig: „M. H.! Auch ich hatte nicht die Absicht, das Wort zu ergreifen; aber durch die mannigfachen Ausführungen der Herren Vorredner sehe ich mich doch veranlaßt, zu dem Antrage des Vorstandes eine Bemerkung zu machen, bzw. eine Frage zu stellen. Es steht hier:

Eine Vereinbarung zwischen dem Gewerbeunternehmer und einem der im § 133a bezeichneten Angestellten, durch die der Angestellte für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird usw.

Das bezieht sich doch offenbar nur darauf, daß diese Beendigung des Dienstverhältnisses ordnungsmäßig, vertragsmäßig erfolgt. Wie wird aber der Fall liegen, wenn jemand beim Abschluß des Vertrages mit der Absicht vorgeht, den Vertrag nur so lange zu halten, wie es ihm paßt, sobald sich ihm etwas Besseres bietet aber den Vertrag einseitig aufzuheben. Ich möchte gern eine Auskunft darüber haben, ob der Gewerbeunternehmer während dieser Zeit von der unrechtmäßigen Beendigung des Dienstverhältnisses an zahlen muß, oder ob das nur von der Zeit an der Fall ist, wo die Beendigung des Dienstverhältnisses rechtmäßig erfolgt wäre. Wie ist der Angestellte dann gebunden, die Karenzzeit zu halten, und welche Mittel hat schließlich der Gewerbeunternehmer, um dies durchzusetzen? Ich dachte mir, daß — ich weiß ja nicht, ob noch eine Abänderung dieses Antrages möglich ist — vielleicht

im § 133 g gesagt würde, daß also die ordnungsmäßige Beendigung des Dienstverhältnisses zur Voraussetzung der Bezahlung für die Karenzzeit gemacht würde, und daß bestimmt würde, daß, wenn der Angestellte unrechtmäßig das Arbeitsverhältnis löst, dem Gewerbeunternehmer keine Verpflichtung weiter obliegt. Es wäre das vielleicht ein Punkt, der von einer derartigen Kommission behandelt werden könnte, die mir gerade wegen der widerstreitenden Ansichten, die hier in der Debatte zutage getreten sind, doch nicht ganz unnütz erscheinen würde.“

Vors.: „Darf ich hierauf gleich antworten? Sie haben von Herrn Dr. Hesse gehört, wie verschiedener Ansicht man über die Karenzklausel sein kann. Herr Dr. Hesse steht ja sogar als Unparteiischer auf dem Standpunkt, daß hier den Angestellten viel zu viel zugebilligt wird. Wir sind — ich habe Ihnen das immer gesagt — sehr beglückt darüber, daß die Angestellten zukünftig ev. zu viel bekommen, daß die Unternehmer bereit sind, zu viel zu geben. Die Karenzvergütung soll den Unternehmer verhindern, die Karenz nicht länger als dringend nötig auszudehnen bzw. überhaupt in Wirksamkeit zu setzen. Nun ist keine Klausel so zu fassen, daß nicht einmal dem einen oder dem anderen dabei Unrecht geschieht. Wenn Sie die vom Vorstand und Vorstandsrat empfohlene Fassung annehmen, so liegen dann die Verhältnisse so, daß der sozial Stärkere, also in den meisten Fällen der Unternehmer, von solchen Wechselfällen betroffen wird. Wenn die vorliegende Fassung eine gesetzliche Form annehmen sollte, so würde allerdings der Unternehmer gehalten sein zu zahlen, selbst wenn Kontraktbruch vorliegt. Aber er würde sich dann an der Konventionalstrafe oder an dem Schadenersatzansprüche ev. wieder schadlos halten können.

M. H.! Ich habe die Debatte etwas uferlos werden lassen, weil ich damit ein Ventil öffnen wollte. Ich habe mich auch gefreut, daß über die Frage des sozialen Ausschusses hier debattiert worden ist. Besser wäre es allerdings gewesen, wenn die beteiligten Herren für sich oder durch ihre Bezirksvereine den Antrag eingebracht hätten, einen solchen Ausschuß sofort ins Leben zu rufen; dann hätten wir die ganze Frage eingehender und besser vorbereitet behandeln können. Jetzt müssen wir noch dazu ein ganzes Jahr warten. Nach soeben erfolgter Besprechung sind wir im Vorstände bereit, einen Versuch mit einem derartig vorberatenden Ausschuß zu machen. Wir werden sogar überlegen, ob wir nicht das Recht haben, ihn vielleicht schon im Laufe dieses Jahres provisorisch einzurichten. Wir werden dann schon bei der nächsten Hauptversammlung sehen, ob etwas dabei herauskommt, und können ihn dann definitiv einsetzen. Von seiten der Rechtsauskunftsstelle — das haben Sie ja eben gehört — ist nichts weiter zu erwarten als Rechtsauskunft.

Nun meine ich aber, m. H., daß die Uferlosigkeit aufhören muß; denn die Uhr geht ihren geregelten Gang, es ist bald 6 Uhr, und wir wollten um 6 Uhr fertig sein. Ich bitte Sie deshalb, sich auf den Antrag über die Karenzfrage zu konzentrieren.“

Dr. Hesse: „M. H.! Ich will zu dem Antrage weiter nicht reden, sondern nur konstatieren, daß gerade die Ausführungen des Herrn Vorsitzen-

den mir zeigen, wie recht es war, daß man eine solche uferlose Debatte anschnitt, um die uferlose Agitation vielleicht rechtzeitig zu unterbinden. Das war der Zweck meiner Anregung, von der ich doch einigen Erfolg erhoffte.“ (Vors.: „Bravo! Ich danke Ihnen!“)

Dr. J o r d i s : „Ich möchte nur eine praktische Anregung geben. Wenn die jungen Studenten heute in die Praxis gehen, so haben sie keine Ahnung von der Rechtslage, in die sie sich begeben. Könnte unsere Rechtsauskunftsstelle nicht eine kleine Zusammenstellung über die in Betracht kommenden Fragen machen, woraus sich die Herren unterrichten können?“

Dr. J u n g. C a r s t e n s : „M. H.! Ich wollte nur bemerken, daß etwas Derartiges bereits besteht in Gestalt einer kleinen Schrift von Herrn Dr. K a t z, den Sie heute Morgen haben sprechen hören. Die Schrift kostet nur eine Mark und gibt einen in Berlin gehaltenen Vortrag wieder.“

Prof. Dr. O s t e r r i e t h : „Ich bin sehr gern bereit, im Laufe der Zeit eine derartige Zusammenstellung zu machen. Ich möchte aber damit noch warten, bis ich mehr Material gesammelt habe. Wir haben ja von vornherein ins Auge gefaßt, im Laufe der Jahre den Mitgliedern die Erfahrungen, die in der Rechtsauskunftsstelle gesammelt werden, in Form einer kleinen Broschüre oder Denkschrift zur Verfügung zu stellen. Dazu muß aber erst ein Fonds praktischer Erfahrungen vorliegen.“

Dr. W e g e r : „Bei dem sozialpolitischen Programm, das unser Herr Vorsitzender heute morgen entwickelt hat, ist mir aufgefallen, daß die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit von Beamtenausschüssen rundweg negiert worden ist. Ich möchte in dieser Hinsicht bemerken, daß bei der Firma, in der ich tätig bin, ein solcher Beamtenausschuß besteht, der sowohl Kaufleute wie sonstige Angestellte umfaßt und zur allgemeinen Zufriedenheit arbeitet, sowohl zur Zufriedenheit der Direktion, wie zu der der Angestellten. Die Direktion bleibt mit kleinen Mißhelligkeiten verschont, und auf der andern Seite werden die Wünsche der Angestellten in nachdrücklichster Weise zur Geltung gebracht.“

Vors.: „Ich habe Beamtenausschüsse in dem Sinne gemeint, wie sie der Bund der technisch-industriellen Beamten vorsieht, die nicht die kleinen, sondern die großen Fragen der Angestellten, wie Gehalt, Arbeitszeit usw., regeln sollen.“

Der Antrag des Vorstandes wird einstimmig angenommen.

14. Antrag des Vorstandes, Patentgebühren betreffend. (S. S. 1471.)

Dr. K l o e p p e l : „Bei der vorliegenden Frage handelt es sich um eine solche, die in der letzten Zeit, ähnlich wie die Karenzfrage, viel zur Agitation verwendet worden ist.

Ich möchte zunächst konstatieren, daß aus den Kreisen des Vereins deutscher Chemiker Anregungen und Anträge, die auf die Änderung unseres Patentgebührensysteins hinzielen, beim Vorstände nicht eingegangen sind. Es ist Ihnen aber wohl aus der Zeitungslektüre bekannt geworden, daß von verschiedenen Seiten gegen unser heutiges Patentgebührensysteim Sturm gelaufen wird, und daß es

besonders von einer Seite als Ideal hingestellt wird, die Patentgebühren überhaupt abzuschaffen. Ich glaube, daß in unserem Verein eine Meinung dafür, daß unser Patentgebührensystern, das sich ja im großen und ganzen bewährt hat, abgeschafft wird, nicht besteht. Ich darf auch darauf hinweisen, daß der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie sich vor einiger Zeit bereits für die Beibehaltung des Systems der steigenden Jahresgebühren ausgesprochen hat. Ihr Vorstand schlägt Ihnen und in Übereinstimmung mit dem Vorstandsrate vor, sich zunächst durch Resolution 1 prinzipiell dahin auszusprechen, daß unser bisheriges Gebührensystem beibehalten werden soll.

Eine andere Frage ist es, wie man innerhalb des Rahmens, den dieses Prinzip läßt, die Gebühren im einzelnen gestalten soll. Ich glaube, der Vorschlag, den Vorstand und Vorstandsrat Ihnen unterbreiten, stellt einen gangbaren Weg dar. Dieser Vorschlag bedeutet für die ersten fünf Gebührenjahre eine wesentliche Ermäßigung gegenüber dem heutigen Zustande. Sie wissen, daß heute die Gebührenzahlungen in den ersten fünf Jahren 550 M betragen. Nach unserem Vorschlag, würde sich diese Summe auf weniger als die Hälfte reduzieren, und das würde jedenfalls für den Anmelder, der ja neben der Patentgebühr auch sonstige Kosten zu tragen hat, eine angemessene Erleichterung bedeuten. Aber vom sechsten Jahre ab müßte nach der Meinung des Vorstandsrats eine progressive Erhöhung der Gebühren eintreten, damit das Gebührensystem auch noch seinen Zweck erfüllt, überflüssige Patente, Patente, die sich nicht bewährt haben — ich will einmal den Ausdruck gebrauchen —, „automatisch“ auszuräumen. Es ist dies ein Grundsatz, der nicht bloß in Deutschland vertreten wird. Ich habe diesen Gesichtspunkt der automatischen Ausräumung derartiger Patente vor kurzem auch in einer bekannten englischen Ingenieurzeitschrift gefunden.

Heute morgen noch ist mir nun von einigen hier anwesenden Herren gesagt worden: Zum mindesten müssen wir doch erreichen, daß wir in Deutschland nicht das teuerste Land sind. Durch den Vorschlag des Vorstandes wird die Gefahr, daß wir das teuerste Land sind, beseitigt: Die Gesamtgebühr für die 15 Jahre, die heute 5300 M beträgt, wird durch den Vorschlag des Vorstandes auf 3500 M ermäßigt, also ungefähr den Satz, wie er in Österreich erhoben wird.

Bei der Art der Regelung, die wir den Patentgebühren geben, dürfen wir nicht außer acht lassen, daß das Patentamt mit einem gewissen Überschuß arbeiten muß. Es wird heute gesagt, ein Überschuß von 50% ist zuviel. Nach unserem Vorschlage wird sich dieser Überschuß erheblich vermindern. Es muß aber ein gewisser Überschuß bleiben, damit unser schon sehr zugeknöpfter Schatzsekretär gegenüber dem Patentamt nicht zu sehr spart. Wie man allgemein weiß, ist es schon heute sehr schwer, die für die Vorprüfung nötigen Beamten in ausreichender Zahl zu finden und anzustellen, weil das Reichsschatzamt gezwungen ist, bei den keineswegs rosigen Verhältnissen des Reichshaushalts sehr zu sparen. Also auch um unser bewährtes Vorprüfungssystem auf seiner jetzigen Höhe halten und es noch weiter

ausbauen zu können, dürfen wir mit der Herabsetzung der Gebühren nicht zu weit gehen.

Ich bitte Sie daher um möglichst einstimmige Annahme der vorliegenden Anträge.“

Dr. Wiegand: „Nur eine kleine formelle Frage. Es ist gestern mit Bleistift eine kleine Änderung hineingekommen. In dem Antrage heißt es unter b) jetzt:

Die Gebühr für die ersten fünf Gebührenjahre ist gleichbleibend auf je 50 M festzusetzen; vom sechsten Gebührenjahre ab sind die Gebühren um je 50 M jährlich zu steigern.

Bekanntlich beträgt jetzt die erste Jahresrate 30 M, wir dürfen also nicht sagen: für die ersten fünf Gebührenjahre 50 M. Ich bitte, die Fassung etwas zu ändern.“

Vors.: „Da es sich nur um eine redaktionelle Änderung handelt, so sagen wir am besten 50 M, einschließlich der Anmeldegebühren.“

Der Antrag wird in der vom Vorstandsrate beschlossenen Form mit der vorstehenden Ergänzung einstimmig angenommen.

Dr. Hesse: „Ich würde vorschlagen, den Antrag dem Verein für gewerblichen Rechtsschutz mitzuteilen, obwohl dessen Generalsekretär anwesend ist, weil sich dieser Verein mit der Revision des Patentgesetzes beschäftigt.“

Vors.: „M. H.! Wir werden das gern zur Kenntnis nehmen.“

15 a. Antrag des Aachener Bezirksvereins.

(S. S. 1473.)

Vors.: „Über diesen Antrag hat im Vorstandsrate eine eingehende Beratung stattgefunden. Der Antrag ist aber so zerfleischt und zerzaust worden, daß die Abstimmung einstimmig gegen denselben war; d. h. nur die eine Stimme des Aachener Bezirksvereins war für ihn. Wir haben alle den Standpunkt vertreten: Es ist nicht recht, dem Patentamt solche Vorwürfe zu machen, ohne sie eingehend zu substantiieren und zu begründen.“

15b. Antrag von Dr. Escales. (S. S. 1476.)

ist ebenfalls vom Vorstandsrate gestrichen worden.

16. Antrag von Dr. Erich Kuhn.

Vors.: „Wie Sie sehen, hat der Antrage eine wesentliche Veränderung erfahren. Derselbe ist nämlich gar nicht neu, sondern in etwas veränderter Form hat der Berliner Bezirksverein schon vor fünf Jahren in Düsseldorf einen analogen Antrag gestellt. Auch damals wurde derselbe modifiziert und dann angenommen. Wir sind auch gestern im Vorstandsrate dazu gekommen, ihn im Interesse des Chemikerstandes umzugestalten, und wollen noch einmal eine Warnung an die Nichtabiturienten erlassen, wie wir dies damals getan haben. Daß diese Warnung gewirkt hat, ist heute morgen schon mitgeteilt worden: Die Zahl der Nichtabiturienten ist von 45 auf 30% zurückgegangen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse insofern geändert, als die sämtlichen deutschen Universitäten wie auch die Technischen Hochschulen, ja sogar die schweizerischen Hochschulen, nur noch diejenigen zur Promotion zulassen — zum Abschlußexamen und zum Diplomexamen erst recht —, die das Abiturientenzeugnis einer neunklassigen Schule vorlegen können.“

Es ist also eigentlich gar nicht mehr der Antrag des Herrn K u h t z, sondern ein Antrag des Vorstandsrates. Er lautet jetzt:

Der Verein deutscher Chemiker macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß neuerdings an den deutschen und schweizerischen Universitäten und Technischen Hochschulen das Abiturientenexamen grundsätzlich als Vorbedingung für jedes Abschlußexamen, sowohl Doktorpromotion als auch Diplomexamen, gefordert wird. Bei der Schwierigkeit, die nicht promovierte und nicht diplomierte Chemiker erfahrungsgemäß für ihr Fortkommen in der Praxis finden, warnt er Nichtabiturienten ausdrücklich vor dem Studium der Chemie.

Wünscht einer der Herren das Wort hierzu?“

Dr. H i n z: „M. H.! Es ist kaum ein Jahr her, da konnte man an einigen außerpreußischen Technischen Hochschulen ohne Abiturientenzeugnis das Examen als Diplomingenieur machen und ebenso an einigen kleinen deutschen Universitäten den Doktor bauen. Deshalb freue ich mich, hier zu lesen, daß jetzt von sämtlichen deutschen Hochschulen das Abiturientenexamen als Vorbedingung für das Studium der Chemie gefordert wird.

Was nun aber gerade das Fortkommen von nicht promovierten Chemikern anlangt, so muß ich doch darauf noch etwas eingehen als Dozent des städtischen Friedrichpolytechnikums zu Cöthen. Wir haben neben Abiturienten auch Nichtabiturienten in Cöthen und wollen sie zu Ingenieurchemikern, zu brauchbaren Leuten für die Praxis ausbilden. Wir haben auch schon recht gute Resultate erzielt. Es sind bereits verschiedene Herren aus der Industrie an uns herangetreten mit der Anfrage, ob nicht immer wieder solche Leute da wären, und ich muß gestehen, daß wir oft nicht einmal der Nachfrage genügen konnten, weil keine Leute zur Verfügung standen.

Daß das Prinzip der Arbeitsteilung, das wir verfolgen, nicht ganz unrichtig ist, scheint das neueste Laboratorium zu beweisen, das man jetzt baut — Sie wissen ja alle: in Paris; da hat man ja auch die Ingenieurchemiker besonders ins Auge gefaßt. Es werden da solche Chemiker ausgebildet, die rein wissenschaftlich arbeiten, und solche, die hernach als Ingenieurchemiker, als Fabrikleiter ihr Fortkommen finden.“

V o r s.: „Ich möchte den Herrn Vorredner darauf aufmerksam machen, daß wir beschlossen haben, unter „Chemiker“ nur „akademisch gebildete Chemiker“ zu verstehen, und daß wir die auf dem Technikum ausgebildeten Chemiker „Chemotechniker“ nennen wollen, um einen Unterschied, der ja tatsächlich in der Praxis vorhanden ist, zu

dokumentieren. Wir haben das sehr scharf auch in der Anfrage wegen der Anfangsgehälter zum Ausdruck gebracht. Es ist Ihnen dies ja aus dem Protokoll über unsere Vorstandssitzung zur Genüge bekannt. Ich möchte das hier nur noch einmal betonen, damit nicht solche Mißverständnisse aufkommen; denn gerade diese Verwechslungen, die sogar bis zum sogenannten Chemikanten hinunterreichen, sind schuld daran, daß öffentlich die falsche Behauptung aufgestellt worden ist, die Bezahlung von Chemikern mit 100—125 M sei symptomatisch.“ (Lebhaftes Bravo.)

Der Antrag wird in der Fassung des Vorstandsrates einstimmig angenommen.

17. Besprechung über die geplante chemische Reichsanstalt.

V o r s.: „Die Dringlichkeit ist einleitend angenommen worden; der Antrag ist also zulässig. Ich gebe Herrn Geheimrat Prof. Dr. D e l b r ü c k als Referenten das Wort.“

Geheimrat D e l b r ü c k berichtet in der gleichen Weise wie in der Vorstandsratssitzung (s. S. 1477). Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen.

18. Verschiedene geschäftliche Mitteilungen.

Der Vorsitzende berichtet über die Einführung der Infektionsklausel für Chemiker in der gleichen Weise wie in der Sitzung des Vorstandsrates. (s. S. 1480).

V o r s.: „Ich glaube, wir können, wenn die Unfallversicherungsgesellschaften das annehmen, mit dem Erfolg zufrieden sein. Die Chemiker haben dann das, was sie jahrelang erstrebt haben.

Die Klausel wird auch, wenn die Versicherungsgesellschaften sie annehmen, ohne weiteres auf die laufenden Verträge übergehen.“

„M. H.! Damit wäre unsere Tagesordnung erschöpft, wenn nicht noch einer der Herren irgend eine Mitteilung zu machen oder eine Frage zu stellen hat. — Das ist nicht der Fall.

M. H.! Ich danke Ihnen dafür, daß Sie dazu beigetragen haben, unsere Verhandlungen durch „Öffnung des Ventils“ etwas interessanter zu gestalten. Vor allem aber danke ich Ihnen für Ihre Ausdauer und Geduld. Wir haben diesmal eine kolossal umfangreiche Tagesordnung zu erledigen gehabt, aber wir sind glatt und schnell, schneller als ich erwartet hatte, hindurch gekommen. Also nochmals besten Dank und auf recht zahlreiche Beteiligung und auf Wiedersehen in Jena.

Damit schließe ich die heutige Verhandlung.“ (Lebhafter Beifall.)

(Schluß 5 Uhr 35 Minuten.)

Referate.

I. 6. Physiologische Chemie.

Gustave M. Meyer. Vorläufiger Bericht über die Giftigkeit einiger künstlicher Farbstoffe. (Transact. Amer. Chem. Soc., Neu-York. 27.—29. Dez. 1906; nach Science 25, 457.)

Eine Anzahl käuflicher Farbstoffe, die gewöhnlich zum Färben von Nahrungsmitteln dienen, wurde bezüglich ihres allgemeinen Verhaltens geprüft, dadurch, daß sie Hunden in verschiedenen Mengen dargereicht wurden. Die bis jetzt studierten Teerfarbstoffe sind: Curcumin S, Tartrazin, Naphtholrot S,